Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

TROTZ ALLEDEM!

Nr. 89 • März 2022 • 2,50 €

8. MÄRZ AUF DIE STRASSE!

RGG-Regierung
Nix ändert sich!

BR-Wahlen & Klassenkampf

DDR – Anspruch & Wirklichkeit

Ökonomie der DDR Kursänderungen 1952-1953

100 Jahre AIZ

Arbeiter Illustrierte Zeitung

Inhalt

Internationaler Frauenkampftag!

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse!
8. März – Frauenkampf ist Klassenkampf! 3

In Memoriam Esther Bejarano!
Flammende Anklagerede zur Eröffnung des Tribunal „NSU-Komplex auflösen"
„Auch das Tribunal ist jetzt ein Teil einer Rache an den Nazis!" 6

Klassenkampf

Systemwechsel statt Regierungswechsel!
Neue Regierung ist die alte Regierung 7

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse!
Die K-Frage stellen! Betriebsratswahl 2022 16

Feministischer & Frauenstreik 8M
Solidaritätserklärung Tarifrunde
Sozial- und Erziehungsdienst 2022 19

Aufbau/Schweiz
Klassenkämpferische Gewerkschaft MCS USA
«Gleichheit lag in der Luft, die wir atmeten» 21

Internationale Bewegung

ICOR-Resolution
Aktiver Widerstand Ukraine-Russland-Konflikt! 23

Zur Verweigerung der Aufnahme der BI Deutschland / Trotz alledem! in ICOR
Eine notwendige Erklärung! 27

Schwerpunkt

Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?
Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
Teil 8 Ökonomie der DDR
Kursänderungen 1952 – 1953 31

Arbeiterbewegung Kultur

100 Jahre Arbeiter-Illustrierte-Zeitung 51

Antifaschismus & Antirassismus

19. Februar 2022
Zwei Jahre nach dem Nazi-Anschlag in Hanau
Kein Vergessen! Kein Vergeben! 57

Kontaktadresse: Postfach 48,
73550 Waldstetten
trotzalledem1@gmx.de – trotzalledem.org
V.i.S.d.P.: H. König, Kafkastr. 56, 50829 Köln
Jahresabo 15.- Euro inklusive Versand

Liebe TA-Leser:innen und Genoss:innen

bedingt durch die Pandemiezeit hat sich die Herausgabe der TA leider verzögert. Sorry!

Die aktuellen Zeiten sind in vieler Hinsicht dramatisch.

In dem „Ukraine Konflikt", der sich aktuell enorm verschärft hat, zeigt sich noch einmal das Wesen des Imperialismus: Kampf der Großmächte um die Welthegemonie. Auf den „Nebenschauplätzen" messen sie ihre Kräfte und bereiten sich eifrig auf einen großen Krieg für die Neuaufteilung der Welt vor. Natürlich geben sie sich alle als „Friedensmächte" und ihre Konkurrenten als Kriegstreiber aus. Dabei sind sie alle dasselbe: Imperialistische Räuber. Was sie unterscheidet ist nur ihre jeweils aktuelle Stärke. Wer gegen den Krieg ist, muss den Imperialismus als Ganzes angreifen.

Die Pandemie wütet vor allem in den abhängigen Ländern immer noch weiter. Die Profitgier der Herrschenden verhindert eine wirksame Bekämpfung und verschärft die Lebenslage der Werktätigen rund um den Globus.

Aber da wo es Unterdrückung gibt, da gibt es auch Widerstand! Auf die Strassen zum 8. März und zum 1. Mai!

Für Revolution und für Sozialismus! Für eine andere Welt! Gegen Krieg und Imperialismus!

Euer Redaktionskollektiv

Wofür stehen wir?

Wir sind KommunistInnen verschiedener Nationalitäten, die als Alternative zum imperialistischen BRD-System für die sozialistische Revolution in Deutschland arbeiten. 1996 erschien die erste Nummer unserer Zeitung *Trotz alledem!*. Für uns ist sie eine Waffe im Kampf für die Bolschewistische Partei in Deutschland. Trotz aller Abgesänge vom Ende des Kommunismus, von der ‚nicht machbaren Utopie' halten wir daran fest: Der Sozialismus ist keine Utopie! Er ist die einzige Alternative zur imperialistischen Barbarei. Unser Fundament ist die Theorie des Marxismus-Leninismus. Sie ist die in den unerbittlichen Kämpfen der internationalen ArbeiterInnenbewegung gewonnene Erkenntnis, Verallgemeinerung und Anleitung zur revolutionären Praxis. Die heutige revolutionäre Praxis des Parteiaufbaus umfasst die Entwicklung der Theorie der Revolution in der BRD, die Herausbildung von standhaften KämpferInnen und die Schaffung einer organisatorischen Struktur. Sie ist untrennbar verbunden mit unserem täglichen Klassenkampf. In den Fabriken wird sich die Avantgarde des Proletariats herausbilden, wenn der wissenschaftliche Sozialismus mit der Kampfkraft der ArbeiterInnen sich zusammenfügt.

Redaktionskollektiv *Trotz alledem!*

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!

Frauenkampf ist Klassenkampf

Ausgabe Nr. 29 zum 8. März 2022

Arbeiterinnen und werktätige Frauen 8. März – unser Internationaler Kampftag!

Frauen, aus vielen verschiedenen Ländern, Mitglieder der Kommunistischen Internationale und Clara Zetkin haben diesen internationalen Frauenkampftag ins Leben gerufen. Ihr Vermächtnis ist: Das Ende patriarchaler Unterdrückung der Frauen kann nur durch die Zertrümmerung des kapitalistischen Weltsystems erreicht werden. Wirkliche Gleichberechtigung, die Befreiung der Frau wird nur im Sozialismus erreicht.
Die Genderfrage ist mit der Frauenfrage eng verknüpft. Wir stehen im Kampf um die Befreiung der werktätigen Frauen und Arbeiter:innen auch für die Befreiung der als Sklav:innen dieses kapitalistischen Systems unterdrückten LGBTQ+, FLINTA ... Unser gemeinsamer Gegner: das patriarchale Herrschaftssystem, das der Kapitalist:innenklasse ihre Macht sichert.

Heute Streik – Morgen Revolution!

Es gibt tausende Gründe zu streiken. Und zwar nicht erst seit der Pandemie. NEIN! Sexismus, Männerherrschaft, Mehrfachausbeutung durch unbezahlte Reproduktionsarbeit…
Wir leben nach wie vor in einer Klassengesellschaft – wir schaffen mit unserer Arbeit den Mehrwert und die Kapitalist:innen beuten unsere Arbeitskraft aus.
Nach wie vor sind werktätige Frauen Menschen zweiter Klasse. Sie erhalten weniger Lohn als Männer, ökonomisch, gesellschaftlich und politisch sind sie viel schlechter gestellt. Armut, Sex- und Frauenhandel, Diskriminierung und Gewalt ... Alltag von Millionen von Frauen.
Migrantische Frauen, Frauen ohne Papiere und geflüchtete Frauen trifft gesellschaftliche Unterdrückung, insbesondere Rassismus und Rechtlosigkeit noch viel massiver. Die besondere Unterjochung der Frauen ist in der Struktur dieser Gesellschaft auf allen Ebenen verankert.
Die neue Ampelregierung will uns mit leeren Phrasen in ihrem Koalitionsvertrag abspeisen:
„Die Gleichstellung von Frauen und Männern muss in diesem Jahrzehnt erreicht werden."
Ja, ihr Heuchler:innen, das einzige, das ihr wahrscheinlich schafft, ist, die Frauenquote in den Aufsichtsräten um einige wenige Prozente zu erhöhen.
Es ist das imperialistische System, das herrscht – mit seinen patriarchalen Strukturen. Das Patriarchat setzt schon immer auf Unterdrückung der Frau in jeglicher Beziehung und eben auch auf die bürgerliche Kleinfamilie als Gefängnis für uns Frauen.
Hier leisten wir die unbezahlte Reproduktionsarbeit: Sorgen dafür, dass Mann und Kind für ihre Rolle im Ausbeutungsprozess bereitstehen. Kochen, Waschen, Putzen, Kindererziehung ... das ist wichtig und deswegen ist es doppelte Ausbeutung, denn diese gesellschaftlich notwendige Arbeit wird weder anerkannt noch bezahlt.
Frauenstreik ist eine radikale Antwort auf diese ganze Misere.
Mit massiven Streiks und Aktionen können wir viel erkämpfen. Das System, den Staat und die Kapitalisten zu Zugeständnissen zwingen. Jeglicher Fortschritt, sämtliche demokratischen Rechte sind nur so erkämpft worden.

„Bewegungen, die aus einem lauten Aufschrei gegen blutige, regelmäßig ungestrafte Feminizide entstanden und schließlich als internationaler feministischer Streik 2017 & 2018 massive Dimensionen erreichte."

www.frauenstreik.org

Frauen! Kämpfen! Frauen! Streiken! Wir nehmen uns was uns gehört!

Am 8. März 2021 strömten unter Pandemiebedingungen und alledem weltweit Frauen für bessere Lebensbedingungen auf die Straße – Aktionen für die Durchsetzung demokratischer Rechte, für Gleichberechtigung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. AUCH für andere Gesellschaftsentwürfe. Gegen das Abwälzen der Krisenlast auf die werktätigen Frauen, gegen Prekarisierung, sexualisierte Gewalt, Femizide, Patriarchat, Rassismus und Faschismus und gegen die steigende immer brutalere Polizeigewalt.

Werden wir auch 2022 aktiv, machen wir uns sichtbar, zeigen wir den Bonzen, Konzernen und der bürgerlichen Politik, welche Kraft wir haben – wenn wir zusammenhalten, wenn wir uns organisieren und gemeinsam Widerstand leisten!

Frauenunterdrückung, wie auch immer sie aussieht, hat ihr Fundament im patriarchal-kapitalistischen System. Deswegen: Tatsächlich befreien von den Fesseln des Kapitalismus können wir uns nur durch eine wirkliche Revolution, durch den Umsturz dieser bestehenden Verhältnisse.

Frauenbefreiung fordert sozialistische Revolution! Alles andere ist Illusion!

Frauenbefreiung? Da waren wir schon mal weiter!

Die sozialistische Oktoberrevolution in Russland 1917 hat für die Frauenbefreiung mehr erkämpft, als alle vorhergehenden Revolutionen – und jegliche demokratisch gewählte Regierung der Bourgeoisie.

Zum ersten Mal auf der Welt wurde die vollständige Gleichberechtigung der Frau mit dem Mann gesetzlich verankert. Alle Gesetze, die die Frau vom Mann abhängig machten und knechteten, wurden mit einem Schlag abgeschafft. Frauen wurden dem Mann gleichgestellt, beim Recht auf Arbeit, auf Entlohnung, auf Erholung, auf Bildung.

Und da ist die Oktoberrevolution nicht stehen geblieben. Alle gesellschaftlichen Bereiche wurden revolutioniert. Die wirkliche Befreiung der Frau kann erst erreicht werden, wenn die werktätigen Frauen in allen Bereichen von Gesellschaft, Produktion, Politik und Kultur vollkommen gleichberechtigt ist.

Frauen in die Produktion! Das ist die entscheidende Voraussetzung dafür. Die Oktoberrevolution hat dazu konsequente Schritte getan. **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit.** Das war ein Grundprinzip.

Und wo stehen wir heute?

Frauen haben im gleichen Beruf, in gleicher Stellung sowie bei der gleichen Arbeit und trotz gleicher Berufserfahrung und Ausbildung rund fünf Prozent weniger Einkommen als Männer. Der Lebensmitteleinzelhandel sticht mit einem Gender-Pay-Gap (Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern) von 12 Prozent besonders hervor.

2022 sind nach wie vor Arbeiterinnen doppelt und dreifach ausgebeutet und unterdrückt, weil sie Frauen sind. Prekäre Arbeitsverhältnisse und hohe Erwerbslosigkeit führen zu einem Leben in bitterer Armut trotz nicht enden wollender Arbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung und Pflege. Dramatisch viele Frauen rutschen ungebremst in die Altersarmut

Frauenkampf ist Klassenkampf!

Zusätzlich lastet der übergroße Anteil bezahlter oder unbezahlter Care-Arbeit auf ihren Schultern.

In den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sehen wir es tagtäglich. Unser Gesundheitssystem steht am Rande des Kollaps: **Pflegepersonal – mehrheitlich Frauen … Reinigungskräfte – mehrheitlich migrantische Frauen – werden aufs Schärfste ausgebeutet. Für den Profit!**

Denn der wird besonders dann erzeugt, wenn mehr Arbeit durch weniger Personal in kürzerer Zeit geleistet wird. Das Profitsystem versucht an allen Ecken und Enden Kosten auf die Schultern der Frauen abzuladen!

Forderungen nach Reformen sind richtig und wichtig. Aber jede Reform wird von den HERRschenden auch wieder rückgängig gemacht – wenn wir nicht permanent kämpfen. Denn jede Reform für uns bedeutet weniger Profit für sie!
Verbinden wir die Frauenkämpfe mit den proletarischen Klassenkämpfen, um eine Gesellschaft zu erkämpfen, in der die Entwicklung jedes und jeder Einzelnen zur Voraussetzung für die Entwicklung aller werden kann und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen endlich ein Ende hat.

HEUTE Streik – MORGEN Revolution!

In den Textilfabriken in Asien, Afrika und Lateinamerika, in allen Industrie- und Dienstleistungssektoren der abhängigen Länder... und in den imperialistischen Metropolen.
Unser Widerstand ist international!
Wenn wir heute auf die Straßen gehen, kämpfen wir auch gegen ungerechte Kriege, wie im Jemen, in Mali, in der Westsahara, im Irak, Libyen, Afghanistan, Syrien, auf den Philippinen...
Denn es sind Frauen, auf deren Rücken alle Kriege die größte Last abladen. Die Konkurrenz der Großmächte um Einflusssphären bedingt ihren bitteren Alltag: Hunger, Flucht, Zwangsprostitution und Männergewalt.
Widerstand international bedeutet auch, gegen die besondere Ausbeutung in den vom Imperialismus abhängigen Ländern kämpfen.
Die Arbeiter:innenklasse in jedem imperialistischen Land wird mit Hilfe der so ausgepressten Extraprofite bestochen. Billige Klamotten und Elektrogeräte beispielsweise gehören zu diesem System genauso wie Kinderarbeit und endlose Arbeitstage unter lebensgefährlichen Bedingungen ...

Esther Bejarano, KZ-Überlebende und bis zum letzten Atemzug aufrechte mutige, Kämpferin für Menschlichkeit und Gerechtigkeit.
Du hast uns und dem Kampf so viel gegeben. Aus tiefstem revolutionären Herzen danken wir dir und tragen die Erinnerung an dich in unsere Kämpfe, Feiern – in unser ganzes revolutionäres Leben.
Solidarität und den faschistischen Brandstiftern die Stirn zu bieten, hast du vorgelebt.
So viel unbeugsame Kraft in dieser zierlichen Frau. Das bestärkt uns in der Auseinandersetzung mit egoistischen nur an der individuellen Freiheit und ihrem Vorteil interessierten Menschen.
Geliebte Genossin, deine schöne, warmherzige Stimme war groß und stark – Wir vermissen dich und kämpfen weiter!

Trotz alledem

Frauen-Antifa

Kein Fußbreit für AfD, Corona-Spinner:innen, Nazi-Netzwerke!

Weltweit müssen wir beobachten, wie Menschen zulassen, dass sich immer mehr Faschismus, Chauvinismus und Rassismus in der Gesellschaft ausbreitet.
Aber es sind auch hier mehr und mehr Frauen, die sich mutig für Gerechtigkeit, gegen Ausgrenzung und in antifaschistischen Aktionen erheben. Frauen wie Esther Bejarano sind mutige Streiterinnen im antifaschistischen Kampf gegen Nazi-Ideologie und rassistische Hetze.

So sind wir,
WERKTÄTIGE FRAUEN UND ARBEITER:INNEN vereint im Kampf für die Befreiung unserer Klasse – STARK!
UND SO, je stärker, fester und vereinter wir uns organisieren, werden wir die Befreiung der Arbeiter:innenklasse und damit aller Arbeiter:innen und werktätigen Frauen erstreiten – GANZ BESTIMMT!

Werktätige Frauen, die kämpfen,
sind Frauen, die leben!

In Memoriam Esther!

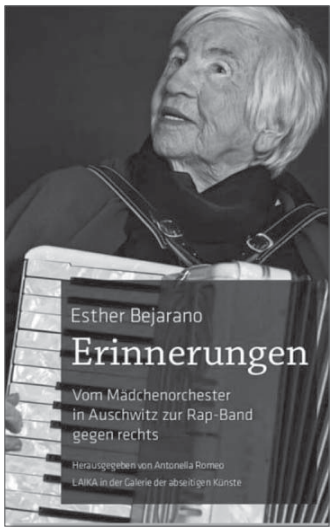
„Auch das Tribunal ist jetzt ein Teil einer Rache an den Nazis!“

Flammende Anklagerede von Esther Bejarano Eröffnung des Tribunal „NSU-Komplex auflösen“

Köln Mai 2017

Ich sage es immer wieder und werde es auch in Zukunft sagen, wer gegen die Nazis kämpft kann sich leider nicht auf den Staat verlassen! Ich muss laut aufschreien, seit Jahren hält diese Tradition in Deutschland an.
Ob damals vor meiner Boutique, in Rostock Lichtenhagen, in Hoyerswerda, Mölln, Solingen oder im Fall des NSU, staatliche Behörden versagen und das Beängstigende ist, dass sie dies oft wissentlich tun!
Beamtinnen und Beamte schützen nicht Opfer sondern ihre Quellen, die NAZIS sind! **Was soll das?**
Opfer werden zu Täter, werden diffamiert und verhöhnt, von den Behörden, den Medien auch von der Gesellschaft! Ja, auch das hat Tradition. **Was soll das?**

Wie können die Opfer des NSU und ihre Familien darauf vertrauen, dass es in München zu einem Urteil kommt, das ihnen und ihrer Trauer um ihre Toten und ihre Verletzten Genugtuung bietet, wenn der Prozess an sich nicht dafür geschaffen wurde dies zu realisieren!
Ganz klar ist: Rassistische und faschistische Morde können nicht mit einem gewöhnlichen Strafprozess angeklagt werden.
WIE SOLL ES HIER IRGENDWIE GERECHTIGKEIT GEBEN und wie soll man all diese Taten wirklich aufklären bzw. den rassistischen Komplex offenlegen. Wieder wird von EinzeltäterInnen geredet, auch das hat Tradition.
Wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell!
In Zeiten in denen wieder Unterkünfte brennen, Politiker offen rassistische Äußerungen tätigen, die AfD unter dem Deckmantel der Demokratie gewählt werden darf, aber zeitgleich offen mit Nazis und Rassisten paktiert und Menschen erlaubt ihre menschenverachtende Ideologie des Nationalsozialismus unerkannt zu verbreiten und weiterzuführen, in der bekannt wird wie sehr die Bundeswehr von Nazis und Rassisten unterwandert ist und dies wieder als Neu und Einzelfall abgetan wird, stehen wir nicht vor den Anfängen, **NEIN wir sind mittendrin.**



Und wenn wir in derartigen Zeiten leben, dann sind wir gefragt und gefordert!
Wir alle haben die Pflicht Verantwortung zu übernehmen, solidarisch mit den Opfern rassistischer Gewalt zu sein und ihnen zur Seite zu stehen, zuzuhören und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie nie wieder alleine sein werden. Nicht gegenüber dem strukturellen Rassismus, nicht gegenüber den Medien und nicht gegenüber den Rassistinnen und Rassisten und das Tribunal hier in Köln ist dafür ein weiterer Meilenstein.
Ein Meilenstein unbeugsam zu sein und gemeinsam mit Opfern an- und einzuklagen!

Danke, danke dafür, dass ich heute das Tribunal mit eröffnen kann und danke dafür, dass ich ein Teil des Tribunals sein kann, denn auch das Tribunal ist jetzt ein Teil einer Rache an den Nazis!

Systemwechsel statt Regierungswechsel!

Neue Regierung ist die alte Regierung NIX ändert sich!

Die Bundestagswahlen sind gelaufen. Wir hatten in unserer Fabrikzeitung „Haben wir eine Wahl?" zum Wahlboykott aufgerufen. Denn für uns Arbeiter:innen gab es auch bei diesen Bundestagswahlen nix zu wählen. Im „Wahlkampf", besser „Wahlkrampf", haben sich alle bürgerlichen, auch linksgebende Parteien mit hohlen Versprechungen gegenseitig übertrumpft.
Von Vorneherein war klar: Das kapitalistisch-imperialistische System wird nicht in Frage gestellt. Es gibt keine wirkliche Alternative zum kapitalistisch-imperialistischen System.
Die GroKo-Regierung wurde abgewählt. Gewinner:innen der Wahlen sind SPD/Grüne/FDP, die die Rot-Grün-Gelb-Regierung (RGG) gebildet haben.

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!
Ausgabe Nr. 27 – September 2021

BUNDESTAGSWAHLEN
HABEN WIR EINE WAHL?

KollegInnen! Alle vier Jahre wieder stehen wir als „Wahlvolk" im Fokus der Wahlkampagnen zahlreicher Parteien. Wir werden mit TV-Spots, Werbeplakaten, Wahlprogrammen, Social-Media-Kampagnen zugeschüttet. Wir fragen uns: Gibt es 2021 wirklich was zu wählen?

in der Natur ist zerstört durch das kapitalistische Wirtschaften und durch die kapitalistische Lebens-
weise, durch den Kapitalismus.
Der aktuelle Weltklimaratsbericht sagt
Erderwärmung auf 1,5 Grad zu halten,
Zeit der Industrialisierung, ist nicht

Der Koalitionsvertrag ihres ***„Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit"*** [1] hat den irreführenden Titel ***„Mehr Fortschritt wagen"***.
Wo gab es in den 16 Jahren CDU/SPD-Großer-Koalition und vier Jahren konservativ-liberaler CDU/FDP-Regierung überhaupt „Fortschritt", der jetzt noch mehr gewagt werden soll?
Das waren Jahrzehnte der Ignoranz gegenüber der fortschreitenden Verarmung der werktätigen Klassen, der intensiven kapitalistischen Rationalisierung und Ausbeutung der Arbeitskraft, der sich vertiefenden Klimakatastrophe, verstärkter Militarisierung auch durch „Auslandseinsätze", der immer ruinöseren-kapitalistischen Landwirtschaft, der massiv zunehmenden Faschisierung und des tagtäglich allgegenwärtigen Rassismus in Politik und Gesellschaft.
Jahre der anhaltenden patriarchalen Unterdrückung von Frauen, von LGBTQ und FLINTA Aktivist:innen. Jahre des politischen Stillstands in der bürokratisch-autoritären Verwaltung des Landes – alles ausgerichtet an den Interessen des deutschen Imperialismus, eine der weltweit führenden Großmächte.
Wenn Fortschritte, wenn Reformen in sehr begrenztem Umfang umgesetzt werden mussten, dann nur weil **demokratisch-kämpferische Bewegungen der Werktätigen** diese selbst erstritten! Und nicht weil die herrschenden Regierungen Fortschritt wagten!
Auch die jetzige **neue RGG-Regierung** wird für uns keine Fortschritte bringen, sie reiht sich ein in die Phalanx der vorherigen bürgerlichen Regierungen. Der Koalitionsvertrag bietet auf 177 Seiten die Stärkung des deutschen Imperialismus sowohl auf militärischem als auch politischem Gebiet.

Weiter eine Ansammlung von leeren, vollmundigen Versprechungen. Abgehoben, unverständlich und technokratisch werden brennende Fragen von Erwerbslosigkeit, Wohnungsnot, Klimakatastrophe, Armut, Frauenunterdrückung, Migration und Rassismus mit Phrasen abgetan und faktisch nicht beantwortet. Oder von vorneherein überhaupt nicht gestellt.
Wir können nur einige Spotlights auf einzelne Punkte des Koalitionsvertrages und Themen der erst zwei Monate amtierenden RGG-Koalition werfen, um die politische Diskussion in den Betrieben, in Schulen und in der revolutionären Bewegung zu verstärken.

1 koalitionsvertrag zwischen spd, bündnis 90/die grünen und fdp spd.de/gruene.de/fdp.de

Stichwort: „Klimaschutz in einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft“ [2]

Die Vernichtung der Umwelt, die Klimakrise, die sich zu einer Katastrophe für alle Lebewesen und die Natur entwickelt, wird auch von dieser Regierung weiterhin völlig verharmlost.
Lediglich wird auf erneuerbare Energieträger wie Windkraft und Solar gesetzt. Elektromobilität soll als angeblich „optimale Lösung“ vorangetrieben werden. Ein gesamtgesellschaftliches konkretes Konzept um radikal den Ausstoß von Treibhausgasen, CO2 zu vermindern und die Erderwärmung auf dem 1,5 Grad Level, seit dem Beginn der Industrialisierung zu halten, ist eine Fehlanzeige.
Und das angesichts einer dramatischen Wirklichkeit der Umweltvernichtung, die sich bereits auch hier vor unseren Haustüren abspielt, Überflutungen wie im Ahrtal, Winter-/Sommerstürme, Waldbrände, Hitze- und Dürreperioden, … Und das mit einer „Grünen-Direkt-Beteiligung“ an der Regierung!

Nur ein Beispiel:
Kernziel Transformation der Automobilindustrie
Beispielhaft für die Wendigkeit der Grünen-Partei in dieser Koalition ist der Knaller vorneweg. *„Ein generelles Tempolimit wird es nicht geben.“* [3] Die einfache Maßnahme, Begrenzung auf 130 km/h, die bereits in etlichen kapitalistischen Ländern umgesetzt wird, und die außer neuer Verkehrsschilder nichts kostet, die einen kleinen Beitrag zur CO2 Minderung beitragen würde – und nebenbei auch noch etliche Verkehrstote verhindern würde – ist nicht durchzusetzen. Auf Druck der FDP-Autolobbypartei. Allein das ist schon ein Offenbarungseid dafür wie mickrig die Klimaziele tatsächlich angegangen werden. Das ist „Fortschritt wagen!“ in der neuen Regierung: Holla, es wird weiter gerast, CO2 unbegrenzt in die Luft geschleudert und Menschen totgefahren.
Weiter im Koalitionsvertrag heißt es: *„Wir unterstützen die Transformation des Automobilsektors, um die Klimaziele im Verkehrsbereich zu erreichen, Arbeitsplätze sowie Wertschöpfung hierzulande zu erhalten.* ***Wir machen Deutschland zum Leitmarkt*** *für* ***Elektromobilität****, zum Innovationsstandort für autonomes Fahren und beschleunigen massiv den Ausbau der Ladesäuleninfrastruktur. Unser Ziel sind* ***mindestens 15 Millionen vollelektrische Pkw*** *bis 2030.“* [4]
Der Stand zugelassener PKW liegt im Jahr 2021 bei **59 Mio.** PKWs. Also nur ein Viertel des immer noch rasant anwachsenden Automarktes wird 2030 „elektrisch“ fahren. Vorausgesetzt dieses Ziel wird überhaupt erreicht.

Zu **den Elektroautos** wird einfach verschwiegen, dass der Strom nicht einfach aus der Steckdose kommt, sondern er wird vor allem in Kraftwerken auf Kohle, Gas und Öl arbeitend produziert.
Weiter wirft der Staat für diese bisher schon mit Geld um sich. Der Kauf eines E-Autos wird mit bis zu 9 000 Euro gefördert. Für Plug-in-Hybrid PKWs (betrieben mit Elektrizität und Verbrennungsmotor) bis zu 6 750 Euro. Letztere verkaufen sich super im „Oberklassensegment“ der SUV-Modelle.
Ein Zuschuss also nur für Reiche, die sich „umweltfreundlich“ profilieren wollen. Der Beitrag dieser Panzerwagen zur CO2 Verminderung ist ein Witz.
Die neue Regierung will diese Politik noch forcieren. Sie wird massiv in die Ladesäuleninfrastruktur investieren, wird alles in allem den **individuellen Auto-Verkehr** mit einem grünen Mäntelchen versehen und Kernziele einer tatsächlich wirksamen Klimapolitik weiter ignorieren.
Einzige wirklich grundlegende Lösung in diesem ganzen Komplex wäre ein vorrangiger, exklusiver Ausbau von Öffentlichen Nah- und Fernverkehrsmitteln.

2 Koalitionsvertrag S. 24
3 Koalitionsvertrag S. 52
4 Koalitionsvertrag, S. 27

Die Zielrichtung müsste auf **Abschaffung des individuellen Autoverkehrs ausgerichtet sein**. Insgesamt ist Umorientierung in der Mobilität dringend erforderlich, nicht nur im Auto-, sondern auch Flug-, Bahn- und Schifffahrt-Verkehr.
Notwendig wäre eine Umwälzung, ja Revolution in der Ökonomie, um die Vernichtung unserer Lebensgrundlagen zu verhindern. Aber das ist im imperialistischen Deutschland mit seinem weltweiten Exportschlager Autoproduktion und dem Klein-Klein auf allen Ebenen der „Klimawende" völlig undenkbar. Lediglich an Symptomen wird herumgedoktert.
Gleichzeitig wäre ein **grundlegendes Umsteuern im Energieverbrauch** auf allen gesellschaftlichen Ebenen nötig. Einsparungen bei gesellschaftlich völlig idiotischen, aber profitbringenden Güterproduktionen. Grundsätzliche Neuausrichtung der Landwirtschaft und so weiter.
Der „letzte Hit" aktuell für die völlig haltlose, menschen- und umweltverachtende kapitalistische „Umweltpolitik" sind die neuesten Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten. Die EU will in die **EU-Taxonomie-Verordnung** fossiles Gas und Atomkraft als „klimafreundliche" Energien aufnehmen.
Ziel der Taxonomie-Regelung war in klimafreundliche Technologien zu investieren. Aktuelle Begründung der EU ist: Atomkraft sei weitgehend emissionsfrei und Gas wird für den Übergang zur Versorgung mit erneuerbaren Energien dringend benötigt.
Aktuell laufen in 17 EU-Ländern 73 Kernkraftwerke. 14 Reaktorblöcke sind in 8 EU-Ländern im Bau. Mit der Taxonomie-Vorgabe könnten Atomstaaten wie Frankreich, das 78 Prozent seiner Energie aus Atomstrom erzeugt, ihre Atommeiler rund um erneuern sowie neue bauen. Der radioaktive Atommüll ist langfristig eine der brutalsten Bedrohungen für Umwelt und Mensch.
In der EU existiert kein einziges „sicheres Endlager", das wirklich in Betrieb ist. Eine „saubere" Entsorgung ist sowieso unmöglich. Frankreichs Oberatompromotor Macron schwärmt nach diesem sich abzeichnenden Coup bereits Mitte Februar, das ist die *„Renaissance der französischen Atomkraft".* 6 neue Werke sollen umgehend gebaut und die Errichtung für 8 weitere bis 2050 geprüft werden.
Gleichzeitig wird damit der Neubau von riesigen Gaskraftwerke angekurbelt. Für Kapital-Anleger:innen ein fetter Anreiz in beide Energieproduktionsstätten zu investieren! So sieht „Greenwashing" aus! Ein weiterer verheerender Fake in der angeblichen „Klimawende".
Im Rahmen von nationalen und EU-Umweltschutzmaßnahmen wie „Fit for 55" werden die aktuell explodierenden Energiepreise (Öl, Gas, Strom) weiter enorm in die Höhe getrieben. Auch befeuert durch internationale Konflikte um Ressourcen. Preiserhöhungen um die 35 Prozent werden aktuell von den Konzernen diktiert.
Werktätige, Rentner:innen werden immer weiter in Armut getrieben. Viele sitzen in ihren eiskalten Wohnungen, weil sie die Heizkosten nicht zahlen können. Der einmalige verabschiedete Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Alleinlebende, ist nicht einmal der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

Stichwort: Deutscher Staatsbürokratismus Digitalisierung Modernisierung

Gebetsmühlenartig durchzieht dieses ganze Koalitions-Werk die Beschwörung, die bereits Dauerbrenner in den vorhergehenden Koalitionsverträgen zwischen CDU und SPD war: „Bürokratiearme Strukturen, Bürokratieabbau" in allen politischen, staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen „müssen unbedingt umgesetzt werden". Ebenso das Einklagen der unbedingt notwendigen **„Digitalisierung"** und die, wie auch immer verstandene **Modernisierung der Verwaltung**. Phrasen nichts als Phrasen.
Die Ineffektivität des staatlichen Gesundheitswesens, die Bankrotterklärung des Bildungssektors haben in der Pandemie die bürokratische Verkrustung und die völlige Abgehobenheit des schwerfälligen Staatsapparates von den Bedürfnissen seiner „Untertanen" einmal mehr bewiesen. Dieser unbewegliche bürokratische Staatsapparat ist nicht imstande das normale öffentliche Leben für die Bürger:innen zu organisieren. Alles was die neue Regierung anbietet, bewegt sich weiterhin in diesem Staatsverständnis, es ist ja auch nichts anderes von ihr zu erwarten.

Stichwort: Pandemiebekämpfung

Die zweimonatige Politik der RGG-Regierung hat jetzt schon in der Praxis gezeigt, dass sie sich in nichts von ihrer Vorgängerin unterscheidet. Weder ihr Programm im Koalitionsvertrag noch ihre aktuelle Politik lässt nur einen Hoffnungsschimmer zu, dass **Pflegenotstand, Privatisierung des Gesundheitswesen, Pandemiebekämpfung** im Sinne der Werktätigen, den am härtesten Betroffenen in diesen Zeiten, in irgendeiner Weise gelöst werden. Es ist ein Weiter so wie bisher.
Ein Zick-Zack-Kurs wird gefahren mit völlig unzureichender Einbindung der Bevölkerung. Kinder, Schüler:innen, Jugendliche und Studierende werden drangsaliert, weil die Herrschenden es nicht schaffen, Teile der zu schützenden Bevölkerungsgruppen zum Impfen zu bewegen.
Gleichzeitig beschließt die RGG-Regierung eine Impf-

pflicht für Alten-Pfleger:innen und Krankenhauspersonal, die seit zwei Jahren jeden Tag unter unvorstellbar härtesten Bedingungen ihren Job machen.
Die neue Regierung steht mit Verantwortungslosigkeit und einem sich von Tag zu Tag Hangeln, ganz in der Tradition der Merkel-Regierung.
Alles was gesagt und gemacht wird, ist nur dazu da, um sich politisch gegen die jeweiligen konkurrierenden Parteien zu profilieren. Die praktische Politik der RGG-Regierung läuft auf das **Prinzip „Herdenimmunität"** hinaus. Egal wieviele Menschen dabei sterben.
Gleichzeitig wird aller Orten, den Nazi-faschistischen Aufmärschen, Pardon „Spaziergängen", kein Einhalt geboten. Weitgehend werden sie toleriert. Obwohl die Teilnehmenden/Organisator:innen sämtliche Pandemie-Vorgaben mit Ansage verweigern und obwohl sie brutal gegen linke, antifaschistische Gegendemonstrationen, Journalist:innen etc. vorgehen.

Auch **internationa**l tritt die SPD/GRÜNE/FDP-Regierung in die Fußstapfen ihrer Vorgänger. Sie lehnt die **Patentfreigabe** bei Impfstoffen gegen Corona rundweg ab.
Hier profiliert sich beeindruckend der Grüne Oberguru Habeck als totaler „Umfaller". Vor den Wahlen hat er sich noch vollmundig für die Freigabe der Patente eingesetzt. Jetzt verkündet der Herr Wirtschaftsminister nach *„intensiven Gesprächen mit den Pharmaunternehmen"*, [5] dass diese Freigabe keinen Nutzen habe. Super Lobbyarbeit – zu 100 Prozent erfolgreich!
Bereits achtmal wurden im Rahmen der WHO von den „führenden Industrienationen", darunter auch die BRD, Anträge zur Freigabe der Patente blockiert.

Stichwort: Werktätige und Kapitalinteressen

In der Koalition wird die jetzt neu gelabelte „**sozial-ökologischen Marktwirtschaft"** Steuerungsinstrumente einsetzen wie Flexibilisierung in allen Bereichen der Arbeitswelt, Ausweitung des Niedriglohnsektors, Homeoffice, Schichtarbeit, Leiharbeit und die absehbare Erhöhung des Renteneintrittsalters.
Alles was nichts anderes als verschärfte Ausbeutung bedeutet.
Unerträglich die herablassende Haltung der Ampel-Regierung gegenüber den Arbeiter:innen, die mit **Mindestlohn** malochen müssen. Die Erhöhung des Mindestlohnes auf *„12 Euro sind eine Anerkennung der Leistungen die in Coronazeiten erschwert war"*. [6]
Eine unverschämteste Mogelpackung. Der aktuell Januar 2022 gültige Mindestlohn liegt bei 9,82 Euro. Laut bisheriger Gesetzeslage der Vorgängerregierung wird dieser ab Juli 2022 auf 10,45 Euro erhöht. Das heißt die „Erhöhung" durch Rot-Grün-Gelb in einer neuen Gesetzesvorlage wird „stolze" 1,15 Euro betragen.
In Ost und West malochen ein Drittel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor. 16 Prozent, das sind 13,4 Mio Werktätige dieses Landes gelten als arm. In der viertgrößten „Volkswirtschaft" der Welt.
Die **Finanzpolitik** der RGG-Regierung ist stark geprägt durch die neo-liberale FDP. Sie fährt auf „strikte Haushaltsdisziplin". Angeblich will sie keine Neuverschuldungen machen, die sie aber über Finanzjonglererei bereits jetzt betreibt. Abgelehnt wird praktisch jede Steuererhöhung fürs Kapital, weder Vermögenssteuer noch Erbschaftssteuer.
Verstärkter, staatlich **geförderter Wohnungsbau** soll 400 000 neue Wohnungen pro Jahr garantieren. Nur ein Bruchteil davon Sozialer Wohnungsbau. Gleichzeitig weiterhin großzügige Subventionen fürs Häuslebauen des Bürgertums verteilt.
Bisher wurden mit Staatsförderung lächerliche 30 000 Sozialwohnungen pro Jahr errichtet. Also für die Werktätigen, die in eine immer größere Wohnungsnot getrieben werden, gib es Nichts, außer dass alles schlimmer und teurer wird.

5 Perspektive-online.net/2022/01/habeck-will-doch-kein-eimpfstofffreigabe-um-biontechs-profite-zu-schuetzen/

6 Koalitionsvertrag, S. 6

In dem Zusammenhang ist auch der **Etikettenschwindel** mit der bisherigen Hartz IV-Grundsicherung zu sehen. Sie wird in **Bürgergeld** umbenannt. Die unterirdisch niedrigen Beträge bleiben gleich, unterhalb der Armutsgrenze.

Stichwort: Deutschland – Einwanderungsland?

Das wohlklingende Bekenntnis im Koalitionsvertrag: *„Uns verbindet das Verständnis von Deutschland als vielfältige Einwanderungsgesellschaft"* ist verknüpft mit der Ankündigung *„Die nötigen Fachkräfte wollen wir … durch eine Modernisierung des Einwanderungsrechts gewinnen."* [7]

Die „Modernisierung" bedeutet für bestimmte, vom Staat definierte Menschengruppen – orientiert an den Anforderungen der Wirtschaft, Erleichterungen bei Aufenthalts-, Arbeitsgenehmigungen und Einbürgerungen zu „gewähren". Das zielt auf **Abwerbung von Fachkräften, Dienstleistern** aus anderen Ländern, insbesondere für den Gesundheits-/Pflegebereich als auch für Industrie und Forschung (also Akademikerbereich).

Nicht etwa aus „Menschenliebe", sondern aus knallharten ökonomischen Interessen. In etlichen ökonomischen Bereichen herrscht ein extremer Mangel an Arbeitskräften. Gezielt berechneter Nebeneffekt der Abwerbung von Arbeitskräften ist die Schwächung einer „unabhängigen" kapitalistischen Entwicklung einiger aufsteigender Industrieländer, wie Indien, Türkei etc. Das hat mit einer *„vielfältigen Einwanderungsgesellschaft"* oder *„Weltoffenheit"* nichts zu tun. Das ist gezielte und gesteuerte Auslese durch den deutschen Imperialismus für die Wirtschaft.

Eine tatsächlich *„vielfältige Einwanderungsgesellschaft"* würde sich zum Beispiel durch etwas ganz Einfaches auf den Weg bringen lassen: **„Demokratisches Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Bürger:innen, gleich welcher Nationalität und welchen Aufenthaltsstatus."** Aber das ist natürlich nicht der Weg der RGG-Regierung. Sie hält in alter guter deutscher Tradition an der Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Diskriminierung eines großen Teils der Bürger:innen in diesem Land fest.

Nach einer Presseerklärung von Destatis haben 21,9 Millionen Menschen, das sind 26,7 Prozent der Bevölkerung, einen Migrationshintergrund. Davon waren nur 7,9 Millionen, das heißt nur **jede dritte Person** in den Bundestagswahlen 2022 **wahlberechtigt.** Das ist lediglich ein Drittel (36 Prozent) aller Menschen mit Migrationshintergrund. Zwei Drittel wurden von den Wahlen ausgeschlossen, da das Wahlrecht immer noch an die deutsche Staatsbürgerschaft und nicht an den Wohnsitz gebunden ist. Millionen Menschen arbeiten, leben in diesem Land, zahlen einen Haufen Steuern und haben keinerlei demokratisches politisches Entscheidungsrecht!

Stattdessen werden leere Worte geschwungen und sich weitere Pseudo-Popanze ausgedacht, die keinerlei politische Auswirkung für die Ausübung demokratischer Grundrechte für Menschen mit Migrationshintergrund haben: *„Für mehr Repräsentanz und Teilhabe werden wir ein **Partizipationsgesetz** vorlegen mit dem Leitbild **„Einheit in Vielfalt"** und die Partizipation der Einwanderungsgesellschaft stärken (etwa durch Einführung eines **Partizipationsrates).**"* [8]

Die **Grenzen dieses Landes** sind auch bei dieser Koalition für Geflüchtete dicht. „Reinkommen" kann nur wer ausgesucht und erwünscht, weil gewinnbringend für die deutsche Wirtschaft ist.

Das **Asylrecht** für Geflüchtete wird weiterhin rigide gehandhabt und faktisch ausgehebelt. Abschiebungen sind weiterhin bewährtes Abschreckungsmittel

Reem Alabali-Radovan (SPD)
Staatsministerin Migration beim Bundeskanzler

„Wer über Aufbruch und ein modernes Einwanderungsland spricht, der muss auch die Kehrseiten klar benennen. Ferhat, Gökhan, Hamza, Said, Mercedes, Sedat, Kaloyan, Vili und Fatih – sie waren ein Teil von uns, aus unserer Mitte. Sie waren Deutschland. *Sie hatten noch ihr ganzes Leben vor sich; doch sie wurden im Februar 2020 bei dem rassistischen und rechtsextrem motivierten Anschlag in Hanau aus dem Leben gerissen. Ich werde nie vergessen, was ich bei dieser Nachricht gefühlt habe. Das war eine Zäsur. Weitere grausame Erinnerungen gehören dazu: Solingen, Mölln, Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Halle und der Mord an Walter Lübcke. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Liste weitergeht. (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie des Abg. Dr. Götz Frömming [AfD]) (…) Der Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und weitere gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht uns alle an,* ***nicht nur*** *die Betroffenen.* ***Wir sind mehr, und wir müssen das auch zeigen. Wir sind alle gegen rechts!"*** [1] Wir ... alle? Auch die Beifall klatschende AfD? Es ist einfach in Worten gegen „Rechts" und Rassismus zu sein. Es kommt aber vor allem auf die Tat an! Und da haben wir auch von dieser Regierung nichts zu erwarten!

1 13.01.2022 Antrittsrede, 11. Sitzung des Deutschen Bundestages, dserver.bundestag.de/btp/20/20011.pdf, S. 654

7 Koalitionsvertrag, S. 6

8 Koalitionsvertrag, S. 118

und sollen verstärkt werden. Klare Ansagen im Koalitionsvertrag: *„Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wir starten eine **Rückführungsoffensive**, um Ausreisen **konsequenter** umzusetzen, insbesondere die Abschiebung von Straftätern und Gefährdern. Der Bund wird die Länder bei **Abschiebungen künftig stärker unterstützen.**"* [9]

Stichwort: Rassismus bekämpfen?

Wir greifen auch hier nur beispielhaft einige Punkte aus dem Koalitionsvertrag heraus. Unter dem Motto: „Zivilgesellschaft und Demokratie" heißt es im Koalitionsvertrag *„Wir unterstützen die Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU."* [10] Entscheidend sollte natürlich bei einem solchen Vorhaben sein, ob die Familien, die Angehörigen, die Betroffenen die Freund:innen der Opfer überhaupt einen zentralen Erinnerungsort wollen. Ist es nicht vielmehr so, dass in den verschiedenen Tat-Städten, Freund:innen, Angehörige, Familien sich für Gedenk- und Erinnerungsorte vor Ort einsetzen. Aber ihre berechtigten Wünsche werden seit Jahren von der Politik weder gehört noch etwa umgesetzt.

Ismail Yozgat, der Vater von **Halit**, der in Kassel vom NSU in einem Internetcafé ermordet wurde, fordert seit Jahren die Umbenennung der Straße des Tatorts in Halitstraße. Nichts passiert. Nur ein unscheinbarer Platz wurde von der Stadt Kassel nach Halit benannt.

Die **Initiative „Herkesin Meydanı – Platz für Alle!"** kämpft ebenso seit Jahren für einen Gedenkort an der **Keupstraße in Köln.** Dort explodierte am 9. Juni 2004 eine Nagelbombe des NSU. 22 Menschen wurden teilweise schwer verletzt, und alle Anwohner:innen schwer traumatisiert. Ein beeindruckender Entwurf für ein Mahnmal in der Keupstraße gegen Rassismus liegt vor, aber die Stadt Köln verweigert seit Jahren die Umsetzung.

Im Kapitel *„Rassismus bekämpfen"* [11] wieder eine der vielen Absichtserklärungen, wo von vorneherein klar ist, auch hier wird sich fast nichts ändern: *„Wir werden die Arbeit zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus fortsetzen, inhaltlich weiterentwickeln und sie nachhaltig finanziell absichern."*

Der Koalitionsvertrag führt zahlreiche bürokratisch-administrative Maßnahmen als „Kampf gegen Rassismus" an. *„Wir treiben die UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft voran (z.B. durch entsprechende Begabtenförderung und Unterstützung eines bundesweiten Community-Zentrums), bauen Forschung aus, stärken z.B. das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) dauerhaft und verstetigen seinen Rassismusmonitor.*

Wir setzen eine Anti-Rassismus-Beauftragte bzw. einen Anti-Rassismus-Beauftragten ein. Zur Umsetzung der EU-Roma-Strategie wird eine Nationale Koordinierungsstelle gegründet. Zudem richten wir eine unabhängige Monitoring- und Beratungsstelle für antiziganistische Vorfälle ein. Empfehlungen der Expertenkommission Antiziganismus greifen wir auf und setzen eine Antiziganismus-Beauftragte bzw. einen Antiziganismus-Beauftragten ein." [12]

Wir sehen in diesen Maßnahmen vor allem den Versuch die antirassistische, antifaschistische Bewegung zu kanalisieren und **in staatlich gewünschte Bahnen** zu lenken. Initiativen, Aktivist:innen sollen in staatliches Handeln eingebunden werden. Arbeitsplätze für erwerbslose Akademiker:innen sollen geschaffen werden, deren Aufgabe es ist zivilgesellschaftliche, antirassistische Initiativen und Gruppen unter **die Fuchtel des Staates** zu stellen.

Ziel ist **jegliche radikalen und grundlegenden Kritiken** an rassistischen, faschistischen Strukturen in allen staatlichen Institutionen, Polizei, Militär, Ämtern, Schule, Universität, Justiz abzuwehren und zum Verstummen zu bringen.

Stichwort: Frauen – Genderrechte – Männermacht

Bezeichnenderweise lautet der Name des Ministeriums „Familie, Senioren, Frauen und Jugend". Im Koalitionsvertrag (KV) wird großmäulig verkündet: *„Die **Gleichstellung** von Frauen und Männern muss in **diesem Jahrzehnt** erreicht werden".*

Das ist grotesk angesichts der konkreten klein-klein Reformschritte, die für dieses Ziel vorgeschlagen werden und einfach nur zynisch. *„Wir wollen … uns für Entgeltgleichheit von Frauen und Männern einsetzen" und „die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern schließen. Deshalb werden wir das Entgelttransparenzgesetz weiterentwickeln und die Durchsetzung stärken, indem wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen, ihre individuellen Rechte durch Verbände im Wege der Prozessstandschaft geltend machen zu lassen."* [13]

Das Entgelttransparenzgesetz hat schon bisher nichts bewirkt und wird auch nicht in der Zukunft nichts bewirken. Das ganz einfache Prinzip **„Gleicher Lohn für gleiche Arbeit"** wird selbstverständlich auch von

9 Koalitionsvertrag, S. 140
10 Koalitionsvertrag, S. 117
11 Koalitionsvertrag, S. 120
12 ebenda
13 Koalitionsvertrag, S. *6*

dieser Regierung **nicht umgesetzt**, die **besondere verschärfte Ausbeutung** der Arbeitskraft von Frauen wird weiter fortgeschrieben!
Für die besserverdienende Mittelschicht *„wird die Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen“* [14] festgeschrieben, die erleichtert wird durch *„ein Zulagen- und Gutscheinsystem… für sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Haushalt“.*
Im Klartext, die bisher illegal im Haushalt bürgerlicher Schichten rechtlos arbeitenden Frauen, meist Migrant:innen, können jetzt vom Staat offiziell mitfinanziert werden um deren Arbeitgeber finanziell zu entlasten. Mehr Rechte erhalten die werktätigen Frauen trotzdem nicht.
Was **patriarchale Männergewalt und Frauenunterdrückung** angeht wird sie in dem Koalitionsvertrag nicht direkt und offensiv benannt. Es wird nur von den Opfern der Gewalt, von sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Kinder gesprochen. Männer als Tätergruppe sind weitgehend ausgeblendet
Die im Koalitionsvertrag **angekündigte Streichung des § 219a StGB,** des sogenannten Werbeverbotes für Ärzt:innen über Abtreibungen zu informieren ist ein **kleines Mini-Reförmchen** und **gleichzeitig empörend**. Denn mit den nach wie vor gültigen **§ 218a und § 219 im Strafgesetzbuch** werden Frauen, die ein Kind nicht zur Welt bringen wollen/können vom Staat **massiv reglementiert**, **bevormundet und moralisch unter Druck gesetzt**.

14 Koalitionsvertrag, S. 70

Sie müssen nach wie vor eine Zwangsberatung absolvieren [15] und eine Bescheinigung darüber den Ärzt:innen vor einem Eingriff vorlegen. Das Patriarchat wird nicht angetastet.

Stichwort: Bundestag – Volksvertretung?

Ein „Reformprojekt“ der neuen Regierung steht unter dem Motto: **Wir sichern unsere Pfründe**. Eine Kommission soll gebildet werden, die Vorschläge *„zur Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre“* [16] erarbeitet. Die Volksvertreter:innen wollen ihre generöse finanzielle Berufspolitiker-Absicherung um **ein Jahr** ausweiten. Also statt vier Jahren fünf Jahre garantierte Diäten, Abgeordnetengehälter. Von den Kolleg:innen der anderen Fraktionen werden sie sicherlich auf helle

15 § 2019 Beratung der Schwangeren in einer Not- und Konfliktlage
(1) *„Die Beratung dient dem Schutz des ungeborenen Lebens. Sie hat sich von dem Bemühen leiten zu lassen, die **Frau zur Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermutigen** und ihr Perspektiven für ein Leben mit dem Kind zu eröffnen; sie soll ihr helfen, eine verantwortliche und gewissenhafte Entscheidung zu treffen. … Dabei **muß** der Frau bewußt sein, daß das Ungeborene in jedem Stadium der **Schwangerschaft auch ihr gegenüber ein eigenes Recht auf Leben** hat und daß deshalb nach der Rechtsordnung ein Schwangerschaftsabbruch **nur in Ausnahmesituationen** in Betracht kommen kann, wenn der Frau durch das Austragen des Kindes **eine Belastung** erwächst, die so **schwer und außergewöhnlich** ist, daß sie die **zumutbare Opfergrenze übersteigt**.“*
16 Koalitionsvertrag, S. 11

Begeisterung stoßen. Denn für alle bedeutet das Arbeitsplatz-, Finanz- und Rentenabsicherung.
Der neue Bundestag ist weder von der **Alterszusammensetzung**, noch **gegendert** noch **klassenmäßig noch migrantisch** ein Abbild der Gesellschaft.
Laut Angaben des Deutschen Bundestag sind von **736** Abgeordneten **257** weiblich und **479** männlich und **0** divers. (Die Grünen geben für ihre Fraktion 2 Personen als Divers an.)
Der **Frauenanteil** liegt bei **34,8 Prozent**.

Alte weiße deutsche Männer sind immer noch die vorherrschende Abgeordneten-Spezies. Von **736** Abgeordneten sind **lediglich 92 unter 35 Jahren**.
Die **jüngsten Abgeordneten** der 18 – 24 jährigen sind drei Abgeordnete der Grünen und zwei der SPD. 0,69 Prozent aller Abgeordneten!
Mit einem Anteil von **11,3 Prozent der Abgeordneten** sind **Migrant:innen** völlig unterrepräsentiert vertreten.

Nancy Faeser, Bundesministerin des Innern und für Heimat – Antrittsrede im Deutschen Bundestag:

„Wir haben alle extremistischen Bedrohungen im Blick: den Islamismus, den Rechtsextremismus und den Linksextremismus. Aber die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsextremismus.
(…) Eines möchte ich gleich zu Beginn sagen: Es ist unser aller Pflicht, für den Schutz von Jüdinnen und Juden zu sorgen. Die Hetze, die viele dieser Tage in unserem Land noch erleben müssen, ist eine Schande für unser Land.
Meine Damen und Herren, der Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke, der antisemitische Anschlag in Halle, die rassistischen Morde in Hanau – diese entsetzlichen Verbrechen lassen mich nicht los. Die jahrelange Auseinandersetzung mit dem Terror des NSU hat mich persönlich sehr geprägt. Deshalb sage ich auch heute hier im Deutschen Bundestag: ***Der Staat ist den Opfern weitere Antworten schuldig. Die Aufarbeitung muss weitergehen, und wir werden sie vorantreiben.***
(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP sowie bei Abgeordneten der LINKEN)"

Die brutale, grausame Realität steht diesen leeren Floskeln der Ministerin diametral entgegen. Fakt ist die Akte „Mordserie NSU" ist geschlossen. Das Urteil des Oberlandesgerichts (OLG) München im NSU-Prozess wurde mit der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) vom 15. Dezember 2021 abgesegnet.
Die Revisionsanträge wurden abgelehnt. Das NSU-Netzwerk ist demnach laut höchsten richterlichen staatlichen Urteils nur ein Trio. Aktive Mitglieder:innen des Nazi-Netzwerkes NSU, wie Eminger werden nur als „Mitläufer" harmlos bestraft.
Das Spinnennetz des NSU-Netzwerkes was über die ganze BRD rekrutiert war und aktiv die Morde mit vorbereitet und organisiert hat, wird im Untergrund weiterwirken.
Die Untersuchungsausschüsse des Bundestages und verschiedener Landtage haben keine Aufklärung staatlichen, polizeilichen, juristischen Versagens geleistet.
Die „Aufarbeitung" der rassistisch-faschistischen Mordserie, in deren Verlauf Familien und Angehörige der migrantischen Opfer über 11 Jahre hinweg vom Staat und seinen Institutionen als Täter:innen ins Visier genommen wurden, ist für diesen Staat definitiv abgeschlossen und wird nicht weitergehen.
Der Staat ist alle Antworten schuldig geblieben. Der Mord an Halit Yozgat, bei dem der Verfassungsschutzbeamte Temme anwesend, vielleicht sogar der Täter war, dessen Akten unter Schwarz-Grüner-Regierungsverantwortung in Hessen für 30 Jahre unter Verschluss genommen wurden, das alles wird nicht mehr weiter aufgearbeitet werden. Das haben alle staatlichen und juristischen Institutionen klar abgelehnt. Insofern sind die Betroffenheitsbekundungen von Ministerin Faeser ein unerträglicher Hohn.
Auch die Ansprache von Faeser an Frau Unvar im Deutschen Bundestag ist verletzend, unwahr und beschämend: *„Serpil Temiz Unvar hat in Hanau ihren Sohn Ferhat verloren. Was sie gesagt hat, ist eine Mahnung an uns alle – ich zitiere –: Unsere Kinder dürfen nicht umsonst gestorben sein. Ihr Tod muss das Ende rassistischer Angriffe sein. – Ich kann Ihnen, liebe Frau Unvar, und allen Familien der Opfer von Hanau sagen: Wir werden Ihre Kinder nie vergessen, und wir werden alles tun, um die Menschen, die in unserem Land bedroht und angegriffen werden, besser zu schützen. Deshalb, meine Damen und Herren, werde ich als Bundesinnenministerin bis Ostern einen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus vorlegen."* [1]
Solange nicht die notwendige Aufklärung der Mordserie in Hanau erfolgt, das schwerwiegende Versagen der Einsatz- und Polizeikräfte nicht angeklagt und das faschistische Umfeld/Netzwerk des Täters, zum Beispiel sein Nazi-Vater, nicht zur Rechenschaft gezogen wird, solange sind die Versprechungen „Wir werden alles tun" ein Schlag ins Gesicht der Angehörigen und überlebenden Opfer.

1 dserver.bundestag.de/btp/20/20010.pdf, S. 492, Deutscher Bundestag – 20. Wahlperiode, 10. Sitzung, 12.01.2022

Das **Bürgertum** mit **„akademischen Hintergrund",** etwa **87 Prozent** der Abgeordneten, bestimmt das Parlament und die Regierungsgeschäfte. Ihr Anteil in der Bevölkerung liegt 14 Prozent.
Nur **13 Prozent Nicht-Akademiker** sind ins Parlament gewählt worden.
Sozio-ökonomisch bedeutet die Zusammensetzung des Parlaments: Im neuen Bundestag vertritt **ein Mitglied des Bundestages** derzeit 110 000 Bürger:innen. Jede/r Anwält:in im Bundestag und davon gibt es viele, vertritt gerade mal 1 500 Menschen aus seiner/ihrer Berufsgruppe. Eine Pflegerin als Abgeordnete steht für 300 000 Pflegekräfte, ein/e Arbeiter:in für mehr als 2 Millionen Menschen ihrer Klasse.
Der Bundestag ist keine repräsentative Vertretung der Mehrheit des Wahlvolkes, die Werktätigen!

Stichwort: Wahlverlierer – Linke Alternativen & Brodelnde Kriegsgefahr!

Die CDU hat 8,8 Prozent und die AfD 2,3 Prozent Wählerstimmen eingebüßt. Uns interessiert hier vor allem **Die Linke**. Sie hat mit ihrem **Wahlergebnis von 4,0 Prozent** der Wählerstimmen, mit einem **Minus von 4,3 Prozent** ihre Stärke halbiert. Die Orientierung der Linken auf einen Platz am Futternapf der Macht, Regierungsbildung mit SPD und Grünen, ist gescheitert. [17] Sie hat extrem viele Stimmen verloren bei den Wählerschichten, die sie angeblich vor allem vertreten möchte. Von Arbeiter:innen und Angestellten erhielt sie jeweils nur noch **5 Prozent** der Stimmen, 2017 waren es noch zehn bzw. neun Prozent. [18]
Die Linke konnte sich neben SPD und Grünen nicht als weitere Kümmerer-Partei verkaufen. Sie hat voll und ganz auf den maroden Parlamentarismus gesetzt und perspektivisch keine überzeugende Alternative zu dem bürgerlichen Ausbeutungssystem entwickelt. Wie auch?
Sie hat durch ihren Parlamentarismus finanziell für den eigenen Parteiapparat von der staatlichen Parteien-Finanzierung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen außerordentlich profitiert.
(Die Gelder summierten sich 2019 für die Linke auf über 100 Mio. Euro).
Überall wo die Linke praktische Politik betreibt, ist sie die **sozialdemokratisch-linkere Partei** als SPD und Grüne zusammen. Das ist kein überzeugendes Angebot.

Hinzu kommt die unsägliche Positionierung der Linken im aktuellen sich wieder einmal **zuspitzenden Konkurrenzkampf der imperialistischen Großmächte**. Hier setzt die Linkspartei, nach wie vor mit Blindheit für politische Realitäten geschlagen, auf die angeblichen **„Friedensmächte" Russland und China** als die angeblichen Glücksbringer für die geschundenen Völker des globalen Südens.
Die **aktuelle Zuspitzung der internationalen Lage** ist bedingt auf der einen Seite, durch den **Vormarsch von NATO** und **westlichen Großmächten und Imperialisten** gegen **Russland**, aber auch gegen **China** z.B. im südchinesischen Meer. Der **Westen** will massiv seine Positionen nicht etwa nur verteidigen, sondern **ausbauen**. Die beiden größten Konkurrenten sollen mit aller Macht zurückgedrängt werden.
Auf der anderen Seite wird der Konflikt angeheizt durch das Säbelrasseln Russlands, bei voller Unterstützung von China, an der ukrainischen Grenze, mit dem Aufmarsch von Zehntausenden russischer Soldaten und Armee-Einheiten, offenen Kriegsdrohungen gegen die Ukraine, Europa und die USA.
Die Linke schlägt sich voll und ganz auf die **Seite** des **imperialistischen Blocks Russland und China**, die sie zu „Verteidigern des Weltfriedens" stilisiert.
Die RGG-Koalition laviert aktuell zwischen den verschiedenen westlichen und östlichen Interessen und Blöcken. Einerseits um die machtpolitischen Positionen des Westens zu verteidigen und auszubauen, andererseits um die ökonomischen Interessen der deutschen Monopolkonzerne insbesondere in Russland und China abzusichern.
Wir KommunistInnen bekämpfen vor allem unseren Hauptfeind, den deutschen Imperialismus und seine Kriegsvorbereitungen, Militarisierung, sowie das NATO-Bündnis und die westlichen Großmächte, gleichzeitig aber prangern wir die imperialistische Großmachtpolitik sowohl Russlands als auch Chinas an.
Zusammengefasst:
Die neue RGG-Regierung mit ihrem Koalitionsvertrag ist eine Fortsetzung der kapitalistisch-imperialistischen Politik der deutschen Monopolbourgeoisie. Sie unterscheidet sich lediglich in Nuancen von der Großen Koalition von CDU/CSU und SPD.
Für uns Arbeiter:innen und Werktätige sind Krise, Kapitalismus, Kriegskurs, Klimakatastrophe auch in dieser Regierungsperiode in unserem Arbeits- und Lebensalltag weiter bestimmend.
Unsere Antwort darauf kann nur die Stärkung des Klassenkampfes gegen Kapital und Staat sein! Einen anderen Ausweg gibts nicht!

15. Februar 2022

17 Aktuell ist die Linke in folgenden Landesregierungen vertreten – *Berlin:* SPD, Grüne, Linke; *Bremen:* SPD, Grüne, Linke; *Thüringen:* Ramelow Ministerpräsident Linke, SPD, Grüne; *Mecklenburg-Vorpommern:* SPD, Linke
18 Ekkehard Lieberam, „Der versteckte Sozialismus", junge Welt, 22.11.2021 S. 12/13.

Fabrik-Zeitung Klasse gegen Klasse
Gegen Ausbeutung für Sozialismus!
Ausgabe Nr. 28 Februar/März 2022

Die K-Frage stellen

IHR „K" – Krise, Kurzarbeit, Kapitalrendite, Konkurs, Krieg, Klimakatstrophe, Konzerne machen Kasse, Klassenzusammenarbeit … Krankes System … Kapitalismus

UNSER „K" – Klassenkampf für eine klassenlose Gesellschaft im Kommunismus!

Zum ERSTEN – Klarstellung

Dieser Tage erfahren wir einiges über Spaltung gar Ausgrenzungen innerhalb der Gesellschaft…
Geimpfte gegen Ungeimpfte und umgekehrt ...
Euer Ernst?
Ja, die Pandemie nervt und die schlingernden, halbherzigen, inkonsequenten sich widersprechenden „Maßnahmen" gegen die Pandemie nerven!
Und ja, Kapital und Kabinett nutzen die Lage aus, wie wir unschwer an den Milliardenprofiten bei gleichzeitigem Anstieg der Armutsquote ablesen können.
Viele Werktätige sind enttäuscht, frustriert und suchen verzweifelt nach „Schuldigen". Politik, Virologie, Medienberichterstattung …
Mikrochips in Impfstoffen?
Tragen wir da etwa die nicht lieferbaren Halbleiter mit uns herum???
Makabrer Scherz – Zeichen gefühlter Ohnmacht.

Die Pandemie ist Realität und wirkt als Brandbeschleuniger für schwelende Ungerechtigkeiten. In der gesamten Gesellschaft und eben auch in den Betrieben.
Aber durch die Gesellschaft verlaufen die Grenzen nicht zwischen „null, 2 oder 3G" sondern zwischen oben und unten. Das sind die Grenzen der Klassengegensätze.
WIR Arbeiter:innen, Werktätigen auf der einen, DIE Vertreter:innen des Kapitals auf der anderen Seite. Und, ist dann nicht das profitorientierte kapitalistische System das tatsächliche Problem?

Kann es sein, dass wir uns darüber streiten, ob wir einmal, zweimal, dreimal... oder gar nicht geimpft sind, während es in den abhängigen Ländern noch nicht mal Impfstoffe gibt?
Kann es sein, dass die Scheiß-Pharma-Konzerne Milliarden-Profite einfahren, während sie gleichzeitig die Patente nicht freigeben, damit in den „ärmeren" in Abhängigkeit gehaltenen Ländern Impfstoffe selber hergestellt werden können?
Kann es denn wahr sein, dass auf dem afrikanischen Kontinent gerade mal sieben Prozent aller Bewohner:innen überhaupt an EINE Impfdosis gekommen sind? Ist eine Pandemie nicht ein weltweites Problem?
Sollte bei einer weltweiten Seuche nicht die Internationale Solidarität im Vordergrund stehen?
Wir schaden uns und unseren Interessen, wenn wir uns immer weiter vom sozialen, solidarischen Handeln entfernen. **Was nützt mir meine Freiheit, wenn nicht alle Menschen gleichberechtigt frei sein können?**
Denn, egal, was uns erzählt wird. Wir leben in einer Klassengesellschaft. Die Kapitalist:innenklasse ist an der Macht. Für ihre Profite wird die große Masse der Arbeiter:innen und Werktätigen ausgebeutet.
UNSERE Freiheit besteht in diesem System darin, unsere Arbeitskraft den Kapitalisten gegen Lohn zu verkaufen, wenn wir überhaupt eine Arbeit finden.
Arbeitsplatzvernichtung, Massenentlassungen – Gegenwehr wird organisiert – aber es ist Fakt, dass wir, die Arbeiter:innenklasse trotz mutiger kleiner Kämpfe insgesamt geschwächt sind.
Unzufriedenheit und organisiertes Einlullen macht die Herzen und Köpfe anfällig für Heilsversprechen.

Es ist kein Zufall, dass in diesen Zeiten nationalistische, faschistische Netzwerke, Organisationen, die sich ohne Scham als Verteidiger der Freiheit verkaufen, Gehör und Zulauf bekommen.
Lasst uns mit aller Kraft einstehen!
Für den solidarischen Kampf um unser aller Interessen – die Interessen aller Arbeiter:innen und Werktätigen!

Wir stellen fest:

In dieser Pandemie werden Krankenhäuser geschlossen und Arbeiter:innen in medizinischen und pflegenden Berufen eingespart… Konzerne schicken uns Arbeiter:innen in Kurzarbeit und fahren Milliardenprofite ein.

Wieder ein Standort gerettet. Wieder alles für UNS, HIER getan, „unsere Arbeitsplätze gesichert", „Industriestandort Deutschland gerettet"
… auf Kosten anderer Werktätiger, unserer Klassengeschwister!

Zum ZWEITEN …
Betriebsräte – sind gut und wichtig
Die einen sagen so, die anderen so

Tatsächlich geht es den meisten Belegschaften ohne Betriebsrat schlechter als denen mit. Kapitalisten – ob klein, ob groß – tun alles, um mit Einschüchterung und Schikane, die Wahl von Betriebsräten zu verhindern. Wo das nicht klappt, wird versucht, Betriebsräte zu bestechen oder sie mundtot zu machen.
Allerdings gibt es keinen Betriebsrat ohne Verflechtung mit dem Kapital. **Das ist per Gesetz so**. Belegschaftsinteressen sollen seit 1920, dem Jahr der ersten gesetzlichen Regelung zu Betriebsräten, von eben diesen vertreten werden. Tatsächlich haben Betriebsräte damals wie heute kaum Mittel, Druck auf Unternehmensbosse auszuüben.

Das Geflecht ist kompliziert geknüpft …
Oft erwarten Belegschaften, dass Betriebsräte dafür sorgen, dass es besser wird: Lohngerechtigkeit, Arbeitsbedingungen, Verlässliche Arbeitszeit, Arbeitsplatzsicherheit, keine Auslagerungen ...
Also marschieren Betriebsräte zu den Chefs und führen harte Verhandlungen.
Im Anschluss sonnen sie sich als Stellvertreterpolitiker: innen in ihrer eigenen Wichtigkeit.

Tagtäglich gibt es statt gemeinsamer Gegenwehr Verabredungen mit den Bossen, Entscheidungen zu „unserem Besten" ohne uns zu fragen... eine endlose Liste von scheinbar unabänderbaren Zuständen.
Was bleibt sind Ohnmacht und Resignation ... bestenfalls Wut!
Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital wird mit Hilfe dieser Stellvertreterpolitik schon lange unter einer dicken Staub- und Filzschicht versteckt:
Im Kapitalismus gibt es keine sicheren, womit auch immer erkauften, Arbeitsplätze. Mit der Angst vor der Erwerbslosigkeit kann das Kapital damals und heute seine Interessen durchsetzen!
Die wären schön blöd,
wenn sie dafür sorgten,
dass Arbeitsplätze sicher sind!

Tatsache ist, dass diese ganze verdammte Politik der betriebsverfassungsrechtlichen Sozialpartnerschaft nichts anderes tut, als Belegschaften zu verkaufen. Das ist nichts anderes als KLASSENZUSAMMENARBEIT.
So werden unsere Interessen verraten!
Stellvertreterpolitik schwächt die Kampfkraft!
Das liegt nicht am bösen oder guten Willen der Betriebsräte. Es ist das System
Und jetzt?
Sollen wir keine Betriebsräte wählen? DOCH!

Und zum DRITTEN …
Betriebsratswahl
zwischen 1. März und 31. Mai 2022

UNSERE Betriebsräte müssen aus unserer Mitte kommen. WIR wählen sie!
Wir fordern dazu auf, diejenigen Arbeiter:innen in die Betriebsräte zu wählen, die sich mit ihrer kämpferischen Arbeit hervorgetan und das Vertrauen der Belegschaft haben.
Sie verpflichten sich zur totalen Rechenschaft gegenüber der Belegschaft.

UNSERE Betriebsräte sind ausschließlich den Interessen der Arbeiter:innen verpflichtet!
Sie müssen bereit sein, dafür die Auseinandersetzung mit den Bossen zu führen und auch die Grenzen des Betriebsverfassungsgesetzes mit uns zusammen zu weiten und zu sprengen.
Wir rufen dazu auf, Betriebsräte zu kontrollieren und betriebliche Komitees zu bilden, die einer verräterischen Betriebsratspolitik entgegentreten!

Der Klassenkampf muss geführt werden – auch für demokratische Rechte und auch für betriebliche Forderungen...
Vorsicht vor falschen scheinbar kämpferischen Kümmerern!
„Zentrum Automobil e.V." und andere Vereine, die sich als „Alternative", „Opposition" darstellen, sind nichts weiter als der betriebliche Arm der organisierten faschistischen Bewegung.
Ihr Ziel ist nicht, Arbeitsbedingungen zu verbessern sondern die Zerschlagung von Gewerkschaften und das Gewinnen von Arbeiter:innen für ihre Nazi-Ideologie.
Dabei gehen sie sehr gerissen vor. Nutzen sogar Erkenntnisse, Parolen von „linken" Gewerkschafter:innen, wie z.B. den Begriff „Co-Management" …
Ihre Aufrufe zum „Streik" zusammen mit österreichischen Nazi-Organisationen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie keineswegs die Interessen der Arbeiter:innenklasse vertreten.
Wir, ***Trotz alledem!***, verschleiern nicht, dass Betriebsräte und auch die DGB-Gewerkschaften gelb, also mit dem Kapital verflochtene Organisationen, sind. Ihre Aufgabe ist, unseren Unmut zu kanalisieren und zu dämpfen.
Wir sollen nicht nur unsere Stimme sondern auch unsere Sache an andere abgeben.
Wir rufen dennoch dazu auf, sich in den Gewerkschaften zu organisieren und dort für klassenkämpferische Politik und vor allem Aktionen einzutreten.

Alles, was uns Werktätige in Solidarität zusammenbringt und zusammenhält, stärkt unser Klassenbewusstsein und damit unsere Kampfkraft!

Wir wollen kämpfen lernen und aus unseren Kämpfen lernen!

Zum Sozialismus kommen wir nur kämpfend!

Gemeinsame Solidaritätserklärung zur Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 vom Feministischen & Frauenstreik 8M.

Wir, Trotz alledem! sind Teil der bundesweiten Vernetzung der feministischen Streikgruppen in Deutschland.
Nachdem die Tarifverhandlungen im März 2020 coronabedingt unterbrochen wurden, hat die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (ver.di) im Dezember die Forderungen für die Tarifrunde im Sozial-und Erziehungsdienst (SuE) beschlossen.
Drei zentrale Forderungen stehen im Mittelpunkt des SuE-Streiks.
#Verbesserung der belastenden Arbeitsbedingungen; #finanzielle Aufwertung der Arbeit; #Maßnahmen gegen Fachkräftemangel.
Uns ist klar, dass diese Solierklärung kein revolutionärer Aufruf ist. Es ist eine Bündniserklärung, die an die Bedingungen der Werktätigen im Sozial- und Erziehungsdienst anknüpft. Mehr Infos zu der Bündnisarbeit bekommt ihr unter: www.frauenstreik.org
Wir solidarisieren uns mit den Streikenden!
Frauenkampf ist Klassenkampf!

Liebe Kolleg*innen im kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst,

wir solidarisieren uns mit euch und sprechen euch hiermit unsere volle Unterstützung in der aktuellen Tarifrunde SuE aus. Eure Forderungen nach besseren Arbeitsbedingungen, finanzieller Aufwertung und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel sind absolut berechtigt!
Wir sind Aktivist*innen aus über zwanzig Städten und an jedem 8. März gehen wir gemeinsam auf die Straße, um für gerechtere Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und queeren Menschen [1] zu protestieren. Dieses Jahr haben wir eure Tarifauseinandersetzung ins Zentrum gestellt und wollen ihn mit unserem feministischen Streik unterstützen. Einige von uns arbeiten selbst im Sozial- und Erziehungsdienst und werden als Kolleg*innen an eurer Seite streiken.

Euer Streik ist unser Streik

Für uns alle gilt: Wir selbst oder Freund*innen von uns erhalten als Klient*innen Unterstützung von euch in schwierigen Lebenslagen. Wir wissen selbst noch gut aus unserer Kindheit und Jugend, wie wichtig unsere Erzieher*innen in der Kita und unsere Sozialarbeiter*innen in den Jugendclubs für uns waren. Viele von uns haben Kinder, die ihr betreut. Ihr begleitet Menschen im Alltag und unterstützt sie in ihrer Entwicklung und Selbstständigkeit – das sind zentrale Aufgaben in einer solidarischen Gesellschaft.
Ihr leistet damit einen unglaublich wertvollen Beitrag und wir wollen, dass ihr dafür mehr Anerkennung und bessere Arbeitsbedingungen bekommt.

1 Die Bezeichnung „queere Menschen" steht für Menschen, die sich nicht oder nicht nur als Frauen, bzw. Männer identifizieren. Das können beispielsweise trans*, inter*, nichtbinäre oder geschlechtslose Menschen sein. Frauen meint auch trans* und/oder inter* Frauen.

Im Berufsfeld Soziale Arbeit sind 83% aller Beschäftigten Frauen.

Zufall? Wohl kaum. Sich um andere zu sorgen und zu kümmern, ist traditionell eine weibliche Aufgabe.
Es ist aber eine Arbeit, die wenig Profit abwirft und von Politik und Arbeitgeber*innen häufig nicht ernst genug genommen wird. Als Beschäftigte werdet ihr darum chronisch schlecht bezahlt und an allen Ecken und Enden fehlt es an Zeit und Personal. Darunter leiden wir alle und es wird sich nichts daran ändern, wenn wir nicht laut und deutlich dagegen vorgehen.

Was wir wollen

Wir wollen eine Gesellschaft, in der unsere Bedürfnisse und unsere Beziehungen im Zentrum stehen, nicht Profitmaximierung. Wir wollen eine Gesellschaft, in der nicht Geschlecht oder Herkunft, Alter oder Gesundheit darüber entscheidet, wo wir arbeiten und wie viel wir verdienen.
Wir wollen eine Gesellschaft, in der auch unbezahlte Sorgearbeit als Arbeit anerkannt wird, und nicht nur Erwerbsarbeit zu sozialer Sicherheit führt.

Eure Arbeitsverhältnisse gehen uns alle an!

Bundesweit werden wir euch vor Ort auf verschiedenen Wegen unterstützen, um auf die SuE Tarifrunde aufmerksam zu machen: Etwa mit kreativen Aktionen auf öffentlichen Plätzen und an Rathäusern am 14. und 25. Februar. Wir wollen Druck auf die kommunalen Arbeitgeber*innen und Politiker*innen ausüben und öffentliche Diskussionen über den Wert von Fürsorgearbeit führen.
Wir fordern Eltern, Angehörige und Klient*innen auf, sich uns anzuschließen und sich solidarisch mit euch zu zeigen. Lasst uns am 8. März gemeinsam auf die Straße gehen, denn wir haben viele gemeinsame Ziele! Neben Kundgebungen und Demonstrationen wollen wir auch einen sogenannten Stuhlstreik durchführen: Wir setzen uns – machen Pause – kommen ins Gespräch – lassen die Arbeit ruhen!

Eure Arbeit ist unbezahlbar – die Arbeitgeber können es aber wenigstens versuchen!

Organisiert euch gewerkschaftlich mit euren Kolleg*innen vor Ort!
Kommt zu feministischen Vernetzungen in eurer Stadt! Mit eurer Wut und euren Sorgen seid ihr nicht allein, gemeinsam sind wir stärker!
Schritt für Schritt schaffen wir gemeinsam eine solidarisch und gerechte Welt für alle!
Solidarische Grüße, die bundesweite Vernetzung der feministischen Streikgruppen in Deutschland,

09.01.2022

Kontakt
Bei Interesse und Fragen, meldet euch bei uns:
Mail: fstreik_bundesweit@riseup.net
Webseite: www.frauenstreik.org

Buchempfehlung

»blitzfahrt durch sowjetrussland«

Dieses schmale Buch ist eine spannende Reportage von Elisabeth Thommen aus dem Jahre 1933.

In unserem Vorwort heißt es: Plastisch und emphatisch schildert Elisabeth Thommen ihre Reiseroute und ihre Begegnungen mit ArbeiterInnen, BäuerInnen, Jugendlichen, Frauen, KommunistInnen in allen Lebensbereichen der sowjetischen Gesellschaft.

Sie beschönigt nichts, nicht den Mangel, nicht die Armut und auch nicht den Hunger. Aber sie setzt alles in eine richtige Relation. Welchen Verhältnissen entsprang die Revolution? Wie grausam mussten die Millionen niedergedrückter Werktätiger im zaristischen Russland dahin vegetieren? Und was wurde nach dem Umsturz schon Grandioses erreicht? Angefangen von der Bildungsarbeit, dem Kampf gegen den Analphabetismus, über die Verbesserung der Lage der Kriegswaisen-Kinder, dem Aufbau neuer Städte und Industriekomplexe.

Lebendig geschildert werden Diskussionen mit FabrikarbeiterInnen: „Von einer anderen Gruppe fliegt das Wort einer Arbeiterin zu mir. Es wird voll Temperament ausgesprochen: Sie dürfen nie vergessen: Das Geld spielt für uns nicht dieselbe Rolle wie für Sie in den kapitalistischen Ländern."

Auf das Gesundheitswesen, insbesondere die Abtreibungsfrage geht die Autorin ausführlich ein. Ein besonderer Blick liegt auf der gesellschaftlichen Situation der Frauen: „Ein Frauentypus ist dort im Werden, der sich ebenbürtig neben die Männer stellt, und der von den Männern als ebenbürtig betrachtet und behandelt wird."

Elisabeth Thommen ist eine linksliberale, ihr ganzes Leben lang sich für Frauenrechte einsetzende Schriftstellerin und Journalistin.

Am Ende fasst Thommen ihre Eindrücke zusammen:

„So manches ist jung und neu in diesem Riesenreich… Überall sucht man nach neuen Formen, nach andren Möglichkeiten.

Alles ist unerhört, kühn, gewaltig – auch gewalttätig – aber prall und voll von Wille und Kraft. Ob Rußland die einzige und letzte Möglichkeit einer Volksgemeinschaft gefunden hat? Ob zumindest einen Anfang? Die nächsten Jahrzehnte werden es zeigen."

Zu bestellen:
trotzalledem1@gmx.de – 7 Euro

Wir veröffentlichen einen spannenden Artikel vom Aufbau/Schweiz. Die klassenkämpferische Gewerkschaft MCS hat in den USA, während der 1920er bis Ende der 1940er Jahre gewirkt

«Gleichheit lag in der Luft, die wir atmeten»

Die MCS war eine kleine und äusserst militante Gewerkschaft, die in der Zwischenkriegszeit und in den 40er Jahren wichtige Kämpfe für sich entschied. Ihre Mitglieder waren rot, schwarz oder queer oder alles zusammen. Jetzt laufen Bemühungen, sie aus der Vergessenheit zu holen.

(az) Stephen Blair formuliert es hart: *«Was viele von euch jüngeren Schwulen heute zu tun versucht – was ihr Inklusion und Vielfalt nennt – haben wir schon vor Jahren in der MCS getan. Wir haben es in der Arbeiterbewegung als Arbeiterinnen mit linker Politik getan, und deshalb hat uns die Regierung zerschlagen, und deshalb wisst ihr heute nichts über uns.»* Und das ist ein Fehler, der geändert werden soll. Die Erinnerung an die MCS soll aufleben.

Die kämpferische Gewerkschaft von Seeleuten **MCS (Marine Cooks and Stewards Union)** war an der Westküste der USA beheimatet und stand schwulen und nicht-weissen Mitgliedern offen. Keine Überraschung, dass sie politisch sehr links war und sich entsprechend viele Mitglieder als kommunistisch bezeichneten.

Die MCS prägte einen Slogan, der die Diskriminierung von Queens – wie sich die schwulen Arbeiter selbst bezeichneten, Rassismus und Roten, also Kommunist_innen, verband und kämpfte fast zwei Jahrzehnte lang gegen Diskriminierung auf den Schiffen und in der Gesellschaft. Schliesslich wurde die MCS Opfer des vehementen Antikommunismus des kalten Kriegs. [2] Ihr Slogan von 1936 «Roten-Hetze, rassistische Hetze und Queen-Hetze sind gewerkschaftsfeindlich. Wenn du zulässt, dass sie gegen Rote hetzen, werden sie rassistisch hetzen, wenn du sie rassistisch hetzen lässt, werden sie gegen die Queens hetzen. Deshalb müssen wir zusammenhalten» bewahrheitete sich damit auf tragische Weise. Indem ein Teil angegriffen wurde, wurde das Ganze zerstört.

Die 1901 gegründete MCS war nicht immer fortschrittlich gewesen. Die Arbeitsbedingungen auf den Kreuzfahrtschiffen waren zermürbend: An sieben Tagen die Woche 16 Stunden am Tag arbeiten war normal und schlecht bezahlt. Die Arbeit hatte den Ruf, Frauenarbeit zu sein, die kein ‚richtiger' Mann übernehmen wollte, wobei die Patrons damals ausschliesslich Männer dafür einstellten. Das führte wohl dazu, dass überdurchschnittlich viele Queens, die auf dem Arbeitsmarkt zu Land sehr diskriminiert waren, in diesem Bereich unterkamen.

Unter Deck arbeiteten zahlreiche noch schlechter bezahlten schwarze und asiatische Küchenhilfen. Und obwohl ein hoher Prozentsatz der Köche und Stewards Queens waren, einige davon auch gewerkschaftlich organisiert, setzte sich die Gewerkschaft selten bis nie für sie ein, wenn sie von heterosexuellen Arbeitern verspottet – oder «queen-baited» – wurden. Für die Schwarzen, die sich damals gar nicht organisieren durften, ohnehin nicht.

Fortschrittliche Wende angesichts des übermächtigen Feindes

Das alles änderte sich während der grossen Hafenstreiks in den 1930er Jahren. Die Gewerkschaftsmitglieder sahen ein, dass sie für den Kampf gegen die mächtigen Reeder vereint sein mussten und sorgten dafür, dass die Gewerkschaftsführung einlenkte. Fortan durften sich alle in der MCS organisieren und tatsächlich schlossen sich schwarze und asiatische Arbeiter_innen sofort an und streikten mit. Am Ende waren sie erfolgreich und erzielten küstenweite Verträgen für MCS und die «International Longshore and Warehouse Union».

Während sich die MCS auf den Schiffen etablierte, waren ihre Mitglieder weiterhin Spott und Schikanen ausgesetzt, sei das wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Hautfarbe oder ihrer politischen Einstellung. Und das nicht nur seitens der Vorgesetzten und

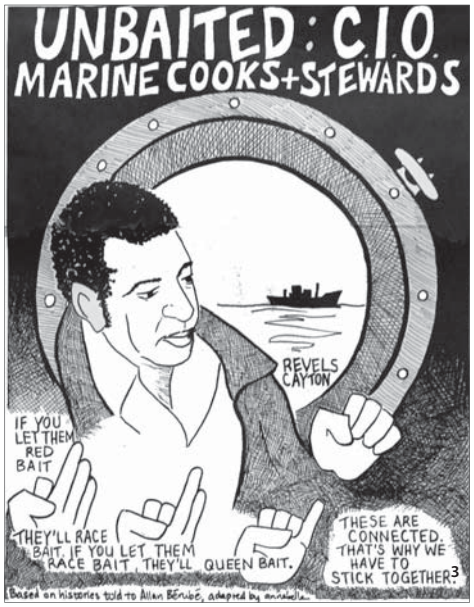
1 1945 hatte die MCS 15 000 Mitglieder, die Mehrheit schwarz, rot und queer. Sie war fähig, die Schifffahrt der Westküste zu schliessen, das war zu viel der Macht für Regierung und Industrie.

2 In den USA der sog. McCarthy-Ära muss von einer Säuberungswelle durch das «Komitee für unamerikanische Umtriebe» gesprochen werden. Keine Prozesse, sondern Befragungen, die vom TV übertragen wurden. Wer nicht überzeugend vom Kommunismus abschwor, würde nie mehr Arbeit finden.

Passagiere, sondern auch seitens Mitglieder der konservativen «Sailors Union of the Pacific». Die MCS war nicht gross genug, um die gesellschaftliche Realität zu verändern, doch gab sie ihren Mitgliedern die Kraft und das Selbstbewusstsein, dafür zu kämpfen.

Der Historiker Allan Bérubé hat Zeugnisse von Aktivist_innen gesammelt. In seinem langen Vortrag, der online zugänglich ist, kommt Revels Cayton zu Wort, ein Steward, später MCS-Funktionär. Cayton betont, wie nur der Zusammenhalt den Kampf möglich gemacht habe.

Stephen ‚Mickey' Blair erzählt, wie wichtig die MCS für die Bewältigung des Alltags gewesen sei: «Die Beleidigungen gingen weiter, aber die schwulen Gewerkschaftsvertreter wurden mutiger, weil sie wussten, dass ihre Gewerkschaft ihnen den Rücken freihält.



Die Marine Cooks and Stewards haben die Würde, die in jedem von uns steckt, hervorgehoben und aufgebaut, so dass wir morgens aufstehen und uns sagen konnten: ‚Ich kann den Tag überstehen.' Gleichheit lag in der Luft, die wir atmeten.»

Die erste schwarze Stewardess

Während des Zweiten Weltkriegs wurden die Schiffe, auf denen MCS-Mitglieder arbeiteten, für den Transport von Truppen und Munition umgebaut. Die Zahl der MCS-Mitglieder verdreifachte sich.

Viele der neuen Mitglieder waren schwule Männer, die im Kampf gegen den Faschismus dienen wollten, aber wegen ihrer sexuellen Orientierung aus dem Militär geworfen worden waren. Nach dem Krieg setzte die MCS ihre Traditionen des militanten Kampfes erfolgreich fort. Die Löhne der Arbeiter_innen verdreifachten sich zwischen 1945 und 1949. Als die MCS eine schwarze Frau, Luella Lawhorn, auf das Luxus-Passagierschiff Lurline schickte und das Unternehmen sich weigerte, sie einzustellen, verliess die gesamte Stewards-Abteilung das Schiff. Das Unternehmen lenkte ein, und Lawhorn wurde die erste schwarze Stewardess auf einem US-Passagierschiff im Pazifik. 1949 waren mehr als die Hälfte der Mitglieder der MCS schwarz und nicht wenige asiatischer Herkunft. Die Gewerkschaft erkannte selbstkritisch, dass die weisse Führung die Mitglieder nicht mehr widerspiegelte und diversifizierte innerhalb eines Jahres.

Die MCS fiel jedoch bald der Repressionswelle des Kalten Krieges zum Opfer. Zusammen mit der UE, der ILWU und acht weiteren Gewerkschaften wurde die MCS wegen «kommunistischer Dominanz» angeklagt und aus dem Dachverband CIO ausgeschlossen. Die Küstenwache erklärte MCS-Aktivisten zu «Sicherheitsrisiken» und hinderte sie daran, Arbeitsplätze auf Schiffen anzunehmen.

Andere Gewerkschaften versuchten, die MCS mit Homophobie, Rassismus sowie Antikommunismus zu zerstören. Schliesslich gelang es ihnen und die MCS ging in der konservativen Gewerkschaft «Seafarers International Union» auf.

Unamerikanische Umtriebe

Der Kalte Krieg in den USA ist durch einen gnadenlosen und völlig hysterischen Kampf gegen den Kommunismus gekennzeichnet. Nicht nur wurde alles, was fortschrittlich war, angegriffen. Auch die Erinnerung an sog. ‚Unamerikanisches' wurde bekämpft.

Historiker Bérubé formuliert das folgendermassen: Die Geschichte der MCS «ist heute unbekannt, weil sie durch Angst und Einschüchterung zunächst als unamerikanische Umtriebe umgeschrieben, dann als unbedeutender Misserfolg abgetan und schliesslich aus dem Gedächtnis unserer Nation getilgt wurde, so als hätte es das, was sie erreicht hatten, nie gegeben.»

Peter Brownlee erinnert sich voller Stolz an den gemeinsamen Kampf:

«Wir waren unserer Zeit 50 Jahre voraus. Wir waren so demokratisch, dass das Land es nicht ertragen konnte. Das Wichtigste war nicht, dass wir Schwule hatten. Es ging darum, dass ein Angriff gegen einen ein Angriff gegen alle war. Das haben wir gelebt. Wir haben uns umeinander gekümmert.» Und das ist, was eine Gewerkschaft ausmachen sollte.

Sich an die MCS zu erinnern ist deshalb keine Nostalgie, sondern Hoffnung. Ihre Geschichte zeigt deutlich, dass nicht gemeinsame Lippenbekenntnisse zur Inklusion führen, sondern die gelebte Erkenntnis der Arbeitskräfte, dass Solidarität eine Waffe ist, Spaltung hingegen der Untergang.

3 Erst wenn alle Finger gebogen sind, hast du eine Faust. Die MCS hat den Slogan gelebt, die Mitglieder liessen sich nicht mehr spalten, weder durch Hautfarbe, noch sexuelle Orientierung, noch Politik: Deshalb waren sie gemeinsam stark.

ICOR-Resolution
Aktiver Widerstand gegen psychologische Kriegsführung, die imperialistische Kriegsvorbereitung und Drohungen im Ukraine-Russland-Konflikt!

Die NATO mit den USA als Hauptkriegstreiber hat in den letzten Jahrzehnten ihre Osterweiterung ständig provokativ vorangetrieben und das reaktionäre ukrainische Regime zunehmend mit Waffen und Munitionslieferungen aufgerüstet.

Bereits seit Monaten hat das imperialistische Russland eine Armee von 100 000 Mann ausgerüstet mit schwerem Gerät und Angriffswaffen an der ukrainischen Grenze konzentriert.

Auch auf der Krim und in dem Teil des Donbass, der von den Russland-freundlichen Republiken kontrolliert wird, wird das Militär verstärkt. Gleichzeitig wurde bekannt, dass sich die baltischen Staaten darauf vorbereiten, die Ukraine mit Luftabwehr- und Panzerabwehrsystemen zu beliefern. In Verbindung mit der provokativen Durchführung und Ankündigung von Manövern beider Seiten verschärft sich die Gefahr einer imperialistischen kriegerischen Konfrontation erheblich.

Russland hat damit gedroht, militärische Kräfte in Kuba und Venezuela zu stationieren, wenn die USA und die NATO ihre Ansprüche aufrecht erhalten. Das erfordert den aktiven Widerstand der internationalen revolutionären Kräfte, der Arbeiterklasse und der breiten Massen gegen jegliche imperialistische Aggression!

Zwei hoch gerüstete Mächte, Russland und NATO, stehen sich direkt gegenüber. Medien im Westen, im Baltikum und Polen stellen Russland als den alleinigen Aggressor dar und lenken den Blick weg vom westlichen Militärbündnis mit dem Hauptkriegstreiber USA an der Spitze. Doch USA, NATO und EU haben längst ihr bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen gegebenes Versprechen gebrochen, dass die mittelosteuropäischen Länder, vor allem Polen, Litauen, Estland, Lettland und Rumänien, nicht zum Aufmarschgebiet der NATO an Russlands Grenzen werden.

In Polen und den baltischen Ländern stehen NATO-Kampfverbände. Es wird eine geradezu hysterische antirussische Hetze in den Baltischen Staaten und Polen inszeniert; die Ukraine wird forciert aufgerüstet; Russland ist von drei Seiten (Ausnahme ist die Arktis im Norden) von beinahe 1 000 USA-Militärbasen umkreist; der Neuanfang des antirussischen Projekts „3 Meere" wurde begonnen. Dabei darf nie vergessen werden, dass das russische Volk die Hauptlast des II. Weltkrieges getragen hat!

Der EU-Imperialismus mit Deutschland und Frankreich an der Spitze betont aber gerade jetzt sein Recht auf Mitsprache im Kampf um die Ukraine unter der Losung einer „schlagkräftigeren europäischen Außenpolitik" und zunehmend eigenständigen militärischen Optionen. Das drückt auch wachsende Widersprüche innerhalb der NATO aus.

Die Ukraine selbst hat sich, nicht zuletzt durch den Verlust des russischen Marktes seit 2014, bei den ärmsten Ländern Europas eingereiht und zugleich hochgerüstet. Sie hat ein Heer von 250 000 Mann unter Waffen, dazu 400 000 Reservisten und Angehörige von faschistoiden Kampfverbänden wie dem Asow-Regiment. Das NATO-Mitglied Türkei verkauft bewaffnete Drohnen an die Ukraine. Die Türkei versucht als NATO-Mitglied gegen Russland zu manövrieren wie im Fall der Krim, aber bietet sich selbst noch als Vermittler an, um ihren Einfluss in der Region auszuweiten.

Die Ukraine ist für das Putin-Regime nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch wichtig: Die Rückkehr der Ukraine in seine Einflusssphäre ist ein Grundstein für Russlands Expansion und Großmachtstreben. Für den Westen wiederum ist die Ukraine ein elementar wichtiger Brückenkopf, um sowohl auf Russland als auch auf die gesamte osteuropäische Region Einfluss zu nehmen und sich auch im Kampf gegen China Vorteile zu verschaffen.

Wer die Ukraine kontrolliert, dem wird auch der wirtschaftliche Zugang zu Europa und Asien erleichtert. Außerdem spielen Bodenschätze, Gas und Zugang zum Schwarzen Meer eine Rolle. Es geht keineswegs um das Selbstbestimmungsrecht des ukrainischen Volkes, wie heuchlerisch angeführt wird.

Die Labilität des imperialistischen Weltsystems nimmt zu. Alle imperialistischen Großmächte, und in ihrem Gefolge alle imperialistischen und reaktionären Kräfte

bereiten sich auf Krieg vor, bauen ihr militärisches Potenzial aus.

An der Grenze zwischen der Ukraine und Russland stehen sich hoch bewaffnet zwei imperialistische Lager gegenüber. NATO und EU wollen weitere Länder wie Moldawien und Georgien enger in ihre Einflusssphäre und ihren Markt einverleiben. Russland umgekehrt stellt die Forderung nach Erhalt des Einflusses auf diese Staaten.

Inzwischen hat es einen Pakt über militärische Zusammenarbeit mit Belarus abgeschlossen und führt Manöver auch vom Norden her an der Grenze zur Ukraine durch. Dieselbe Machtpolitik hat das Putin-Regime in Kasachstan gezeigt und mit seinem Militäreinsatz in Kasachstan dem dortigen Regime Rückendeckung gegeben, als es den berechtigten Aufstand der kasachischen Arbeiterklasse und der Volksmassen brutal unterdrückt hat. Denn: Kasachstan *„verfügt über erhebliche Ressourcen an Kohle, Buntmetallen, seltenen Erden und Uran“* [1].

1 aus einem Bericht der russischen ICOR-Organisation MLP vom Januar 2022

Die Ausweitung des eigenen imperialistischen Machtbereichs geht nur auf Kosten des jeweils anderen. Die stark ungleichmäßige Entwicklung, die Verschiebung der Kräfteverhältnisse, die Herausbildung neuer Blöcke unter den imperialistischen Staaten ist die Quelle der Verschärfung der zwischenimperialistischen Widersprüche.

Imperialismus bedeutet Krieg nach außen und Reaktion nach innen. Erst der Sozialismus kann dem ein Ende bereiten. Dafür muss besonders die internationale Arbeiterklasse zusammenstehen. Heute kann eine kämpferische weltweite Friedensbewegung sich den Kriegsvorbereitungen entgegenstellen und den Ausbruch eines konkreten Krieges verzögern oder verhindern.

Kräfte, die Russlands Außenpolitik als „antiimperialistisch“ hinstellen und zu seinem Schutz durch eine Friedensbewegung aufrufen, sind gefährlicher Verwirrer. Das ist Verrat am Friedenskampf und schwächt den notwendigen internationalen Kampf für den Frieden. Die Situation gerade in der Ukraine zeigt die Folgen solcher Spaltung: Auf sozialen Massendemonstrationen wird kaum eine Forderung für Frieden laut.

Unterzeichner 32 Organisationen (Stand 14.02.2022, weitere Unterzeichner möglich)

1. PCPCI Parti Communiste Proletarien de Côte d'Ivoire (Kommunistische Proletarische Partei der **Elfenbeinküste**)

2. UPC-Manidem Union des Populations du Cameroun - Manifeste National pour l'Instauration de la Démocratie (Union der Völker **Kameruns** - Nationales Manifest für die Etablierung von Demokratie)

3. MMLPL Moroccan Marxist-Leninist Proletarian Line (**Marokkanische** ML - Proletarische Linie)

4. CPSA (ML) Communist Party of South Africa (Marxist-Leninist) (Kommunistische Partei **Südafrikas** (ML)

5. PCT Parti Comuniste du **Togo** (Kommunistische Partei Togos)

6. PPDS Parti Patriotique Démocratique Socialiste (Patriotische Demokratische Sozialistische Partei), **Tunesien**

7. CPB Communist Party of Bangladesh (Kommunistische Partei von **Bangladesch**)

8. SPB Socialist Party of Bangladesh (Sozialistische Partei von **Bangladesch**)

9. CPI (ML) Red Star Communist Party of India (Marxist-Leninist) Red Star (Kommunistische Partei **Indiens** (ML) Roter Stern)

10. NCP (Mashal) Nepal Communist Party (Mashal) (**Nepal** Kommunistische Partei (Mashal))

11. PPRF Patriotic Peoples Republican Front of Nepal (Patriotische Volksrepublikanische Front **Nepals**)

12. CPA/ML Communist Party of Australia (Marxist-Leninist) (Kommunistische Partei **Australiens** (ml)

13. PR-ByH Partija Rada - ByH (Partei der Arbeit - **Bosnien und Herzegowina**)

14. MLPD Marxistisch-Leninistische Partei **Deutschlands**

15. UC Unité Communiste (Kommunistische Einheit), **Frankreich**

16. UPML Union Prolétarienne Marxiste-Léniniste (ML proletarische Union), **Frankreich**

17. BP (NK-T) Bolşevik Parti (Kuzey Kürdistan-Türkiye) (Bolschewistische Partei **(Nordkurdistan-Türkei)**)

18. KOL Kommunistische Organisation Luxemburg

19. RM Rode Morgen (Roter Morgen), **Niederlande**

20. UMLP União Marxista-Leninista Portuguesa (Marxistisch-Leninistischer **Portugiesischer** Bund)

21. MLP Marksistsko-Leninskaja Platforma (ML Plattform), **Russland**

22. MLGS Marxistisch-Leninistische Gruppe **Schweiz**

23. TKP-ML Türkiye Komünist Partisi – Marksist-Leninist (Kommunistische Partei der **Türkei** – ML

24. MLKP Marksist Leninist Komünist Parti Türkiye / Kürdistan (ML Kommunistische Partei **Türkei / Kurdistan**)

25. KSRD Koordinazionnyj Sowjet Rabotschewo Dvizhenija (Koordinierungsrat der Arbeiterbewegung), **Ukraine**

26. UoC Union of Cypriots (Union der Zyprioten), **Zypern**

27. PCC-M Partido Comunista de Colombia – Maoista (Kommunistische Partei von **Kolumbien** - Maoistisch)

28. PCP (independiente) Partido Comunista Paraguayo (independiente) (Kommunistische Partei **Paraguays** (unabhängig))

29. BDP Bloque Democratico Popular (Demokratischer Volksblock), **Peru**

30. PML del Perú Partido Marxista Leninista del Perú (ML Partei von **Peru**)

31. PC (ML) Partido Comunista (Marxista Leninista) (Kommunistische Partei (ML)), **Dominikanische Republik**

32. PCR-U Partido Comunista Revolucionario del Uruguay (Revolutionäre Kommunistische Partei von **Uruguay**)

„Viele, darunter vor allem Teile der Jugend, sehen die Ursache aller Schwierigkeiten nur in Putins Aggression und nicht im westlichen Imperialismus oder im Wesen des Kapitalismus. Es gibt nur sehr wenige Anti-Kriegs-Proteste - größtenteils verbunden mit Aktivitäten pro-russischer Kräfte", die so „den Widerstand gegen Putins Aggression" schwächen [2].

Durch die militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit von Russland, China und anderen in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) besteht im Falle eines Krieges auch die Gefahr ihres Eingreifens als Bündnisorganisation.

Angesichts dieser wachsenden zwischenimperialistischen Widersprüche müssen die revolutionären Kräfte weltweit für den Kampf gegen die imperialistischen Kriege und ihre Wurzel eintreten und für die Gewinnung der Massen zur revolutionären Überwindung des imperialistischen Weltsystems.

Die jetzige brandgefährliche Situation unterstreicht die dringende Notwendigkeit, die Antiimperialistische und Antifaschistische internationale Einheitsfront mit aller Entschlossenheit zielstrebig aufzubauen und zu stärken.

Die psychologische Kriegsführung versuchen „alle Imperialisten zu nutzen, um aktiv Propagandamythen zu ihrem Vorteil zu verbreiten, die die Arbeiter dazu bringen sollen, freiwillig und selbstlos für die Interessen der imperialistischen Zentren zu kämpfen" (KSRD Ukraine). Umso notwendiger und wegweisend ist der Beschluss der 4. Weltkonferenz der ICOR, „die Aufklärungsarbeit über den Imperialismus und die Perspektive des Sozialismus zu vertiefen".

Sollte es zu einer kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine kommen, ruft die ICOR auf, am Tag danach um 18 Uhr Protestaktionen in allen Ländern durchzuführen.

Stärkt den Aufbau der Antiimperialistischen und Antifaschistischen Einheitsfront!

Stärkt die ICOR-Organisationen!

Schluss mit der psychologischen Kriegsführung und den Kriegsmanövern an den Grenzen zwischen der Ukraine und ihren Nachbarn! Keine Flottenmanöver im Schwarzen Meer, Mittelmeer und in der Ostsee!

Für das Selbstbestimmungsrecht der Völker!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch! Kampf für Frieden, Völkerfreundschaft, Sozialismus!

14. Februar 2022

www.icor.info

2 aus einem Bericht der ukrainischen ICOR-Organisation KSRD vom Dezember 2021

Wichtige Info-Quelle

Die Einzelfall-Dokumentation

Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen

ist jetzt im Internet frei nutzbar.

Nach mehrjähriger Arbeit ist es uns gelungen, die bis in das Jahr 1993 zurückreichende Dokumentation über Todesfälle und Verletzungen von Flüchtlingen als **Web-Dokumentation** mit detaillierten Suchmöglichkeiten zu veröffentlichen. Der Zugang und die Recherche zu den mehr als 16.000 Einzelgeschehnissen wird dadurch deutlich erleichtert.

In unserer Web-Dokumentation sind die einzelnen Artikel mit Schlagworten und Kategorien versehen, sowie jeweils die Orte des Geschehens und auch die Herkunftsländer der Betroffenen genannt.

Die Web-Dokumentation bietet folgende neue

Recherche- und Nutzungsmöglichkeiten:

Suche nach Schlagworten und Kategorien über einen ausgewählten Zeitraum

Die einzelnen Geschehnisse sind mit "Schlagworten" für die "Einfache Suche" verknüpft. Des Weiteren kann über die "Detailsuche" anhand ausgewählter Kategorien gesucht werden.
Diese Kategorien beziehen sich z.B. auf die Art der Verletzungen und Todesfälle (Selbstverletzung, tät liche Angriffe, unterlassene Hilfeleistung), auf die Täter*innen (z.B. Polizei-, Bewachungs-, Betreuungs-personal u.a.) oder aber auf bestimmte Örtlichkeiten, wie z.B. Gefängnisse, Flughäfen, deutsche Grenzen, Asylunterkünfte, öffentlicher Bereich. Weitere Informationen findet ihr in der "Hilfe zur Suche".

Statistische Angaben

Zu **37 Kategorien** der "Detailsuche" werden Zahlen zu Todesfällen und Verletzungen u.a. in Kombination mit einem ausgewählten Zeitraum angezeigt.
Siehe hierzu wichtige Infos in der "Hilfe zur Suche" (in der Suchmaske rechts unten).

Kartenansicht **und Suche nach Orten und Bundesländern**

Die Orte der dokumentierten Geschehnisse sind auf einer Karte markiert und werden dort entsprechend angezeigt.

Links zum Zitieren **der einzelnen Artikel**

Neu ist auch die Möglichkeit, mit einer URL auf die Dokumentation eines Einzelgeschehnisses zu verweisen, wie z.B. hier: https://www.ari-dok.org/webdokumentation/?id=8473

Druckmöglichkeiten

Suchergebnisse – sei es in Form von einzelnen oder mehreren Artikeln – können mit Datum sowie ihren Quellenangaben ausgedruckt werden.

Bei Kritik, Vorschlägen und Lob schreibt gerne an: ari-berlin-dok@gmx.de
Für inhaltliche Fragen stehen wir Euch sehr gerne zur Verfügung.
Dokumentationsstelle der Antirassistischen Initiative

An alle ICOR Organisationen, an die revolutionäre, internationale, kommunistische Öffentlichkeit

Eine notwendige Erklärung!

Die Verweigerung der Aufnahme der Bolschewistischen Initiative Deutschland / Trotz alledem! in ICOR ist nicht revolutionär und widerspricht den Statuten von ICOR selbst!

1. Motivation für unseren Aufnahmeantrag

Die Einheit der weltweiten revolutionären Bewegung, Organisationen und Parteien ist eine aktuell drängende Aufgabe für alle Revolutionär:innen und Marxist:innen-Leninist:innen: Nach dem XX. Parteitag der KPDSU in der UdSSR, nach der Restauration des Kapitalismus in der UdSSR, nach der Spaltung der revolutionären und kommunistischen Weltbewegung, nach dem Sieg der Konterrevolution in China und Albanien und der daraus resultierenden ungeheuren Schwächung der internationalen Arbeiter:innenbewegung.

Wir sind eine Partei-Aufbauorganisation in Deutschland, die Bolschewistische Initiative Deutschland (BI) mit dem Zentralorgan „Trotz alledem". 2016 hatten wir uns entschlossen der ICOR beizutreten. Aufgrund der Statuten, der politischen Erklärungen und auch praktischer Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Organisationen und Mitgliedern von ICOR sahen wir darin eine Möglichkeit einen Vereinigungsprozess in der revolutionären Bewegung aktiv mit voranzutreiben.

Das bedeutete natürlich nicht, dass wir mit allen politischen Erklärungen, bzw. mit der Politik der in ICOR organisierten Parteien und Organisationen übereinstimmten. Aber die Statuten von ICOR sind richtigerweise so verfasst, dass unterschiedliche politische Positionen sich nicht ausschließen, sondern im inhaltlichen gesetzten Rahmen diskutiert und zum Beispiel Erklärungen und Resolution nicht per Mehrheitsentscheid, sondern entsprechend der politischen Linie der jeweiligen Organisation unterzeichnet werden oder nicht.

2. Der formale Ablauf

BI hat **Juni 2016** einen Aufnahmeantrag an ICOR gestellt. Dieser Antrag wurde in einem zeitlich lang hinausgezögerten Verfahren der verantwortlichen Gremien von ICOR im Januar **2020** abgelehnt.

Die **erste Ablehnung** erfolgte im **Mai 2017**. Wir legten dagegen Widerspruch ein und forderten eine erneute Diskussion, da die Ablehnungsgründe den Statuten von ICOR ganz offensichtlich widersprechen. Daraufhin wurde erklärt, dass in **2019** im verantwortlichen Gremium nochmals entschieden werde.

Wir stellten daraufhin den Antrag, dass wir an der **Sitzung dieses Gremiums** zu dieser Frage persönlich mit Vertreter:innen unserer Organisation, die unsere Positionen erläutern, teilnehmen möchten.

Einen gleich lautenden **Antrag auf Prüfung der Ablehnung unserer Aufnahme** und **Teilnahme an der Diskussion** über diese Frage, haben wir an die **3. ICOR-Weltkonferenz 2017** und an die **4. ICOR-Weltkonferenz 2021** gestellt.

Unsere Teilnahme an der Diskussion über unsere Aufnahme wurde generell (sowohl im zuständigen Gremium, das ist die Europakonferenz der ICOR, als auch auf einer Weltkonferenz) abgelehnt. Das würden die Statuten nicht vorsehen.

Schlussendlich wurde uns im **Februar 2020** mitgeteilt: *„dass euer Antrag auf Mitgliedschaft in der ICOR von der 4. Europakonferenz nicht angenommen wurde. Damit wurde die vormalige Ablehnung eures Aufnahmeantrages nicht aufgehoben."* Und hinzugefügt wurde, *„Für eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der ICOR Prinzipien stehen wir zur Verfügung."*

Das war der zynische Abschluss dieses Aufnahmeverfahrens. Wir haben die Grundlagen der ICOR Prinzipien im Statut anerkannt und wollten Mitglied werden – das wurde abgelehnt, um uns dann gleichzeitig eine Zusammenarbeit auf der Grundlage der ICOR-Prinzipien anzubieten?!

3. Zum politischen Hintergrund der Ablehnung von ICOR – die Haltung der MLPD

Laut Statuten von ICOR können unterschiedliche Parteien und Organisationen aus einem Land in ICOR aufgenommen werden.

In der Praxis sieht das so aus, dass zum Beispiel aus Nordkurdistan/Türkei mehrere Organisationen Mitglied in ICOR sind: **BP(NK/T)** Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei, **MLKP**, Marxistische-Leninistische Kommunistische Partei Türkei/Kurdistan und **TKP/ML**, Kommunistische Partei der Türkei – Marxistisch-Leninistisch.[1]

1 **BP (NK/T)**, Bolşevik Parti Kuzey Kürdistan/Türkiye; **MLKP,**

Diese drei Parteien praktizieren eine politisch-ideologische Auseinandersetzung untereinander, teils auch in heftiger Polemik, sind aber trotzdem gemeinsam in ICOR organisiert und respektieren sich. Das ist um die revolutionären Kräfte zu bündeln und die Einheit der revolutionären Weltbewegung voranzubringen richtig.

Wir dokumentieren in Auszügen die Regularien der ICOR, die in unserem Aufnahmeverfahren verletzt wurden.

Schon der **Prozess des Aufnahmeverfahrens** startete mysteriös. Wir wurden gleich zu Beginn angefragt zu erklären, wie wir zu *„BP Nordkurdistan/Türkei"* stehen würden und wodurch wir uns *„von dieser Partei unterscheiden".* Die Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei ist und war auch damals schon lange Mitglied, und zwar ein Gründungsmitglied von ICOR.

TA hat am Internationalen ICOR Seminar 100 Jahre Oktoberrevolution 2017 mit Redebeiträgen & Literaturstand teilgenommen!

Wir antworteten entsprechend verwundert, dass ICOR doch BP als Mitglied von ICOR kennt, und eine Organisation ist die in Nordkurdistan/Türkei arbeitet, hingegen wir BI eine Organisation in der BRD sind.

Entscheidend für die Ablehnung der Aufnahme von BI in ICOR war die **Stellungnahme der MLPD** zu unserem Aufnahmeantrag. Sie hat sich vehement gegen unsere Aufnahme ausgesprochen. In ihrem Schreiben stellte sie **BP und BI** als quasi **identisch** und als **eine** Organisation hin, (Sie verleumdete also eine Mitgliedsorganisation von ICOR, die Bolschewistische Partei Nordkurdistan/Türkei) und führte Verdächtigungen an, **BI** sei sozusagen eine **Tarnorganisation von BP**.

Marksist- Leninist Komünist Parti Türkiye/Kürdistan (Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei Türkei/Kurdistan); **TKP-ML**, Türkiye Komünist Partisi- Marksist-Leninist (Kommunistische Partei der Türkei – Marxistisch-Leninistisch)

Sie setzte Behauptungen in die Welt wie, eigentlich existiere die BI überhaupt nicht.

Weiter brachte die MLPD entgegen den Regularien des Statuts der ICOR **politische Differenzen in Fragen des Klassenkampfes und der Methoden des ideologisch-politischen Kampfes** zwischen ihr und uns, BI ins Spiel.

In unserer Antwort auf zahlreiche haltlose Unterstellungen haben wir festgehalten: *„- In dieser Erklärung bestreitet die MLPD, dass es unsere Organisation überhaupt gibt. Also, politische Praxis sowie jegliche praktische Tätigkeit wird uns von der MLPD abgesprochen. Das ist wirklich nicht zu fassen und unserer Meinung nach kein Umgang in einer internationalen revolutionären Organisation wie ICOR. (…)*

– Die Zeitungsseiten von Trotz alledem von Nr. 1/1996 bis 74/ 2017 (also über 20 Jahre) dokumentieren unsere praktische Arbeit. – Die MLPD verleumdet uns weiter damit, nur „Internetdebatten zu führen" und „Texte herauszugeben". Einen Beweis dafür bleibt sie schuldig. – Auch wenn das schon alles völlig unzutreffend ist, geht die MLPD noch weiter, und hier wird es dann wirklich skandalös. Sie behauptet, wir, BI/TA seien ‚identisch' mit der Bolschewistischen Partei Nordkurdistan/Türkei, also ein- und dieselbe Organisation, sozusagen eine ‚Tarnorganisation' in Deutschland."

Im **Kern** will die MLPD, uns und allen anderen revolutionären Organisationen das Recht absprechen **Kritiken an ihrer politischen Linie und ihrem Programm öffentlich** vorzubringen. Um nicht mehr und nicht weniger geht es in dieser Ablehnungsschrift.

Gleichzeitig will die MLPD „einfach" **ihren „Alleinvertretungsanspruch"** für die kommunistische Bewegung in Deutschland durchsetzen. Auch das ist prinzipiell falsch. Dieses gesamte Vorgehen sowohl der MLPD als auch der Mitgliedsorganisationen, die sich im weiteren gegen eine Aufnahme von BI aussprachen widerspricht den Regularien der ICOR.

Hier stellt sich natürlich die Frage, wie verhielt sich ICOR zu diesem Vorgehen und wie begründete sie ihre Ablehnung.

4. Die Ablehnung unseres Aufnahmeantrages durch ICOR

Das CCC Europa/ICOR teilte uns hinsichtlich der Aufnahme mit *„dass **keine Einvernehmlichkeit** erzielt wurde".* Antwort des verantwortlichen Gremiums, CCC

Europa zur Ablehnung unseres Antrages Mai 2017.
Die zentralen Argumente für unsere Ablehnung sind in dem Schreiben die **Begründungen aus der Stellungnahme der MLPD**.
So heißt es in diesem ICOR Schreiben weiter: *„erhob Mitte Dezember 2016 die ICOR-Mitgliedsorganisation MLPD einen Einspruch zu diesem Aufnahmeantrag. Darin heißt es unter anderem: ‚… Die MLPD spricht sich gegen die Mitgliedschaft der Organisation Bolschewistische Initiative/Trotz alledem! aus.'*
In der weiteren Begründung wird darauf verwiesen, dass die Organisation Trotz alledem ***keine Organisation der praktischen Tätigkeit ist.*** *In dem Brief wird zudem auf* ***die Identität*** *der Organisation Bolschewistische Initiative/ Deutschland-Trotz alledem mit der ICOR Organisation Bolshevik Partisan Nordkurdistan – Türkei (BP NK-T) hingewiesen.*
Unter Angabe von Quellen verweist die MLPD auf grundlegende Verstöße gegen die Streitkultur durch Trotz alledem, mit deren unhaltbaren Vorwürfen, die MLPD sei ‚reformistisch' und ‚durch und durch chauvinistisch' und ‚trotzkistisch'.
ICOR-Organisationen verpflichten sich aber zu einer solidarischen praktischen Zusammenarbeit und konstruktiven wie sachlichen Diskussion zur schrittweisen Überwindung bestehender ideologisch-politischer Meinungsunterschiede.
Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ICOR sind ***öffentliche Angriffe*** *gegenüber der ICOR und ihren Mitgliedsorganisationen. So heißt es in der Präambel:*
‚Die ICOR schließt Parteien und Organisationen gleichberechtigt zusammen, die in Bezug auf Größe, praktische, organisatorische und politische Erfahrungen historisch - ideologische Wurzeln, strategische Aufgabenstellung und sozio-ökonomische Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Für ihren gemeinsamen Kampf müssen diese ***respektvoll zusammenarbeiten*** *und voneinander lernen.'"* (Hervorh. TA)

Die **Ablehnung des ICOR-Gremiums** stellt sich **voll und ganz hinter die verleumderische Ablehnung** der MLPD. Dabei wird die Feststellung in der Präambel des Statuts von ICOR kreativ opportunistisch vom CCCE weiterentwickelt.
Das Gremium interpretiert den Passus aus der Präambel: *‚Die ICOR schließt Parteien und Organisationen gleichberechtigt zusammen, die in Bezug auf Größe, praktische, organisatorische und politische Erfahrungen historisch – ideologische Wurzeln, strategische Aufgabenstellung und sozio-ökonomische Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Für ihren gemeinsamen Kampf müssen diese respektvoll zusammenarbeiten und voneinander lernen.'* wie folgt: ***„Unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der ICOR sind öffentliche Angriffe gegenüber der ICOR und ihren Mitgliedsorganisationen."***
Nur steht das mit keinem Wort so in dem Statut der ICOR. Das ist einfach unwahr. Das Statut wird einfach „passend" gemacht! Diese Interpretation widerspricht

Auszüge aus Regularien des ICOR Statuts webseite icor.info

24. Februar 2020

Statut der ICOR November 2017
Präambel: Die ICOR schließt Parteien und Organisationen gleichberechtigt zusammen, die in Bezug auf Größe, praktische, organisatorische und politische Erfahrungen, historisch-ideologische Wurzeln, strategische Aufgabenstellung und sozio-ökonomische Bedingungen sehr unterschiedlich sind. Für ihren gemeinsamen Kampf müssen diese respektvoll zusammenarbeiten und voneinander lernen. (…)

Zur Mitgliedschaft in der ICOR
Allgemeines (…)
2. Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der ICOR ist die Anerkennung der Prinzipien und grundlegenden Beschlüsse der Weltkonferenz.
3. Die Anerkennung der Prinzipien und grundlegenden Beschlüsse der Weltkonferenz und die Selbstverpflichtung zu ihrer Verwirklichung erfolgt durch die jeweilige Mitgliedsorganisation selbst. Die Mitgliedschaft in der ICOR wird von der beschlussfassenden Versammlung bestätigt. Eine ideologisch-politische Qualifikation durch die ICOR findet nicht statt. (…)

Grundlagen für die Mitgliedschaft (…)
2. Das schließt unterschiedliche ideologisch-politische Auffassungen und Grundlagen der einzelnen Mitgliedsorganisationen mit ein, soweit sie keinen antagonistischen Widerspruch zum Charakter der ICOR beinhalten. (…)

Rechte und Pflichten der Mitgliedsorganisationen (…)
2. Jede Mitgliedsorganisation hat die Pflicht, (…)
zu einer proletarischen Streitkultur zwischen den Mitgliedsorganisationen, zum gegenseitigen Respekt, zur Wahrung der Unabhängigkeit, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweiligen Mitgliedsorganisation und der Gleichberechtigung, (…)

Aufnahme- oder Ausschlussverfahren (…)
2. Einwände gegen die Aufnahme müssen auf der Basis der Prinzipien der ICOR erfolgen und nicht etwa aus bilateralen Meinungsverschiedenheiten, die nicht die Aufgaben der ICOR berühren. (…)

dem Inhalt der Aussage im Statut, die klar feststellt, dass *„die Organisationen gleichberechtigt sind und respektvoll zusammenarbeiten und voneinander lernen“.* **Kein Wort** davon, dass Kritik und politische Auseinandersetzung verboten sind!! Aber genau das ist das Anliegen der MLPD.

Des Weiteren haben wir, die Bolschewistische Initiative, in unserer **Antwort** auf diese Ablehnung klargestellt, dass die Zitate aus unseren Schriften von der MLPD aus dem Zusammenhange gerissen und entstellt werden und wir **keinerlei öffentliche Angriffe** auf **ICOR und ihre Mitgliedorganisationen** unternommen haben. Auch dieser Vorwurf ist eine Unterstellung.

Das **kritische-kämpferische Wesen des Marxismus-Leninismus** liegt darin, dass revolutionäre, kommunistische Organisationen sich offen und öffentlich über politische Widersprüche, Abweichungen auseinandersetzen. Nur so können im ideologischen Kampf **gegen opportunistische Fehler** die richtigen Positionen entwickelt werden. Die ganze **Geschichte der III. Kommunistischen Internationale** ist für genau diese Praxis ein herausragendes Beispiel. **Kritik mit Angriff gleichzusetzen und zu unterdrücken ist zutiefst antimarxistisch.**

Das **Aufnahmeverfahren** von BI durch ICOR hat **keine Transparenz** und entspricht nicht einem revolutionären Vorgehen. Entgegen unserem Wunsch wurden wir nicht zu einer Diskussion über die Vorwürfe und Beschuldigungen der MLPD eingeladen. Eine solche Möglichkeit steht nicht im Statut der ICOR, so die Antwort des CCCE. Das ist eine bürokratische Verfahrensweise.

Ist es für RevolutionärInnen nicht eine **demokratische Selbstverständlichkeit,** eine Organisation, die um Aufnahme ersucht, zu einem Gespräch einzuladen, um sich über Widersprüche, eventuelle Missverständnisse und Unkenntnis der Arbeit der betreffenden Organisation zu informieren und darüber zu debattieren. In diesem Zusammenhang ist es dann auch nicht verwunderlich, dass **ICOR** im Bericht über die 4. Weltkonferenz kein Wort dazu verliert, dass in dem vergangenen Zeitraum die **Aufnahme einer Organisation** (oder vielleicht mehrerer Organisationen?) abgelehnt wurde.

„VIII. Die ICOR ist seit der 3. Weltkonferenz sowohl quantitativ als insbesondere auch qualitativ gewachsen und hat gegenwärtig 62 Mitgliedsorganisationen aus 46 Ländern auf allen 5 Kontinenten.
Die Konferenz erreichte die freudige Meldung, dass die ‚Chinese Communists (MLM)‘ die Mitgliedschaft in der ICOR beantragt hat.“ [1]

Die **unerfreuliche Information,** dass die Aufnahme unserer Organisation, der BI Deutschland in ICOR verweigert wurde, ist offenbar nicht für die revolutionäre Öffentlichkeit bestimmt.

Zumal dann ja eine ausreichend überzeugende politische Argumentation vonnöten gewesen wäre, um unsere Ablehnung zu begründen.

Soviel zur „revolutionären“ Diskussions- und Entscheidungskultur der ICOR-Organisation.

1 ICOR4WC_07.700_DE_ver 07.00_Schlussresolution 4. COR Weltkonferenz

Auch das halten wir für ein falsches Vorgehen.

Die revolutionäre Öffentlichkeit darüber zu informieren halten wir für eine genauso demokratische Notwendigkeit, wie über neu hinzugewonnene Mitgliedsorganisationen zu berichten.

5. Dokumente und Schriften über das Aufnahmeverfahren

Trotz wiederholter Nachfragen von uns, ob die Dokumente der Auseinandersetzung zwischen ICOR-Gremien und uns in Englisch und andere Sprachen übersetzt wurden, haben wir darauf **nie** eine Antwort erhalten.

Wir haben die Dokumente ins Englische übersetzt. In nachfragenden Gesprächen mit Vertreter:innen von ICOR-Organisationen haben wir erfahren, dass ICOR keine Übersetzungen, selbst der **entscheidenden Dokumente von der MLPD** und **von uns**, vorgenommen hat. Das bedeutet, dass über eine Auseinandersetzung abgestimmt wurde, **ohne** dass die **nötigen Dokumente in den jeweiligen Sprachen** den **Delegierten bzw. anderen Entscheidungsträger:innen** vorlagen.

6. Unser Aufruf

Wir fordern alle interessierten revolutionären Einzelpersonen und Organisationen auf **sich selbst ein Bild** über dieses Vorgehen zu machen.

Wir halten das **Projekt ICOR** nach wie vor für richtig. Aber angesichts der „Aufnahmepraxis“, die gegen unsere Organisation angewendet wurde, sehen wir prinzipielle Fehler und Mängel darin, wie die **Grundsätze von ICOR** umgesetzt werden.

Wir fordern ICOR auf ihr Vorgehen zu überdenken und auf dem nächsten Weltkongress, diese Praxis zur Diskussion zu stellen und zu revidieren.

Wer möchte kann, in Englisch oder in Deutsch, eine kleine Broschüre mit der Zusammenstellung der wichtigsten Dokumente der Auseinandersetzung über die Aufnahme von BI (natürlich ohne irgendwelche organisatorischen Informationen) bei uns bestellen.

Oktober 2021

Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?

Teil 8

Ökonomie der DDR Kursänderungen 1952 – 1953

Vorbemerkung

In dieser Artikelserie stellen wir die Ergebnisse unserer intensiven Auseinandersetzung mit der Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), der DDR und der SED zur Diskussion. Dieses ist der letzte Teil unserer bisherigen Analysearbeit. Bisher stellten wir unseren einzelnen Beiträgen folgenden Aufruf an Euch LeserInnen voran: *„Aufgrund der Nachfragen von TA-LeserInnen wollen wir nochmals dazu ermuntern, uns Eure Kritiken, Anmerkungen und Ergänzungen, Gedanken mitzuteilen. Sie sind uns sehr willkommen. Unser Ziel ist, als Ergebnis der Artikelreihe Thesen und ein programmatisches Dokument zu verfassen."*
Natürlich freuen wir uns auch bei diesem letzten Beitrag auf Kritiken und Kommentare von Euch.
In der letzten TA 88 haben wir als Abschluss unserer Arbeit „Thesen DDR – Anspruch und Wirklichkeit" veröffentlicht.

Sozialismus in der DDR? Theorie des sozialistischen Aufbaus

Wir beziehen uns in diesem Artikel ganz stark auf die theoretische Schrift von Fred Oelßner, **„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik"**, in der er die zentralen Positionen der SED zum Aufbau des Sozialismus auf den Punkt bringt:
*„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist daher **eine Periode des Klassenkampfes** der sich in den verschiedensten Formen vollzieht und in dessen Verlauf die Arbeiterklasse immer breitere Schichten der Bevölkerung für die Teilnahme am sozialistischen Aufbau gewinnt. Die mit den werktätigen Bauernmassen verbündete Arbeiterklasse nutzt die in ihren Händen befindliche Staatsmacht, die wirtschaftlichen Kommandohöhen und die von ihr erkannten objektiven ökonomischen Gesetze des Sozialismus aus, um die für den Sieg des Sozialismus erforderliche Entwicklung der Produktivkräfte zu sichern, die neue sozialistische Basis zu festigen und zu erweitern und damit den ökonomischen Gesetzen des Sozialismus immer breiteren Spielraum zu verschaffen."* (Hervh. TA) [1]
Diese Worte von Fred Oelßner, ZK-Mitglied und führender SED Wirtschaftstheoretiker zwischen 1949-1958 würden wir fast wortwörtlich bei Stalin oder im „Lehrbuch Politische Ökonomie", Moskau 1954 finden. So viel zur Theorie.
Wir alle wissen wie sich die DDR entwickelt hat. Die **DDR** brach **1990 parallel zum Kollaps der Sowjetunion** in sich zusammen und wurde durch die kapitalistische BRD übernommen. Der **Ruf des Sozialismus** wurde **schwer beschädigt** und in den Augen der Arbeiter:innenklasse auf Jahrzehnte in Misskredit gebracht. Verantwortlich dafür waren auch solche „Sozialisten" wie Oelßner.
Viele fragen sich:
Wie kam es dazu? Wie konnte die „Überlegenheit" des Sozialismus – und wir fügen auch die des Kommunismus hinzu – vom Imperialismus dermaßen in Grund und Boden gestampft werden? Wie konnte die Perspektive für den Weltkommunismus einen so immensen Schaden erleiden, von dem sie sich bis heute nicht erholt hat? Welche Fehler hat die SED beim Aufbau des Sozialismus gemacht, dass der Laden ihnen so um die Ohren geflogen ist? Was können wir daraus lernen? Mit unserer DDR-Analyse versuchen wir einige Antworten zu finden.
Das Vorbeten der allgemeinen Prinzipien des Sozialismus-Kommunismus durch Oelßner und anderer SED-Kader verschleiert die Fehler, die vor allem in der praktischen ökonomischen Politik liegen. Insofern ist es wichtig die Ausführungen genau zu studieren und sie mit den allgemeinen Prinzipien des Sozialismus-Kom-

1 Fred Oelßner, „Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik", S. 11, Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Vorträge und Schriften, Heft 56, Berlin 1956, Akademie-Verlag – Oelßner, „Übergangsperiode"

munismus und den **Erfahrungen der sozialistischen Sowjetunion** abzugleichen.
Im Lehrbuch der Politischen Ökonomie heißt es: *„Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus beginnt mit der Errichtung der proletarischen Macht und endet mit dem Aufbau des Sozialismus – der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft."* [2]
„Die unbedingte Voraussetzung für die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die siegreiche Durchführung der sozialistischen Revolution, welche die politische Macht der Bourgeoisie stürzt und die politische Macht der Arbeiterklasse errichtet. Denn nur im Besitz der politischen Macht vermag die Arbeiterklasse dem Gesetzt der unbedingten Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit dem Charakter der Produktivkräfte Geltung zu verschaffen und das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln durch sozialistisches Eigentum zu ersetzen." [3]
*„Die **wichtigste ökonomische Aufgabe** der Übergangsperiode besteht darin die **sozialistischen Produktionsverhältnisse** in **allen Wirtschaftszweigen** zu schaffen, zu festigen und zu erweitern. Dies kann nur im **unablässigen Klassenkampf** geschehen, wobei der Ausgang dieses Kampfes von der **Teilnahme der breiten werktätigen Massen** am sozialistischen Aufbau bestimmt wird. Der Grundwiderspruch der Wirtschaft der Übergangsperiode, so stellt das sowjetische Lehrbuch fest, ist der Widerspruch zwischen dem gerade entstandenen, jedoch in der **ersten Zeit noch schwachen Sozialismus**, dem die Zukunft gehört, und dem gestürzten, zunächst **noch starken** Kapitalismus, der seine **Wurzeln in der kleinen Warenproduktion** hat und das Vergangene darstell*t." [4] (Hervh. TA)
Das alles ist allgemein-theoretisch richtig. Aber die **Hauptfrage** ist, was für eine Staatsmacht war der in der DDR gegründete **volksdemokratische Staat**?
In unseren Analysen zur DDR haben wir bereits dargelegt, dass die Volksdemokratie keine Diktatur des Proletariats ist, sondern eine Herrschaft in der das Proletariat die Macht gemeinsam mit Teilen der Bourgeoisie ausübt.
Die von Oelßner zusammengefassten Lehrsätze über den Aufbau des Sozialismus, können wir nur unterstreichen. Die zentrale Frage ist allerdings, warum die SED den Aufbau des Sozialismus nicht geschafft hat.
Wir könnten uns zurücklehnen und sagen, dass der Sozialismus sowieso nicht möglich war, weil das Proletariat der DDR nicht die politische Macht in den Händen hatte. Es teilte sich die Macht mit bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten.

Und die Praxis?

Wir wollen die Frage des Aufbaus des Sozialismus trotz dieses Makels anhand der ökonomischen Politik erläutern. Im Konkreten wollen wir nachfolgend zeigen, wie die SED sich nicht an den Prinzipien des sozialistischen Aufbaus und den Lehrsätzen orientiert hat. Des Weiteren sollen Grundsätze des Sozialismus kritisch beleuchtet werden:
– Ökonomischen Gesetze des Sozialismus.
– Mehrwertgesetz, Warenproduktion, Handel, Geld
– Leistungslohn – Jeder nach seiner Leistung

Hinkender Vergleich: NÖP-System (Neue Ökonomische Politik) in der Sowjetunion und die DDR

Bei der Begründung der Wirtschaftspolitik 1956 beruft sich Oelßner dem Wortlaut nach auf die Erfahrungen der Sowjetunion.
Die NÖP sei für die Übergangsperiode von Kapitalismus zum Sozialismus auch in den Volksdemokratien richtungsweisend. Die Grundprinzipien der NÖP müssten auch in der DDR befolgt werden. *„Die **Neue Ökonomische Politik** ist **die charakteristische Wirtschaftspolitik** des Arbeiter-und- Bauernstaates für die ganze Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus."* [5] (Hervh. TA) In den Ausführungen von Oelßner ist richtig, dass die Grundprinzipien der NÖP beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in allen Ländern ihre Anwendung finden.
Allerdings müssen wir feststellen, dass die NÖP in der sozialistischen Sowjetunion eine Politik in einem Land war, in dem die **Diktatur des Proletariats existierte**. In einer Volksdemokratie ist die Machtkonstellation eine andere als in der Diktatur des Proletariats. Diesen wesentlichen Unterschied verschweigt Oelßner. Und er tut so, als ob die Macht in der DDR identisch mit der Macht in der Sowjetunion der NÖP-Zeit sei. Das ist grundsätzlich falsch.
In derselben Schrift offenbart sich, die opportunistische Linie Fred Oelßners, aber auch der gesamten Linie der SED beim Aufbau des Sozialismus.
*„Das **Schwergewicht** bei der Lösung der Aufgaben in der Übergangsperiode liegt darin, die Umwandlung **vornehmlich mit ökonomischen Mitteln** zu erzielen. Darum ist die Wirtschaftspolitik der proletarischen Staatsmacht für die Übergangsperiode von entscheidender Bedeutung. Die wichtigste Aufgabe, die durch die Wirtschaftspolitik gelöst werden muss, ist die Entwicklung der ökonomischen Verbindung der sozialistischen Industrie mit der bäuerlichen Wirtschaft und auch den anderen Wirtschaftsformen.*
Aus dem Warencharakter der kleinbäuerlichen Wirt-

2 „Politische Ökonomie Lehrbuch," S. 364, Dietz Verlag, Berlin 1955 – „Lehrbuch"
3 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 7
4 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 9
5 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 10-11

schaft ergibt sich der Austausch durch Kauf und Verkauf als die entsprechende Form dieser ökonomischen Verbindung. Daher wird der Zusammenschluss zwischen Industrie und Landwirtschaft mittels des Handels zur ökonomischen Notwendigkeit. Handel bedingt aber Warenzirkulation und Geldzirkulation.
Die Wirtschaftspolitik, die der Ausnutzung der ökonomischen Formen des Handels und der Geldzirkulation zum Aufbau des Sozialismus entspricht, wurde von LENIN bereits im Jahre 1918 begründet und ist in die Geschichte unter der Bezeichnung NÖP – Neue Ökonomische Politik – eingegangen. Sie wurde so genannt, weil sie im Jahre 1921 den sogenannten Kriegskommunismus ablöste, der durch Intervention und Bürgerkrieg notwendig geworden war." [6]

In diesem Zitat ist die konkrete Wirtschaftspolitik der SED beschrieben. Oelßner, der die marxistische Lehre vom Staat kennt, spricht von dem Staat DDR, der eine Volksdemokratie war, als „**proletarischer Staatsmacht"**. Das ist **eindeutig** eine Verfälschung der Realität. Die Staatsmacht der DDR war keine proletarische, sondern eine volksdemokratische Macht.

In einem solchen Staat von der „sozialistischen" Wirtschaft, Industrie… zu reden ist eindeutig falsch. Das Staatseigentum ist **nicht an sich sozialistisch**, Staatseigentum wird nur dann sozialistisch, wenn der Staat vom Proletariat beherrscht wird durch die Ausübung der Diktatur des Proletariats. Also wird der volksdemokratische Staat von Oelßner im Handumdrehen zur „proletarischen Staatsmacht" erklärt.

War irgendetwas sozialistisch in der DDR-Ökonomie? Oder die verschiedenen Sektoren der Ökonomie in der Übergangsgesellschaft

Oelßner will die sozialistische Wirtschaft dadurch aufbauen, in dem er die **„sozialistische Industrie"**, damit meint er die vergesellschafteten, volkseigenen Betriebe (VEB), mit **„der bäuerlichen Wirtschaft und anderen Wirtschaftsformen"** verbindet.

Die von ihm als „bäuerliche Wirtschaft" bezeichnete Wirtschaftsform ist in ihrer Masse klassenmäßig eine kleinbürgerliche Wirtschaft. Was „die anderen Wirtschaftsformen" betrifft sind diese nichts anderes als die an Zahl und Stärke nicht wenigen kapitalistischen Unternehmen.

Wir hatten bereits dargelegt, dass bis zur Verkündung der **neuen Parteilinie** zum Aufbau des Sozialismus **Juni 1952** mit der Schaffung der VEBs zwar der monopolistische Kapitalismus zerschlagen wurde, aber dennoch die **kapitalistischen Unternehmen** in der Industrie, auf dem Land und im Handel noch stark genug waren, den Plan der SED zu durchkreuzen. Die Schifffahrt, der Handel (ausgenommen der Außenhandel), das Handwerk, und die Landwirtschaft waren zum großen Teil noch immer **privatkapitalistisch organisiert**. Das bedeutete, dass noch viele Menschen von Eigentumsformen und Erträgen lebten, die der Sozialismus aufheben wollte.

Es stand eine Mammutaufgabe vor der SED. Statt diese schwierige Aufgabe klar und deutlich zu formulieren, die Arbeiter:innenklasse für die Lösung dieser Aufgabe in breiten **Überzeugungskampagnen** zu mobilisieren, wird, wie so oft in der SED-Geschichte, und typisch für revisionistische Parteien, Etikettenschwindel betrieben.

Wo Volksdemokratie drin ist, wird zum Sozialismus umetikettiert, wo antagonistische Klassenwidersprüche sind und Klassenkampf das Gebot der Stunde wäre, werden **„befreundete Klassen"** hervorgezaubert, die **„gemeinsam den Sozialismus aufbauen"**. Qua Deutungshoheit gelingt es der SED jede Aufgabe beim Aufbau des Sozialismus zu lösen, indem die Realität verzerrt, verbogen oder begradigt wird, je nachdem wie es opportun erscheint.

In dem Lehrbuch „Politische Ökonomie" wird ausgeführt, dass in der sozialistischen Sowjetunion während der Übergangsperiode zur Zeit der NÖP fünf Eigentumsformen bestanden: *„1. die patriarchalische bäuerliche Wirtschaft, 2. Die kleine Warenproduktion, 3. Der privatwirtschaftliche Kapitalismus, 4. Der Staatskapitalismus, 5. Der sozialistische Sektor."* [7]

Zu dem sozialistischen Sektor heißt es: *„Der **sozialistische Sektor** umfaßt erstens die in Händen des Sowjetstaates befindlichen **Fabriken und Werke, das Verkehrswesen, die Banken, die Sowjetgüter, die Handels-** und sonstigen **Unternehmen** und zweitens die **Genossenschaften – die Konsumgenossenschaften, die Einkaufsgenossenschaften**, darunter als **höchste Form die Kollektivwirtschaften**. Die Grundlage des **sozialistischen Sektors** ist die **maschinelle Großproduktion**. Schon am Anfang der Übergangsperiode begann der sozialistische Sektor, der im Vergleich zu allen anderen Sektoren den höchsten Wirtschaftstypus darstellt, die **führende Rolle** in der Wirtschaft zu spielen."* [8] (Hervh. TA)

Darüber hinaus wird darauf verwiesen: *„Nicht in jedem Land, das den Sozialismus errichtet, müssen fünf Wirtschaftsformen bestehen. Wie Lenin lehrte und wie es die Geschichte bereits bestätigt hat, bestehen in jedem Land in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus folgende Hauptformen der gesellschaftlichen Wirtschaft: der Sozialismus, die kleine Warenproduktion*

6 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 9-10

7 „Lehrbuch", S. 370

8 „Lehrbuch", S. 371

und der Kapitalismus. Diesen Formen der gesellschaftlichen Wirtschaft entsprechen die Klassen: die Arbeiterklasse, das Kleinbürgertum (besonders die Bauernschaft) und die Bourgeoisie. Die Hauptmerkmale der Wirtschaft, der Klassenverhältnisse und folglich auch der Grundlagen der Wirtschaftspolitik der Diktatur des Proletariats in der Übergangsperiode sind allen Ländern gemeinsam, was spezifische Besonderheiten in jedem Lande nicht ausschließt, sondern vielmehr voraussetzt." [9]

Wohlgemerkt: Die Diktatur des Proletariats, das **Vorhandensein eines „Sowjetstaates**" ist die unbedingte Voraussetzung für die Schaffung und Existenz eines sozialistischen Sektors in der Ökonomie!

Wie wendet nun Oelßner diese Theorie auf die konkrete Übergangsperiode in der DDR an?

„Die Produktionsverhältnisse in der Deutschen Demokratischen Republik tragen den Charakter der Übergangsperiode. Sie sind im gegenwärtigen Entwicklungsstadium durch das Vorhandensein von drei Eigentumsformen an den Produktionsmitteln und damit von drei Wirtschaftsformen gekennzeichnet. Es gibt in der DDR:

A) Sozialistisches Eigentum, das aus zwei Arten besteht:

1. Allgemeines Volkseigentum, d. h. Staatseigentum und Kommunaleigentum, das durch den volkseigenen Sektor in Industrie, Landwirtschaft, Verkehr, Handel, Bank- und Versicherungswesen vertreten ist.

2. Genossenschaftliches Eigentum, das durch die Konsumgenossenschaften, die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, die bäuerlichen Handelsgenossenschaften, andere bäuerliche Genossenschaften (Molkereigenossenschaften u.a.), Fischereigenossenschaften, Handwerksgenossenschaften vertreten ist.

Diese beiden Eigentumsformen bilden den sozialistischen Sektor. Sie umfassen in der Industrie etwa 85 Prozent der Produktion, in der Landwirtschaft etwa ein Drittel der Anbaufläche. Eisenbahnen, Banken, Versicherungen, und Außenhandel gehören völlig zum sozialistischen Sektor." [10]

Auf den ersten Blick sieht das sehr danach aus, als ob alle theoretischen Begründungen die selben sind, wie sie im Lehrbuch der Politischen Ökonomie dargelegt sind. So ist es aber nicht.

Wir stellen fest, dass **im Jahr 1956** als diese Schrift von Oelßner verfasst wird, die DDR immer noch **eine Volksdemokratie** ist und **keine Diktatur des Proletariats**. Es hat bis dahin keine komplette Machtübernahme durch die Arbeiter:innenklasse stattgefunden. Die politische Macht wird nach wie vor von verschiedenen Klassen, Arbeiter:innenklasse, Bourgeoisie und den Bauern und Bäuerinnen ausgeübt. Es ist keine Demokratie, die nur die Arbeiter:innenklasse und Werktätigen begünstigt und keine Diktatur, die die Bourgeoisie als Klasse unterdrückt. Was Sinn und Zweck der Diktatur des Proletariats ist. Die Wirtschaftspolitik belegt unsere Behauptung. Hier findet der berühmte Etikettenschwindel statt.

Zweitens wird von Oelßner das **genossenschaftliche Eigentum** ganz salopp zum **sozialistischen Sektor** zugehörig erklärt. Ohne – wie im Lehrbuch „Politische Ökonomie" ausgeführt – darauf aufmerksam zu machen, dass es **verschiedene Formen** der Genossenschaften gibt, deren höchste Form die „Kollektivwirtschaften" sind.

Die niedrigen Formen der Genossenschaften werden in einer Diktatur des Proletariats zwar zum sozialistischen Sektor gezählt. Allerdings mit dem Bewusstsein, das es eine enorme Aufgabe ist, diese erst einmal zu Kollektivwirtschaften zu entwickeln, in denen am Ende **weder Privat-, noch Gruppeneigentum an Produktionsmitteln** existiert! Es ist allerdings nicht nur für die Genossenschaften falsch, sie ohne jede weitere Erklärung zum „sozialistischen Sektor" zu rechnen. Falsch ist überhaupt vom sozialistischen Sektor zu reden, in einem Land in dem das Proletariat, selbst wenn es „führend" an der Macht beteiligt ist, gleichzeitig aber auch Teile der Bourgeoisie an der Macht mitbeteiligt sind.

Staats- und Landes- (Kommunales) Eigentum ist nicht an sich sozialistisch. Auch in einem Land, in dem die Bourgeoisie an der Macht ist, gibt es **Staatseigentum**! Staatseigentum oder Kommunales Eigentum ist **nur** dann sozialistisch, wenn das Proletariat in einem Staat über die alleinige politische Macht verfügt.

Aber Oelßner ist ein versierter revisionistischer Theoretiker. So versucht er seiner revisionistischen Theorie doch einen marxistischen Mantel umzuhängen. An derselben Stelle relativiert er seine Behauptung: *„Es ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Genossenschaften zum Teil selbst noch Übergangscharakter haben: So können z.B. die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften in der DDR keineswegs mit den Kollektivwirtschaften in der Sowjetunion gleichgestellt werden, da sie Boden bearbeiten, der nach wie vor Privateigentum der Genossenschaftsbauern ist.*

Dementsprechend wird ein Teil des Einkommens nicht nach dem sozialistischen Gesetz der Verteilung nach Arbeitsleistung, sondern entsprechend dem eingebrachten Bodenanteil als eine Art absoluter Grundrente verteilt. Trotzdem gehören die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zweifellos zum sozialistischen Sektor unserer Wirtschaft. Es gibt in unserer Republik auch noch rein kapitalistische Genossenschaften; von diesen wird später die Rede sein." [11]

9 „Lehrbuch", S. 372

10 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 33

11 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 33

Wie Oelßner frei und fest nach seiner eigenen Widerlegung behaupten kann, dass das Genossenschaftseigentum trotzdem zum sozialistischen Sektor der Wirtschaft gehört, bleibt uns ein Rätsel. Der Wunsch stand hier Pate.

Entscheidend ist, dass das Land (Grund und Boden) in den Genossenschaften der DDR das **verbriefte Privateigentum** der Bäuer:innen war. Damit ist ein wichtiges Produktionsmittel, nämlich der Boden, Privateigentum und darf **nicht zum sozialistischen Bereich** gerechnet werden. Gehen wir davon aus, dass die Volksdemokratie der Nutzung des Grundes und Bodens enge Grenzen gesetzt hat und außerdem die Bäuer:innen sich in Genossenschaften organisiert haben, bleibt es aber trotzdem auch eine Tatsache, dass der Grund und Boden weiterhin **Privateigentum** der Bauernschaft war.

Wie wir später noch sehen werden, verkauft die SED die Bauernwirtschaften, die in den Genossenschaften Privateigentum am Boden besitzen sowie darüber frei verfügen und die Erträge nach eingebrachtem Bodenanteil verteilen, als **Teil** des sozialistischen Wirtschaftssektors.

Warum? Das liegt wie in vielen anderen gesellschaftlichen und politischen Bereichen auch an folgendem:

Weil die **SED sich nicht der Realität stellt** und nicht bereit ist, einen Klassenkampf für die Diktatur des Proletariats mit Zielrichtung des Aufbaus des Sozialismus zu führen. Stattdessen versucht sie die Klassen zu versöhnen, die Widersprüche zu verkleistern, sich und der Arbeiter:innenklasse in die Tasche zu lügen.

Weiter führt Oelßner zur Arbeit und zum Privateigentum in seiner Schrift aus:

*„B) Zweitens gibt es in der Deutschen Demokratischen Republik **auf Arbeit beruhendes Privateigentum** an Produktionsmitteln, das auf den folgenden drei Gebieten besteht:*

1. den privaten Wirtschaften der Klein- und Mittelbauern,

2. den Wirtschaften der Handwerker,

3. den kleinen Betrieben der privaten Einzelhändler, die keine Produktionsmittel, aber private Zirkulationsmittel besitzen und von ihrer eigenen Arbeit leben.

*Diese drei Gruppen bilden die kleine Warenwirtschaft. Sie hat in der DDR noch sehr beträchtlichen Umfang. In der **Landwirtschaft** umfasst die **kleine Warenproduktion mehr als die Hälfte der Gesamtproduktion**. Das **Handwerk** umfasst etwa **250 000 Betriebe** (mit rund 800 000 Beschäftigten), die 1954 einen Gesamtumsatz von über 6,5 Milliarden Mark erzielten. Im **Einzelhandel** gab es 1954 rund **170 000 Privatgeschäfte.***

*Der Umfang des **Handwerks** und der **Einzelhandelsgeschäfte** hat seit der Einführung des Neuen Kurses zugenommen.*

*Der **private Einzelhandel** konnte von **1953 auf 1954 seinen Umsatz um 18 Prozent** erhöhen, **das Handwerk** steigerte seine Erzeugung in der gleichen Zeit **um 15 Prozent.**“* [12] (Hervh. TA)

Ein Sozialismus, in dem der kapitalistische Sektor ungemein stark ist, und viel wichtiger, weiterhin stärker wird! Das zeigen diese von Oelßner wiedergegebenen Zahlen. Interessant ist aber hier auch, dass diese „kleinbürgerliche Wirtschaft“ nicht zum kapitalistischen Sektor gezählt wird!

Frage der „Genossenschaften“

Hier zeigt sich bei Oelßner darüber hinaus ein falsches Verständnis über **das Eigentum der verschiedenen Genossenschaften**. Genossenschaften sind Gruppen von Menschen, die sich zum Zweck wirtschaftlicher Tätigkeit zusammenschließen.

Sie haben in der Breite und Tiefe unterschiedliche Formen. Auch im Kapitalismus existieren Genossenschaften.

Die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) wie sie in der DDR bestanden, haben den Grund und Boden, das Inventar und die Erträge nicht kollektiviert. Im Gegenteil, jeder Kollektivbauer und jede Kollektivbäuerin besaßen ihren Grund und Boden, ihr Inventar und die Erträge wurden entsprechend des eingebrachten Grundes und Bodens verteilt.

Wir können sagen, dass die LPGs eher Kooperations-

12 Oelßner, „Übergangsperiode“, S. 33-34

genossenschaften waren, und zwar mehr Kooperation als Genossenschaft. In der Ökonomie der sozialistischen Sowjetunion können wir dagegen die höchste entwickelte Form der Kollektivwirtschaften sehen.
In den **sowjetischen Kollektivwirtschaften** wurden der Grund und Boden, das Inventar und die Erträge zusammengelegt und die Mitglieder der Genossenschaften nach ihrer Arbeitsleistung bezahlt. Das ist zwar **noch nicht** sozialistisch, weil es sich um Gruppeneigentum handelt und sehr begrenzt auch Privateigentum existierte.
Aber **die Form** war auch **nicht mehr kapitalistisch**, weil die Hauptproduktionsmittel nicht Privateigentum waren. Zum „sozialistischen Sektor" gehört das Gruppeneigentum aber erst durch das Vorhandensein der Diktatur des Proletariats als Staatsmacht. Der Unterschied liegt auf der Hand.
Es ist augenscheinlich, dass die sowjetischen Kollektivwirtschaften die weitest mögliche Form der Kollektivierung waren. Der nächste Schritt wäre gewesen, aus den Kollektivwirtschaften sozialistische landwirtschaftliche Betriebe zu machen, in denen die ehemaligen Kollektivbäuer:innen als Werktätige ihren Dienst verrichtet hätten und entsprechend ihrer Leistung entlohnt worden wären. Das wäre der **richtige sozialistische Weg** gewesen, wäre die SU nicht von den Chruschstschow-Revisionisten übernommen worden. Davon waren die LPGs der DDR noch sehr weit entfernt. Soweit, dass wir der Meinung sind, dass es falsch war, sie zum sozialistischen Sektor zu zählen. Es scheint so, dass diese Tatsache dem „Theoretiker" Oelßner auch bekannt war. Aber seine Aufgabe war es, dies zu verdecken.

Definition Oelßners des kapitalistischen Sektors in der DDR

„C) Endlich gibt es das kapitalistische Eigentum, das auf sechs Gebieten besteht:
1. kapitalistische Industriebetriebe,
2. große Handwerksbetriebe kapitalistischen Charakters,
3. Großbauern-Wirtschaften,
4. kapitalistische Unternehmen im Groß- und Kleinhandel,
5. kapitalistische Verkehrsunternehmen (im Wasserstraßen- und Kraftverkehr),
6. kapitalistische Genossenschaften.
*Diese sechs Gruppen bilden den kapitalistischen Sektor. Ihr Anteil an der gesamten Wirtschaft ist noch immer recht beträchtlich. Im Jahre **1954** betrug der **Anteil der privatkapitalistischen Betriebe** an der industriellen Bruttoproduktion der Republik **15 Prozent.** Sie erhöhte in diesem Jahre ihre Erzeugung gegenüber **1953 um 18 Prozent.***
*Die **großbäuerlichen Wirtschaften** liefern noch **etwa 20 Prozent der Warenproduktion** bei der Pflichtablieferung. Im **Großhandel** sind **noch mehr als 8 000 private Betriebe vorhanden."*** [13]
Ganz schön viel Kapitalismus, möchte man meinen. Die **Kapitalisten** – ohne die Kleinbourgeoisie, die klassenmäßig auch zur Kapitalistenklasse gehört! – sind mit **18 Prozent** an der Industrieproduktion beteiligt. Sie haben ihren Anteil um drei Prozent erhöht. Hier ist von einem **Zurückdrängen** des **kapitalistischen Sektors** überhaupt nichts zu spüren. In der Landwirtschaft sieht es nicht besser aus.
Allein die **großen kapitalistischen** Bauernwirtschaften sind mit 20 Prozent Pflichtablieferung bei der Produktion dabei. Wir müssen uns ihren Anteil an der landwirtschaftlichen Produktion größer vorstellen, weil diese Großagrarier einen Teil ihrer Produkte frei verkaufen konnten. Wir haben festgestellt, dass die LPGs eher Kooperationen als Genossenschaften waren und keinesfalls für den Sozialismus gewonnen waren. Durch die Aussicht auf Vorteile, Subventionen vom volksdemokratischen Staat und höhere Gewinne wurden „manche" Bauernwirtschaften in die LPGs eingegliedert. Aber ist das schon Sozialismus? Solange **dieses private Eigentumsformen** sind, solange den Produkten dieser Genossenschaften Warencharakter anhaftet, solange der Warentausch, also Warenverkauf, in dieser Ökonomie vorherrscht können wir diese „Kollektiv"-Wirtschaften **nicht zum sozialistischen Sektor** zählen.
Die Aufteilung des Mehrprodukts erfolgt kapitalistisch, nach der Größe des Eigentums und nicht sozialistisch nach der Arbeitsleistung.
Der Geist des Kapitalismus, der Geist des Privateigentums wirkt bei den Menschen weiter. Nichts sitzt tiefer als die **Jahrtausende alte Warenproduktion** und der Handel.
Beim Übergang zum Sozialismus geht es nicht nur darum, die richtigen sozialistischen Wirtschaftsformen zu finden und sie zu etablieren. Es geht auch nicht darum vor allem die Produktion zu erhöhen, wie und woher sie auch kommen mag. Es geht zugleich darum, die Menschen von den alten Ansichten und Gewohnheiten zu befreien, eine **neue Haltung zum Eigentum**, zur **Produktion** und zur **Arbeit** zu schaffen.
An dieser Stelle ist es auch angebracht zu erwähnen, dass die Chruschtschow-Revisionisten der KPdSU das sozialistische Rad der Sowjetunion **zuerst** hier auf **dem Land** zurückgedreht haben. Überwältigt von der hochproduktiven kapitalistischen Einzelfarmwirtschaft der USA und mit der neuen Koexistenz-Politik mit dem Imperialismus war eine der **ersten Maßnah-**

13 Oelßner, „Übergangsperiode", S. 34

men Chruschtschows, die **Kollektivwirtschaften** genau in **diese kapitalistische Richtung** zu entwickeln.
Die Kollektivwirtschaften durften wieder Maschinen und Traktoren der Maschinen- und Traktorenstationen (MTS) kaufen. Volkseigentum wurde zum Gruppeneigentum. Dabei waren die MTS einst der Grundpfeiler des sozialistischen Aufbaus auf dem Lande. Das private Unternehmertum wurde gefördert und d**ie MTS zerschlagen**. Die Revision des Sozialismus auf dem Lande nahm Fahrt auf.
In unserem letzten Artikel zur Ökonomie der DDR „Ökonomie SBZ und DDR 1945 – 1949“ [14] haben wir folgende Zahlen genannt:
Der volksdemokratische Sektor in der Industrie machte ca. 50 Prozent der Produktion aus. Wie konnte die SED ihre Wirtschaft so schnell in eine sozialistische umwandeln? Durch Etikettenschwindel. Zum einen wandelte sie die volksdemokratische Wirtschaft quasi über Nacht in die sozialistische um. Zum anderen zählte sie die Kooperations-Genossenschaften einfach zum sozialistischen Sektor und erhielt so die 85 Prozent.
Um das Bild der Ökonomie der DDR zu vervollständigen beziehen wir uns weiter auf Oelßner. Im folgenden Zitat können wir noch einmal die Bandbreite „kapitalistischer Genossenschaften“ sehen, die Oelßner als Punkt 6 des kapitalistischen Sektors in der DDR aufführt:
„Noch heute hat dieser großkapitalistische Verband (Edeka-Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften e.V. Einkaufsgenossenschaft deutscher Kolonialwarenhändler, Anm. TA) *in unserer Republik **126 örtliche Einkaufsgenossenschaften**, die Großhandelsgeschäfte tätigen. In Dresden gibt es die Genossenschaft Falkenbrauerei, die 200 Lohnarbeiter beschäftigt.“* [15]
Oelßner führt weitere kapitalistische Genossenschaften im Bereich Weinkellerei, Messerschmiede, Konservenfabrik etc. an. *„Die Liste ließe sich noch beträchtlich fortführen, denn neben den **größeren kapitalistischen Genossenschaften** gibt es eine **Vielzahl** kleinerer Genossenschaften, wie z.B. **1 800 Einkaufs- und Liefergenossenschaften des Handwerks**, **1 000** alle sonstigen land- und forstwirtschaftlichen Genossenschaften (weder LPG noch BHG) 200 Siedlungs- und Baugenossenschaften und viele andere. (…) Neben diesen drei verschiedenen Eigentumsformen an den Produktionsmitteln gibt es in der DDR noch einen **sehr umfangreichen privaten Besitz** an **Mietshäusern**, auf den durch Mietseinnahmen jährlich rund 800 Millionen DM des Volkseinkommens entfallen.“* [16]
Oelßner führt weiterhin als „persönliches Eigentum“ zum Beispiel auch Wohnungen und Wohnhäuser und das Eigentum der Bauern an Grund und Boden an, die nicht zum kapitalistischen Sektor gehören.

Was könnte und sollte gemacht werden?

Diese Fakten und Zahlen, die wir der Schrift von Oelßner entnommen haben, beweisen, dass **1956** noch ein **beträchtlicher Anteil an privatem Eigentum** an Grund und Boden, Häusern, Wohnungen und Firmen und Fabriken existierte. Das Privateigentum ist die Lebensgrundlage von Millionen DDR-Bürger:innen. Die Frage ist, wie wollte die SED die Wirtschaft so umbauen, dass diese Menschen nicht mehr vom Profit, Handelsprofit, von der Grundrente auf dem Land und Mieteinnahmen in der Stadt leben?
Die zentrale Aufgabe, die hier zu lösen gewesen wäre, war erst einmal dem Proletariat den Ist-Zustand zu erklären ohne eine Beschönigung der Verhältnisse. D.h. offen zu sagen, wir haben zwar eine demokratische Volksmacht, sind aber noch vom **„Beginn des Aufbaus des Sozialismus“ meilenweit entfernt**. Um zum Beginn des Sozialismus überzugehen, müssen wir als **wichtigsten Schritt** die Teile der Bourgeoisie, mit denen wir in der DDR die politische Macht teilen, **von der Macht verdrängen**.
Das geht nicht von heute auf Morgen, und das geht nicht ohne den **verschärften Klassenkampf** gegen die Bourgeoisie.
Auf ökonomischem Gebiet müssen wir die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft angreifen und im verschärften Klassenkampf das Privateigentum an Produktionsmitteln, zugunsten des Staats- und Kommunaleigentums **immer mehr zurückdrängen** und **letztendlich aufheben**. Dabei werden wir natürlich auf große Widerstände stoßen. Wir müssen uns da keine Illusionen machen. Erst wenn wir auf der politischen Ebene die Diktatur des Proletariats errichtet haben können wir bei dem Sektor Gemeineigentum der Ökonomie vom sozialistischen Sektor reden.
Diesen Sektor müssen wir dann weiter so ausbauen, bis jedwede Form des Privateigentums an Produktionsmitteln, und damit die Kapitalistenklasse als Klasse liquidiert wird.
Die volksdemokratische Herrschaft, in der die Arbeiter:innenklasse der DDR die führende Rolle innehat, und die Tatsache, dass große Teile der Großbourgeoisie und Großgrundbesitzer durch die SMAD im Zuge der Zerschlagung des Hitlerfaschismus enteignet, und ihr Eigentum in Gemeineigentum in ver-

14 Teil 7 der Artikelserie „DDR – Anspruch und Wirklichkeit Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?“, TA 87/2021, S. 35
15 Oelßner, „Übergangsperiode“, S. 35
16 Oelßner, „Übergangsperiode“, S. 35-36

schiedenen Formen umgewandelt wurde, gibt uns die große Möglichkeit die DDR mittel- und langfristig in Richtung Sozialismus zu entwickeln.
Nur auf der Grundlage eines solchen Bewusstseins wäre es möglich gewesen, dass das Proletariat in der DDR seine historische Mission erfüllen, den **Aufbau des Sozialismus** anpacken und weiterführen gekonnt hätte.

Erster „Kursänderung“ Zweite Parteikonferenz 1952 und Aufbau des Sozialismus in der DDR

Den politisch-ideologischen Kern der 2. Parteikonferenz der SED fasst **Johannes R. Becher**, SED-Mitglied und Schriftsteller treffend zusammen: *„Mit den Worten unseres Genossen Walter Ulbricht, daß der **Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe** geworden ist, wurde ein **neuer Abschnitt** in der **Geschichte der Partei** und eine **neue Periode** der Geschichte Deutschlands eingeleitet.“* [17]
Der Aufbau des Sozialismus sollte also ohne die Macht der Diktatur des Proletariats, aber mit **diesem vorhandenen** Staatsapparat gemeistert werden. Am Ende der 2. Parteikonferenz wird im Protokoll unter der Rubrik „Begrüßungsschreiben, Telegramme und Selbstverpflichtungen“ berichtet: *„Vor, während und nach der II. Parteikonferenz gingen dieser aus allen Kreisen der werktätigen Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik mehrere Tausend Begrüßungsschreiben, Telegramme, Geschenke und wertvolle Selbstverpflichtungen zu.*
Sie bringen das tiefe Vertrauen der Arbeiter, Werktätigen Bauern, Techniker und Geistesschaffenden zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zum Ausdruck. Zugleich dokumentieren diese großartigen Vertrauensbeweise, dass die Millionenmassen des deutschen Volkes in der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die mutige und entschlossene Führerin im Kampf um Frieden, Einheit, Demokratie und Sozialismus anerkennen. In der konsequenten Verwirklichung des historischen Beschlusses der II. Parteikonferenz wird sich die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands dieses tiefen Vertrauens würdig erweisen.“ [18]
Da müssen wir uns allerdings doch fragen, wie es sein kann, dass **ein Jahr später,** im **Juni 1953** ein beträchtlicher Teil der Arbeiter:innenklasse in der DDR einen Aufstand gegen die SED-Herrschaft geführt haben. Was ist beim Aufbau des Sozialismus nach der Ankündigung auf der 2. Parteikonferenz 1952 falsch gelaufen?
Der entscheidende Fehler der SED war es, vorzugeben den Sozialismus **ohne die Diktatur des Proletariats** aber mit dem **volksdemokratischen Staat** aufzubauen!
Walter Ulbricht, Generalsekretär der SED bekräftigt in seinem Schlusswort auf der Parteikonferenz: *„Die Vorschläge des Zentralkomitees unserer Partei zur Stärkung der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik und zum Aufbau des Sozialismus haben nicht nur die volle Zustimmung der Delegierten der 2. Parteikonferenz, sondern auch die begeisterte Zustimmung der Arbeiterklasse, der werktätigen Bevölkerung, aller fortschrittlichen, aller patriotischen Menschen der Deutschen Demokratischen Republik und breiter Massen Westdeutschlands gefunden.“* [19]

Betriebszeitung Bergmann-Borsig, Herausgeber: Betriebsorganisation der SED des VEB Betriebes Bergman-Borsig, Berlin-Wilhelmsruh 1952

Parteivorsitzender **Otto Grotewohl** bläst in seinem Redebeitrag in dasselbe Horn: *„Die entscheidende Voraussetzung, Genossen, für ein erfolgreiches Voranschreiten auf dem Weg zum Sozialismus ist aber für uns die Freundschaft zur Sowjetunion. Für alle im Aufbau des Sozialismus begriffenen Länder ist sie eine Lebensnotwendigkeit. (…)*
*Eine mächtige Waffe im Kampf gegen alle Versuche **der Restauration des Kapitalismus** und zur Umwandlung unserer Wirtschaft in eine sozialistische Wirtschaft aber bildet unser Staatsapparat. Der tiefe Prozess der Festigung der Staatsmacht und seine weitere Demokratisierung drückt sich in den auf der 2. Parteikonferenz beschlossenen Veränderungen unseres Staatsapparates aus.*

17 „Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 9. bis 12. Juli 1952“, 2. Parteikonferenz SED“, S. 440, Dietz Verlag Berlin, 1952 – „2. Parteikonferenz SED“

18 „2. Parteikonferenz SED“, S. 498

19 „2. Parteikonferenz SED“, S. 445-446

Den Schutz unserer volksdemokratischen Ordnung aber wird eine starke Volksarmee übernehmen, deren Kommandostab sich in der Mehrzahl aus Arbeitern und Bauern zusammensetzen wird.“ (Hervh. TA) [20]

Die Frage des Aufbaus des Sozialismus in der DDR ist eine **zentrale Frage** in der Geschichte der DDR und SED. Diese Frage war bis zu dieser Konferenz nur unter einer Handvoll SED Kader:innen debattiert worden. Im Politbüro und im ZK. Bei unseren Untersuchungen sind wir weder auf Dokumente noch Hinweise über eine **breite Diskussion** in der SED und der Arbeiter:innenklasse gestoßen.

Dass so eine wichtige Frage nur unter einigen führenden Funktionären der SED verhandelt wird und nicht in der Partei, geschweige denn zur Mobilisierung der Arbeiter:innenklasse genutzt wird, gibt Hinweise auf das **bürokratische Verständnis** der SED. Die SED beschließt, die Arbeiter:innen haben zu parieren.

Dieses Regierungs- und Parteiverständnis zieht sich von Anfang bis Ende durch die DDR-Geschichte.

An verschiedenen Stellen sind wir auf Berichte gestoßen, die belegen, dass die SED eben nicht in der Arbeiter:innenklasse verankert war, dass sie sich in verschiedenen Fabriken nicht blicken ließ, dass die Parteimitglieder nicht geschult waren.

Das zentrale Mittel beim Aufbau des Sozialismus sieht die SED im Aufbau des DDR-Staates ergänzt durch die Gründung der Nationalen Volksarmee. Obwohl Ulbricht an verschiedenen Stellen Lenin zitiert und auch den „verschärften Klassenkampf im Sozialismus“ erwähnt, wird der Aufbau des Sozialismus als eine Frage der Ausbesserung und Stärkung des volksdemokratischen Systems mittels des zu perfektionierenden Staatsapparates gesehen.

Ulbricht führt in seinem über 100 Seiten langen **Bericht *„Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der SED“*** an die Konferenz aus: *„Zweifellos haben wir im staatlichen Aufbau und in der Arbeit des Staatsapparates in der Zeit seit dem III. Parteitag* (1950, Anm. TA) *Fortschritte erzielt. Die politische Aktivität und die **Mitarbeit der Bevölkerung** bei der Lösung der staatlichen Aufgaben ist größer geworden, die Staatsmacht der DDR wurde gefestigt.*

*Es erfolgt eine **breitere Heranziehung** parteiloser Arbeiter, Bauern und Angehöriger der Intelligenz zur Arbeit der staatlichen Organe, zur Mitarbeit in den Ausschüssen der Kreise, Städte und Gemeinden. Die Arbeit der Kreistage und Gemeindeverwaltungen verbessert sich. Aktivisten und befähigte parteilose Werktätige, Arbeiter, Bauern und Geistesschaffende wurden zur Arbeit in leitenden staatlichen Funktionen herangezogen. Der Kampf gegen den Bürokratismus und gegen das gering-*

20 „2. Parteikonferenz SED“, S. 485-486

2. Parteikonferenz der SED:

SED Plan: Umbau des volksdemokratischen Staatsapparates als Instrument um den Sozialismus aufzubauen

*„Die **Schaffung** der **Grundlagen des Sozialismus** entspricht den Bedürfnissen der ökonomischen Entwicklung und den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen. Unter der Führung der Arbeiterklasse wird das deutsche Volk (…) in der Deutschen Demokratischen Republik die großen Ideen des **Sozialismus** Wirklichkeit werden lassen. Das **Hauptinstrument** bei der Schaffung der **Grundlagen des Sozialismus** ist die **Staatsmacht**. **Die volksdemokratischen Grundlagen** der Staatsmacht werden **ständig gefestigt**. (…)*

*„Um die Arbeit des Staatsapparates **entschieden zu verbessern**, ihn dem Volk **näherzubringen** eine **bessere Anleitung** der staatlichen Organe in den Kreisen und Gemeinden zu gewährleisten, hat das Politbüro des Zentralkomitees der SED dem **Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien** den Vorschlag auf Durchführung einer Verwaltungsreform unterbreitet.*

Diese Vorschläge gehen von der Erfahrung aus, dass in den letzten Jahrzehnten bedeutende wirtschaftliche Veränderungen vor sich gegangen sind und die Verwaltungsgrenzen nicht mehr mit der Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Lebens in Einklang stehen. Deshalb schlagen wir vor, dass an Stelle der bisher bestehenden 5 Landesregierungen 14 Bezirksräte und Bezirkstage geschaffen werden.

*An Stelle der bisherigen 132 Kreise sollen entsprechend den politischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Verhältnissen 217 Kreise geschaffen werden. Die Bezirks- und Kreisorgane werden auf diese Weise den Betrieben, Gemeinden, Ortschaften und den **Grundorganisationen** der Massenorganisationen nähergebracht und fester mit den werktätigen Massen verbunden.*

*Das ist ein weiterer Schritt **zur Demokratisierung** der Staatsmacht und wird zum weiteren Aufblühen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik beitragen.*

*So wird unser Staat entsprechend der Lehre des Marxismus-Leninismus zu einem mächtigen Instrument des Aufbaus der Grundlagen **des Sozialismus** entwickelt.“* (Hervh. TA)

Nicht die **revolutionäre aktive Selbsttätigkeit der Werktätigen**, nicht die **Mobilisierung für die Befreiungskraft des Sozialismus**, nicht die **Verdrängung der Bourgeoisie von der politischen und ökonomischen Macht** sind das sozialistische Programm – sondern bürokratische, von der Arbeits- und Lebensrealität der Werktätigen abgehobene Maßnahmen „von oben“ dekretiert!

Das ist die **Praxis der SED-Führung!**

„2. Parteikonferenz“, Bericht W. Ulbricht, S. 58, S.67

schätzige Verhalten zu den Nöten und Beschwerden der Bevölkerung wurde verschärft.“ [21]

Hier wird der Marxismus-Leninismus auf den Kopf gestellt. Die Lehre vom **absterbenden Staat im Sozialismus und Kommunismus,** von Marx-Engels begründet, wird in ihr Gegenteil verkehrt. Die SED setzt sich das Ziel den Sozialismus durch die Vervollkommnung des volksdemokratischen Staatsapparates zu verwirklichen.

Dabei setzt der Sozialismus die Auflösung des volksdemokratischen Staatsapparates durch einen proletarischen Staatsapparat der Diktatur des Proletariats voraus. Diese Diktatur des Proletariates ist selbst auch nur **ein Provisorium** auf dem Weg zum völligen Absterben des Staates.

Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse und Diktatur des Proletariats

Was ist die Diktatur des Proletariats? Dazu haben wir in der TA 81 [22] ausführlich unsere Positionen dargelegt. Die Diktatur des Proletariats ist die Alleinherrschaft der Arbeiter:innenklasse angeleitet von der Kommunistischen Partei. Die Staatsform ist die Räterepublik wie sie das Proletariat in der Sowjetunion 1917 aus der Taufe gehoben hat.

Das Rätesystem ermöglicht eine direkte Führung der Staatsaufgaben durch das Proletariat. Es ist beschließendes und ausführendes Organ in einem. Es ermöglicht die direkte weitestgehende Demokratie durch das Proletariat und die maximale Ausgrenzung und Unterdrückung der gestürzten Bourgeoisie.

Wir fragen uns ernsthaft, wie die SED zum Aufbau des Sozialismus übergehen wollte, ohne das Proletariat dafür gewonnen zu haben.

Ulbricht behauptet auf der 2. Parteikonferenz: *„Die **demokratische** und **wirtschaftliche** Entwicklung sowie das **Bewusstsein der Arbeiterklasse** und der **Mehrheit der Werktätigen** sind jedoch **so weit entwickelt**, dass der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe geworden ist.“* [23] (Hervh. TA)

Hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung ist zwischen 1949 und 1952 kein wesentlicher Unterschied ersichtlich, der einen solchen Kurswechsel begründen könnte.

Was das Bewusstsein der Arbeiter:innenklasse und der Mehrheit der Werktätigen betrifft, war dieses auch durch das bisherige Wirken der SED ein **antifaschistisch-demokratisches** Bewusstsein, mehr ein deutsch-patriotisches (um nicht zu sagen deutsch-nationalistisches!) als ein sozialistisches!

Mit einem Proletariat, das nicht im Geiste des Sozialismus erzogen und gewonnen ist, den Beginn des Aufbaus des Sozialismus zu deklarieren ist einfach an den Tatsachen vorbeizureden.

Fehlanzeige dazu in den Ausführungen der SED. Die SED hat gar nicht die Absicht die anderen Klassen aus der Macht zu vertreiben, sie braucht sie beim Aufbau der DDR und nicht beim Aufbau des Sozialismus.

Wie wir bereits ausgeführt haben betreibt die SED einen Etikettenschwindel. Da wo Volksdemokratie drin ist, wird ab Juni 1952 einfach **Sozialismus darauf geklebt**.

Aus dem volksdemokratischen Eigentum wird per Deklaration sozialistisches. Dass mit einer solchen Herangehensweise der Sozialismus nicht aufgebaut werden konnte, ist klar.

Ulbricht führt aus: *„Die Schaffung der ökonomischen Grundlagen des Sozialismus erfordert bei uns zunächst die Mehrung des sozialistischen Eigentums, das dem Volke gehört, indem der **volkseigene Sektor der Wirt-***

21 „2. Parteikonferenz SED“, S. 64, Bericht W. Ulbricht

22 Artikelserie, „DDR Anspruch und Wirklichkeit“, Teil 1, „Die Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie“, S. 18 ff. Ebenso in Trotz alledem! Nr. 83/2020 Kritische Anmerkungen „Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie“, Kritik Genosse der IA.RKP Österreich und TA Antwort auf den Leserbrief. Trotz alledem! Nr. 85/ 2020, „Zur Kritik der Zeitschrift Rote Front „Replik: Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur, Kritische Anmerkungen von TA, „Die Rote Front und die Volksdemokratie!“

23 „2. Parteikonferenz SED“, S. 58

schaft, *der* ***sozialistischen Charakter*** *angenommen hat,* ***weiterentwickelt*** *wird. Was die* ***Mittelschicht*** *betrifft, so haben wir entgegen den Behauptungen des Gegners* ***nicht die Absicht, den Weg der Enteignung der kleinen Privatunternehmer*** *zu bestreiten, da wir nicht gewillt sind, dem Staate unnötig die Last des Unterhalts dieser Schichten und die Funktionen****,*** *die sie gegenwärtig* ***in der gesellschaftlichen Produktion*** *ausüben, aufzubürden.“* [24] (Hervh. TA)

Es wird einfach behauptet, dass der ***„volkseigene Sektor sozialistischen Charakter“*** angenommen hat. Wie denn? Hat in dem volksdemokratischen Staat eine Machtveränderung stattgefunden? Wurde die Diktatur des Proletariats errichtet, ohne Wissen des Proletariats? Das hat nichts mit der Realität und dem Marxismus-Leninismus zu tun, das ist klar.

Weiterhin wird ausdrücklich erklärt, dass die volksdemokratische Macht in der DDR, **nicht die Absicht** hat, die kleinen Privatunternehmer (Fakt ist, es geht nicht nur um kleine sondern mittlere und auch nicht wenige große Privatunternehmer) zu enteignen! Wie wollen bitte Kommunist:innen mit der Arbeiter:innenklasse den Sozialismus aufbauen, wenn das Proletariat nicht aufgeklärt und dafür mobilisiert wird, dass beim Aufbau des Sozialismus das Privateigentum an Produktionsmitteln – ob groß oder klein – **letztendlich aufgehoben** werden muss. Wenn nicht der **Klassenkampf für die Vergesellschaftung verschärft** wird etc.?

Der Fehler liegt nicht darin, dass 1952 die kleinen und mittleren Privatunternehmer nicht enteignet worden sind. Die Bedingungen waren dafür noch nicht reif. Der Fehler liegt darin, dass diese Politik der Volksdemokratie als „Aufbau des Sozialismus“ verkauft wird.

Wir werden anhand weiterer Zitate der SED-Funktionäre beweisen, dass die Partei auf längere Sicht überhaupt nicht die Absicht hatte, die noch vorhandenen bürgerlichen Klassen abzuschaffen. Im Gegenteil sie versuchte mit Subventionen, finanziellen Zuschüssen und Privilegien genau diese Schichten im Land zu halten, damit sie **nicht nach Westdeutschland** auswandern.

Auch die **Sowjetunion** hat in der Phase der NÖP-Politik **bürgerliche Expert:innen und Fachkräfte** mit finanziellen Mitteln angelockt und beim Aufbau des Sozialismus eingesetzt. Das ist gar nicht in Abrede zu stellen. Der Unterschied ist, dass in der Sowjetunion die Alleinherrschaft des Proletariats existierte, und das Proletariat und die Kommunistische Partei dabei waren den Sozialismus aufzubauen, während in der DDR, eine volksdemokratische Herrschaft existierte, und die SED faktisch noch dabei war die Volksdemokratie errichten.

Sie hat allerdings den Aufbau der Volksdemokratie als Aufbau des Sozialismus verkauft und damit grundlegende Prinzipien des Marxismus-Leninismus über Bord geworfen.

Anstatt die Lage schön zu reden und sich Ziele zu stellen, die sie aktuell nicht lösen konnte, hätte die SED – als Führerin der Arbeiter:innenklasse – den Werktätigen reinen Wein einschenken müssen.

Die Frage, die die SED umschifft, ist die: **Wie kommen wir von der Volksdemokratie zum Sozialismus?** Der SED fehlte ein klares marxistisch-leninistisches Programm. Welche Zugeständnisse müssen wir jetzt machen, um später den Übergang zum Sozialismus zu schaffen? Welche Spezialist:innen müssen wir vorübergehend finanziell „bestechen“, damit sie bleiben, bis wir proletarische Kader:innen für diese Aufgaben entwickelt haben? Wie können wir eigene Fachkräfte heranziehen? Welche Wirtschaftsbereiche müssen wir vor allem aufbauen und übernehmen, damit wir die Abhängigkeit von der Privatwirtschaft reduzieren und abschaffen?

Die SED hat den Feind immer außerhalb der DDR gesehen, mal war es der US-Imperialismus, mal war es Adenauer-Westdeutschland. Den Feind im Inneren, die „**DDR-Kapitalisten“**, hat sie verharmlost. Die größeren Schwierigkeiten, die an Zahl in die Millionen gehenden Zwischenschichten, wie die Bäuer:innen,

24 „2. Parteikonferenz SED“, S. 60

die Handwerker:innen und Selbständigen für den Sozialismus zu gewinnen, hat sie **systematisch** geleugnet und falsch angepackt.
Was macht die SED? Im Glauben, dass sie den Sozialismus mit den bürgerlichen Klassen und den Zwischenschichten aufbauen kann, wähnt sich die SED mit ihrem Programm in Sicherheit. Das ist nicht der Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der DDR sondern der Beginn vom Ende des Projekts Sozialismus.

Wichtige Fehler auf dem Gebiet der Ökonomie: Lohnpolitik und Gleichmacherei

Ulbricht macht folgende Angaben und rechtfertigt die Maßnahmen von Politbüro und Regierung: *„Im Jahre 1951 ist die Industrieproduktion im Vergleich zum Jahre 1950 um 22,2 Prozent gewachsen. (…) Die Arbeitsproduktivität in der volkseigenen und ihr gleichgestellten Industrie ist 1951 im Vergleich zu 1950 um 12 Prozent gestiegen."* [25]
Unter der Losung „Kampf der Gleichmacherei" werden der Oberschicht der Arbeiter:innenklasse **höhere Löhne** zugeschanzt und damit wird die Schere zu den „an- und ungelernten" Arbeiter:innen weiter geöffnet.
„Um die erforderlichen Bedingungen für die Erhöhung der Qualifikation der Arbeiter, Meister, der wissenschaftlichen und technischen Intelligenz zu schaffen, wurde am 28. Juni dieses Jahres auf Initiative des Politbüros von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik der Beschluß über die Erhöhung der Löhne für ***qualifizierte Arbeiter****,* ***Meister und die wissenschaftlich-technische Intelligenz gefasst.***
Ein solcher Beschluß war infolge der in der Deutschen Demokratischen Republik bestehenden Gleichmacherei in der Bezahlung von leichter und schwerer Arbeit, von qualifizierter und unqualifizierter Arbeit notwendig. (…) Die Lohntarife für qualifizierte Arbeiter lagen ***nur wenig*** *über den Lohntarifen der unqualifizierten Arbeiter, während die Entlohnung der Ingenieure ebenfalls* ***nur um weniges höher*** *war als die Entlohnung der qualifizierten Arbeiter."* [26] (Hervh. TA)
Ulbricht begründet diese Maßnahme mit dem Grundsatz des Sozialismus: *„Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung".* Dieser bereits von Marx/Engels aufgestellte Grundsatz ist richtig. Auch im Sozialismus wird es weiter noch **gewisse** Lohnunterschiede geben. Allerdings muss eine sozialistische Lohnpolitik darauf ausgerichtet sein, die Lohnunterschiede möglichst gering zu halten, und im Laufe der Zeit die Lohnschere immer mehr zu schließen.
Dazu ist es notwendig die **Qualifikation** der Arbeiter:innen voranzutreiben. Bei der Lohnpolitik vor allem gegen die Gleichmacherei zu kämpfen bringt mit sich, dass das wesentliche Ziel in der Lohnpolitik, die Lohnunterschiede immer weiter zu verringern, für die SED in der Versenkung verschwindet.
Wie wir in dem Lehrbuch der Politischen Ökonomie studieren können wurde auch in der Sowjetunion im Kampf gegen die Gleichmacherei die Lohnschere erheblich auseinandergerissen. Mit negativen Folgen für den Sozialismus!
Ulbricht führt auf der 2. Konferenz weiter aus: *„**Manche** sind der Meinung, dass die Erhöhung der Löhne für qualifizierte Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler eine Verletzung der Prinzipien des Sozialismus sei. Nach Auffassung dieser Genossen muss im Sozialismus eine völlige Gleichheit aller Menschen in materieller Beziehung herrschen.* (Wir kennen aus den Dokumenten der SED zu dieser Zeit keine solche Position!)
Dieser Standpunkt ist grundsätzlich falsch. Die Gleichheit der Menschen im Sozialismus darf nicht als ein gleiches materielles Niveau ihres Lebens aufgefasst werden. Im Sozialismus herrscht der Grundsatz: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung.' (…) ***Der Unterschied in der Bezahlung der Arbeit veranlasst die Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft, ihre Qualifikation zu steigern*** *und ihr Wissen zu erweitern und trägt somit zum Aufschwung des allgemeinen kulturellen Niveaus der Gesellschaft und zur fortschrittlichen Entwicklung der Produktion im Interesse aller Werktätigen bei.*
Durch die Erhöhung der Löhne für qualifizierte Arbeiter, Ingenieure und Wissenschaftler haben wir die Gleichmacherei begraben und Voraussetzungen für die Blüte von Wissenschaft und Technik geschaffen, was den weiteren Aufschwung unserer Volkswirtschaft und die Hebung des Wohlstands der Werktätigen sichern wird." (Hervh. TA) [27]
Wir sind im Vorteil gewisse Entwicklungen besser analysieren und bewerten zu können, weil wir zurückblicken können. Wir kennen die Entwicklungen seit 1952 und schauen darauf, um Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Alle Ziele, die sich die SED mit der Ausdifferenzierung der Löhne erhofft hatte, sind nicht erfüllt worden.
Die vorausgesagte *„Blüte der Wissenschaft und Technik"*, der *„Aufschwung der Volkswirtschaft"*, die Vorstellung die *„DDR zum Anziehungspunkt aller Wissenschaftler und Ingenieure Gesamtdeutschlands"* (Ulbricht) zu machen, haben sich **nicht verwirklicht.** Im Gegenteil, die Auswanderung Richtung Westen hielt weiter an, bis 1961 die Mauer gebaut wurde.
Aber der Hauptfehler liegt in dem Gedanken, dass *„der Unterschied in der Bezahlung der Arbeit die Mitglieder*

25 „2. Parteikonferenz SED", S. 76-77
26 „2. Parteikonferenz SED", S. 83-84
27 „2. Parteikonferenz SED", S. 84-85

der sozialistischen (!!!) Gesellschaft veranlassen wird ihre Qualifikation zu erhöhen!". Das heißt, nicht das sozialistische Bewusstsein der Arbeiter:innen, sondern der **materielle Anreiz** ist die vorwärtstreibende Kraft. Eine Gesellschaft in der die Haupttriebfeder der arbeitenden Menschen der Unterschied in der Bezahlung der Arbeit ist, verdient nicht den Namen „sozialistische Gesellschaft".

Natürlich kann auch in einer sozialistischen Gesellschaft mit materiellen Anreizen gearbeitet werden, aber immer im Wissen dessen, dass dies nicht eine Stärke, sondern **eine Schwäche** ist!

Wir müssen gestehen, dass das Vorbild, die große Sowjetunion, in der Lohnpolitik den selben Weg gegangen ist. Wo liegt in der Lohnpolitik aus Sicht des Marxismus-Leninismus der Fehler? Der Fehler liegt darin, dass der Grundsatz des Sozialismus: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" nicht der einzige Grundsatz ist, der in der sozialistischen Phase Anwendung finden muss.

Dieser Grundsatz kann nur funktionieren, wenn gleichzeitig die Lebensbedingungen der Masse der Werktätigen sich tatsächlich verbessern. Wenn einseitig die „Oberschicht" der Arbeiter:innenklasse begünstigt wird und die Masse der Arbeiter:innen leer ausgeht, dann stimmt hier was nicht.

Dass der Grundsatz einseitig zum Prinzip erhoben wird, ist ein Fehler und eine Fehlinterpretation. Die **Verbesserung der allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen aller Werktätigen**, der Arbeiter:innen und anderer von ihrer Arbeit lebenden werktätigen Menschen ist vorrangiges Prinzip des Sozialismus.

Nun behaupten die SED-Oberen, dass der **Leistungslohn** der Schlüssel für die **Motivation der Arbeiter:innen** sei. Das stimmt nur bedingt.

Zum einen können sich die Arbeiter:innen mit dem größeren Lohnanteil nur Produkte kaufen, die es auch zu kaufen gibt. Wenn der sozialistische Staat nicht schafft, der Arbeiter:innenklasse auch eine steigende Produktmenge für den Konsum anzubieten, dann wird der Lohnanteil nicht ausgegeben, sondern erhöht lediglich das Sparbuch. Das war das Resultat nach 40 Jahren DDR.

Die Arbeiter:innen hatten ein dickes DDR-Sparbuch, konnten sich aber davon nicht viel kaufen. Die Kaufkraft von der gesamten Klasse muss sich stetig erhöhen. Das Ziel des Kommunismus: **„Jede und Jeder nach ihren/seinen Bedürfnissen"** muss als Ziel nie aus den Augen verloren werden, muss als Richtschnur des Handelns dienen. So wie zwischen den zwei Phasen des Kommunismus keine chinesische Mauer existiert, sondern die eine Phase der ununterbrochenen Revolution dialektisch in die andere einmünden muss.

Das von den Werktätigen erwirtschaftete Arbeitsprodukt wird in ein gesellschaftliches und ein individuelles-privates Produkt aufgeteilt.

Das individuelle-private Produkt erhalten die Arbeiter:innen als Lohn für die eigene Konsumtion, der gesellschaftliche Teil wird für den Aufbau der sozialen, kulturellen und Versorgungs-Strukturen des Staates ausgegeben. Die Reinvestition in die Produktion gehört dazu. Diese Ausgaben des Arbeitsprodukts kommen allen Werktätigen zugute und erhöhen ihren Lebensstandard.

Die individuellen privaten Verbesserungen müssen vor allem ein Produkt der Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingung der Gesellschaft und des Kollektivs sein. Geht es der Gesamtgesellschaft besser, geht es auch dem individuellen Mitglied dieser Gesellschaft besser. Das ist das **sozialistische Prinzip**.

Das **kapitalistische Prinzip** besagt, durch das indivi-

duelle Unternehmertum des Einzelnen gewinnt die gesamte Gesellschaft.

Zum zweiten ist das Verhältnis des Gesamtprodukts, aufgeteilt in Lohnanteil und Gesellschaftsanteil sehr wichtig. Wird zu viel entnommen und als Lohnanteil verteilt, bleibt für die gesellschaftlichen Aufgaben zu wenig. Was hat hier Vorrang? Wir meinen ganz klar, dass zuerst die **gesellschaftlichen Aufgaben** abzudecken sind, dann der private Lohnanteil abgezogen werden darf.

Jede Gesellschaft und jeder sozialistische Staat wird anhand seiner eigenen Entwicklung das Verhältnis ausloten. Aber eins ist klar, dass die gesellschaftlichen Aufgaben Vorrang haben, weil diese die Arbeits- und Lebensbedingung aller Werktätige tangieren.

In dieses Fragengebilde strahlt noch eine andere Frage mit hinein, die auch in der Sowjetunion stark diskutiert wurde. Wie ist das Verhältnis zwischen **Investitionen in Schwerindustrie** und in die **Konsumgüterindustrie**. Stalin vertrat die Position, dass die Schwerindustrie immer Vorrang vor der Konsumgüterindustrie hat.

Das war den Revisionisten in der KPdSU ein Dorn im Auge. Das war einer der Grundsätze des sozialistischen Aufbaus, den sie zuallererst angegriffen haben! In dieser Frage schwankte auch die SED hin und her. Letztlich konnte sie die Mangelwirtschaft nicht überwinden. Das ist eine Frage, die nicht nur im Zusammenhang der Betrachtung der DDR eine Rolle spielt, sondern eine **Lebensfrage** des Sozialismus ist.

Drittens und schließlich davon abhängig kann die Lohnsumme nach Leistung verteilt werden. Aber auch hier gilt, die Lohnschere darf nicht überstrapaziert werden. Lohngruppen die in die Dutzende gehen und ein sehr raffiniert ausgetüfteltes System der Entlohnung und Belohnung darf es im Sozialismus nicht geben.

Wir wissen, dass die **Pariser Kommune Lohnunterschiede** nur bis zum doppelten Lohn zuließ und die Verwaltungsangestellten Arbeiter:innenlöhne erhielten. Die **Sowjetunion** hat in den 1930'ern die Lohnunterschiede enorm ausgeweitet. Außerdem konnte sich der **Direktor eines Staatsbetriebs** und eines **Landwirtschafts-Kollektivs** über einen nicht geringen „Direktorenfond" bzw. „Leitungsfond" verfügen und diese Geldmittel als Zuckerbrot und Peitsche einsetzen.

Der wichtigste Faktor bei der Erhöhung der Arbeitsproduktivität ist der Werktätige selbst. Es kommt dabei nicht darauf an, ob der einzelne seine Arbeit enorm verbessert und steigert, sondern es kommt vor allem darauf an, ob die überwiegende Mehrheit, wenn nicht die gesamte Arbeiterschaft, mit geht oder nicht. Die volkswirtschaftlichen Kennzahlen sehen nach Angaben der SED sehr positiv aus. ca. *„20 Prozent Wachstum der Industrieproduktion und 12 Prozent der Arbeitsproduktivität."*

Die Frage wäre, ob die SED für die Mehrzahl der Arbeiter:innenklasse und das waren immer noch die ungelernten und angelernten Arbeiter:innen auch eine Verbesserung der Lebenssituation vorgesehen hat oder nicht. Wir haben dazu keine Angaben gefunden. Stattdessen beschließt die SED ein halbes Jahr später eine **Arbeitsnormerhöhung von 10 Prozent**.

Wir haben bereits weiter oben aus dem Mund der SED-Funktionäre gehört, dass sie keineswegs die Absicht haben, den Mittelstand zu enteignen. Eine erste Voraussetzung beim Aufbau des Sozialismus auf dem Gebiet der Ökonomie wäre es gewesen, das **Privateigentum an den Produktionsmitteln** abzuschaffen. Das als Ziel und Programm aufzustellen und für die Zielerreichung Maßnahmen und einen Zeitplan zu entwickeln.

Wir sehen jedoch bei der Politik der SED viele politische und ökonomische Maßnahmen über die Jahre hinweg, aber keine setzt sich zum Ziel, das Privateigentum an den Produktionsmitteln gänzlich abzuschaffen.

In der Industrie geht die Entwicklungstendenz hin zu autonom, für sich selbst wirtschaftenden, mit anderen Betrieben konkurrierenden Betrieben. So heißt es im Bericht Ulbrichts auf der II. Parteikonferenz zur „Finanzierung der volkseigenen Wirtschaft":

„1. In den entscheidenden Wirtschaftszweigen müssen die Fabrikabgabepreise auf den Stand der in den Plänen festgelegten Selbstkosten gebracht werden. In diesen wichtigen Wirtschaftszweigen muß das System der Subventionierungen aus dem Staatshaushalt liquidiert werden.

Dadurch werden die betreffenden Betriebe die Kosten ihrer Produktion aus ***eigenen Einnahmen*** *finanzieren, und der erfolgreiche Kampf um die Senkung der Selbstkosten wird bei ihnen als Gewinn in Erscheinung treten. Bisher haben Betriebe, die stark subventionierte Rohstoffe und Halbfabrikate verarbeiten, auf Grund dieser Tatsache hohe Gewinne ausgewiesen.*

Dadurch waren sie **ungenügend daran interessiert**, *den Kampf um eine echte Senkung der Selbstkosten zu führen. Nach Einstellung der Subventionen werden sie den Kampf um die Senkung der Selbstkosten verstärken und die Rohstoffe und Halbfabrikate sparsamer und zweckentsprechender verwenden. Diese Maßnahme ist notwendig, um allseitig den Kampf um die Senkung der Selbstkosten und die sparsame Verwendung des Materials zu verstärken."* [28] Das hat mit Sozialismus nichts zu tun. (Hervorh. TA)

28 „2. Parteikonferenz SED", S. 91-92

„Kursänderung“: Die Zweite 1953

Die SED hat in der 2. Parteikonferenz 1952, wie wir oben gezeigt haben, den Beginn des Aufbaus des Sozialismus in der DDR deklariert. Aufbau des Sozialismus ohne Diktatur Proletariats. Ohne Wissen und Diskussion in der Arbeiter:innenklasse. In einem Land dessen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg mehrheitlich hinter dem Nazi-Faschismus-Regime stand. Ein Sozialismus auf einem deutsch-nationalen Programm! Ein Sozialismus in dem das Privateigentum an Produktionsmitteln nur bei den mit den Nazis kooperierenden Groß-Kapitalisten angetastet wurde. etc. Das war, wenn überhaupt, höchstens eine Deklaration des Wunsches nach dem Sozialismus.

Aber es wurden um den temporeichen Aufbau des Sozialismus anzugehen tatsächlich auch einige Maßnahmen ergriffen, wie z.B. **verstärkte Bildung der Genossenschaften** auf dem Land, und ein **striktes „Sparsamkeitsregime“** wurde angekündigt. Am 9. April 1953 wurde die **Kartenversorgung**, die jeder Bürger:in eine bestimmte Menge des täglichen Bedarfs an Konsumgütern, vor allem Lebensmitteln, zu subventionierten Preisen garantiert, für etwa 50 000 Berliner Grenzgänger (das sind Personen die im Osten wohnten, in den Westsektoren arbeiteten) abgeschafft. Auch die Kartenversorgung für „alle kapitalistischen Elemente“ wurde DDR weit aufgehoben. Am 14. Mai 1953 wurde von der SED eine Erhöhung der Arbeitsnormen für Leistungslöhne um durchschnittlich 10 Prozent bis zum 30. Juni angekündigt. [29]

Diese Maßnahmen schürten, im Zusammenhang mit der **unheimlich massiven, antikommunistischen Propagandamaschinerie der BRD** und der **westlichen imperialistischen Mächte** eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Gleichzeitig verstärkte sich eine große Republikfluchtwelle aus der DDR nach Westdeutschland. Wegen der angekündigten, teilweise bereits umgesetzten Normänderungen, fing es an in den Betrieben zu rumoren.

So schwenkte die SED erneut um und beschloss eine **neuerliche Kursänderung** nach nur **elf Monaten** der vorangegangenen Kursänderung. Diese wurde mit folgendem Kommuniqué des Politbüros vom 9. Juni 1953 kundgetan. [30]

Kommuniqué des Politbüros 9. Juni 1953

*„Das Politbüro des ZK der SED ging davon aus, daß seitens der SED und Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in der Vergangenheit eine **Reihe von Fehlern** begangen wurden, die ihren Ausdruck in Verordnungen und Anordnungen gefunden haben, wie zum Beispiel der **Verordnung über die Neuregelung der Lebensmittelkartenversorgung**, über die Übernahme **devastierter** (verwüsteter) **landwirtschaftlicher Betriebe**, in außerordentlichen Maßnahmen der Erfassung, in **verschärften Methoden der Steuerhebung** usw.*

*Die **Interessen** solcher Bevölkerungssteile wie der Einzelbauern, der Einzelhändler, der Handwerker, der Intelligenz wurden **vernachlässigt**. Bei der **Durchführung** der erwähnten Verordnungen und Anordnungen sind außerdem ernste Fehler in den Bezirken, Kreisen und Orten begangen worden. **Eine Folge** war, daß **zahlreiche Personen die Republik verlassen** haben.*

Das Politbüro hat bei seinen Beschlüssen das große Ziel der Herstellung der Einheit Deutschlands im Auge, welches von beiden Seiten Maßnahmen erfordert, die die Annäherung der beiden Teile Deutschlands konkret erleichtern.

*Aus diesen Gründen hält das Politbüro des ZK der SED für nötig, daß in nächster Zeit im Zusammenhang mit **Korrekturen des Planes der Schwerindustrie** eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt werden, die die **begangenen Fehler korrigieren** und die **Lebenshaltung** der Arbeiter, Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und der übrigen Schichten des Mittelstandes verbessern.*

*Auf der Sitzung am 9. Juni hat das Politbüro Maßnahmen auf dem Gebiet des **Handels und der Versorgung**, auf landwirtschaftlichem Gebiet und auch hinsichtlich der **Erleichterung des Verkehrs** zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und Westdeutschland festgelegt. Um die Erzeugung von **Waren des Massenbedarfs** zu vergrößern, die von kleinen und mittleren Privatbetrieben hergestellt werden, und um das Handelsnetz zu erweitern, wird vorgeschlagen, den Handwerkern, Einzel- und Großhändlern, privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetrieben in **ausreichendem Umfange kurzfristig Kredite** zu gewähren.*

*Die **Zwangsmaßnahmen zur Beitreibung von Rückständen** an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, die bis zum Ende des Jahres 1951 entstanden sind, sollen für Klein-, Mittel- und Großbauern, Handwerker, Einzel- und Großhändler, private Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe, das heißt in der gesamten privaten Wirtschaft, **ausgesetzt** werden. (…)*

Das Politbüro schlägt ferner vor, daß die Verordnungen über die Übernahme devastierter landwirtschaftlicher Betriebe aufgehoben werden und die Einsetzung von Treuhändern wegen Nichterfüllung der Ablieferungspflichten oder wegen Steuerrückständen untersagt wird.

*Die **Bauern**, die im Zusammenhang mit Schwierigkeiten in der Weiterführung ihrer Wirtschaft ihre Höfe verlassen*

29 Jörg Roesler, „Der 17. Juni 1953, Fehlentscheidungen im Aufbau des Sozialismus und ihre Korrekturen“, S. 18, Verlag 8. Mai, 2013

30 siehe hierzu auch TA 86, Artikelserie DDR-Anspruch und Wirklichkeit, Teil 6, „II. Parteikonferenz 1952 bis III. Parteikonferenz 1956“)

*haben und nach Westberlin oder nach **Westdeutschland geflüchtet** sind (Kleinbauern, Mittelbauern, Großbauern), sollen die Möglichkeit erhalten, auf ihre **Bauernhöfe zurückzukehren**. Ist das in Ausnahmefällen nicht möglich, so sollen sie **vollwertigen Ersatz** erhalten. Es soll ihnen mit Krediten und landwirtschaftlichem Inventar geholfen werden, ihre Bauernwirtschaften zu entwickeln. **Strafen**, die wegen Nichterfüllung von Ablieferungsverpflichtungen oder Steuerverpflichtungen ausgesprochen wurden, **sollen überprüft** werden.*
Dabei wird vorgeschlagen, den Minister für Land- und Forstwirtschaft zu beauftragen, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die Interessen der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften gewahrt bleiben.

*Das Politbüro schlägt weiter vor, daß alle **republikflüchtigen Personen**, die in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik und den demokratischen Sektor von Berlin zurückkehren, das auf Grund der Verordnung vom 17. Juli 1952 zur Sicherung von Vermögenswerten **beschlagnahmte Eigentum zurückerhalten**.*
*Ist in Einzelfällen die Rückgabe nicht möglich, so soll Ersatz geleistet werden. Zurückkehrenden Republikflüchtigen darf aus der Tatsache der Republikflucht **keine Benachteiligung** entstehen. Sie sollen durch die zuständigen Organe der Räte der Bezirke und Kreise entsprechend ihrer fachlichen Qualifikation wieder in das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben eingegliedert werden und ihre vollen Bürgerrechte erhalten. (Deutscher Personalausweis, Lebensmittelkarte usw.) Für die Rückkehrer sind Auskunftsstellen einzurichten, die ihnen in allen Fragen Rat und Auskunft erteilen. (…)*
*Es wird weiter vorgeschlagen, die im April 1953 durchgeführten **Preiserhöhungen** für Marmelade, Kunsthonig und andere Süß- und Backwaren mit Wirkung vom 15. Juni 1953 **rückgängig** zu machen, die **Fahrpreisermäßigungen** in Höhe von 50 Prozent ab 1. Juli 1953 bei Arbeiterrückfahrkarten auf alle berechtigten Personen ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Einkommens auszudehnen, die Fahrpreisermäßigungen für Schüler und Lehrlinge und auch bestimmte Schichten der Arbeiter **wiederherzustellen** und auch die Fahrpreisermäßigungen für Schwerbeschädigte, Kleingärtner usw. sowie die Erstattung von Fahrgeld durch die Sozialversicherung beim Besuch bei Fachärzten wieder einzuführen."* [31] (Hervorh. TA)

Die hier von der SED entwickelte Politik des **„Neuen Kurses"** ist vor allem auf die **Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung** ausgerichtet. Ein Stopp der Abwanderung in den Westen ist eines der Hauptziele. Maßnahmen gegen den Mittelstand, die bisher bereits halbherzig waren, wurden noch weiter zurückgefahren. In den Westen geflüchteten Menschen wird die Rückkehr ohne Bestrafung garantiert sowie die Rückgabe ihrer Vermögen. Maßnahmen **gegen kirchliche Einflussnahme** in Schulen werden zurückgezogen, **Lebensmittelkarten** wieder ausgegeben, **Fahrpreiserhöhungen** zurückgenommen. D.h. im Prinzip nichts anderes, als dass die SED zu dem vor elf Monaten deklarierten Kurs des temporeichen „Aufbaus des Sozialismus" zurückgeht, ohne das offen zu sagen. Alles geht seinen „sozialistischen Gang" à la DDR!

Am 11. Juni beschließt die Volkskammer die Durchführung der „**Politik des Neuen Kurses**". Maßnahmen sollen eingeleitet werden, die zu einer *„weiteren Stärkung der DDR führen und den Kampf um die Einheit Deutschlands, die Verständigung der Deutschen untereinander wesentlich"* fördern werden.

Die Unzufriedenheit in den Betrieben wuchs trotz dieser angekündigten Kursänderung, die allerdings die **Zurücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen nicht** vorsah, weiter an. Es kam zu kurzfristigen Streiks, Demonstrationen. etc.

Drastische Erhöhung der Arbeitsnormen

Am **16. Juni 1953 wird die „Erklärung des Politbüros zur Normenfrage"** veröffentlicht:

„Anläßlich von Anfragen der Arbeiter einer Reihe von

31 „Dokus – SED", Bd. IV, S. 428-431

*Betrieben und Baustellen zur Frage der **Erhöhung der Arbeitsnormen** hält es das Politbüro des ZK der SED für erforderlich, zu erklären:*
***1.** Der Aufbau eines neuen Lebens und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter sowie der gesamten Bevölkerung sind einzig und allein auf der Grundlage der **Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Steigerung der Produktion** möglich. Nur die Verwirklichung der alten Losung unserer Partei ‚**Mehr produzieren – besser leben**' hat zur Wiederherstellung und zur schnellen Entwicklung der Wirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik nach dem Kriege geführt. Dieser Weg war und bleibt der einzige richtige Weg.*
*Deshalb ist das Politbüro der Auffassung, daß die **Initiative der fortgeschrittensten Arbeiter**, die **freiwillig zur Erhöhung der Arbeitsnormen** übergegangen sind, ein wichtiger Schritt auf dem Wege zum Aufbau eines neuen Lebens ist, der dem gesamten Volk den Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten weist.*
*Das Politbüro ist dabei der Meinung, daß eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsleiter, der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen darin besteht, Maßnahmen zur **Verbesserung der Arbeitsorganisation** und der Produktion zu ergreifen, damit in der nächsten Zeit der **Lohn der Arbeiter**, die ihre Normen erhöht haben, **gesteigert** werden kann.*
***2.** Das Politbüro hält es zugleich für **völlig falsch**, die Erhöhung der Arbeitsnormen in den Betrieben der volkseigenen Industrie **um 10 Prozent auf administrativem Wege** durchzuführen. Die Erhöhung der Arbeitsnormen darf und kann nicht mit administrativen Methoden durchgeführt werden, sondern einzig und **allein** auf der **Grundlage der Überzeugung** und der **Freiwilligkeit**.*
***3.** Es wird vorgeschlagen, die von den einzelnen Ministerien angeordnete obligatorische Erhöhung der Arbeitsnormen als **unrichtig aufzuheben**. Der Beschluß der Regierung vom 28. Mai 1953 ist gemeinsam mit den Gewerkschaften zu überprüfen.*
Das Politbüro fordert die Arbeiter auf, sich um die Partei und um die Regierung zusammenzuschließen und die feindlichen Provokateure zu entlarven, welche versuchen, Unstimmigkeiten und Verwirrung in die Reihen der Arbeiterklasse hineinzutragen." [32] (Hervh. TA)

Dieser Beschluss des Politbüros kam allerdings zu spät.

Am selben Tag dieses Beschlusses, dem 16. Juni verteidigt die **Gewerkschaftszeitung „Tribüne**" die Erhöhung der Normen. Einen Tag später am 17. Juni starten Massendemonstrationen und Aufruhr. Proteste und Streiks vor allem von Arbeiter:innen in Ost-Berlin, in den großen Kombinaten und VEB (Volkseigenen Betriebe) der DDR mit etlichen **berechtigten Forderungen** – vor allem gegen die **Normerhöhungen**. Die Bewegung wird massiv unterstützt und geschürt von den imperialistischen Staaten, der BRD und konterrevolutionären Kräften in der DDR. Der Aufstand wird durch DDR-Polizeikräfte und durch in der DDR stationierte sowjetische Truppen, unterdrückt. Die Unruhen halten einige Tage und Wochen noch vereinzelt an.

In der BRD wird der **17. Juni zum Feiertag – „Tag der Deutschen Einheit"** erklärt.

In dem Beschluss des Zentralkomitees der SED vom **21. Juni** „**Über die Lage und die unmittelbaren Aufgaben der Partei,**" werden die Ereignisse um den 17. Juni als ***„faschistische Provokation"*** eingeschätzt und geschlussfolgert: *„Daher besteht die Aufgabe jetzt darin, den angeschlagenen Gegner entscheidend zu schlagen, die faschistischen Banden restlos zu liquidieren, die Ordnung aus eigenen Kräften auf feste Grundlagen zu stellen und die Durchführung des neuen Kurses von Partei und Regierung zu sichern."*

In dem Dokument werden die Arbeiter:innen, die an den 17 Juni Ereignissen teilgenommen haben als *„diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die sich vom Gegner täuschen ließen"* angeprangert. Als Aufgabe wird gestellt, dass diese Teile *„aus der Verwirrung herausgerissen werden, daß sie, die, ohne es zu sehen und zu wollen, unter den Einfluß ihrer geschworenen Feinde, der Monopolkapitalisten und Faschisten, geraten sind, sich von diesem Einfluß frei machen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeiterklasse, Partei und Regierung wiederhergestellt wird."*

Die SED-Führung hat Nichts gelernt!

Bert Brecht schlug angesichts dieser unselbstkritischen Haltung der Parteibürokrat:innen der DDR-Regierung vor:

Die Lösung

Nach dem Aufstand des 17. Juni
Ließ der Sekretär des Schriftstellerverbands
In der Stalinallee Flugblätter verteilen
Auf denen zu lesen war, daß das Volk
Das Vertrauen der Regierung verscherzt habe
Und nur durch verdoppelte Arbeit
Zurückerobern könne. Wäre es da
Nicht doch einfacher, die Regierung
Löste das Volks auf und
Wählte ein anderes?

Bert Brecht 1953
Gesammelte Werke 10, Gedichte 3, S. 1009-1010,
werkausgabe edition suhrkamp1967

32 „Dokus – SED", 14. Tagung des ZK der SED, Bd. IV, S. 432-433

FAZIT:
Die DDR war **nie** ein **sozialistisches Land**. Sie wurde als ein **volksdemokratischer Staat**, mit tätiger Hilfe der damals sozialistischen UdSSR gegründet. Bei der Gründung war sie eindeutig der **„bessere", antifaschistisch-demokratische deutsche Staat** für die Werktätigen.
Die Ökonomie der DDR ist **nicht sozialistisch** gewesen. Die Wirtschaft hatte einen volksdemokratischen Charakter mit einem starken Staatssektor. Dieser Staatssektor der Ökonomie, plus die Genossenschaftsökonomie in Land und Stadt, plus die kleinbürgerlichen Betriebe wurden fälschlicherweise zum **sozialistischen Sektor der DDR-Ökonomie** deklariert. Es wurde geflissentlich und wissentlich die Tatsache übergangen, dass in der DDR **keine Diktatur des Proletariats** existierte.
Die DDR hatte **Potenzen** sich langfristig, in einem harten Klassenkampf zu einem sozialistischen Staat zu entwickeln. Dazu hätte die Arbeiter:innenklasse allerdings eine **wirklich marxistisch-leninistische Partei** mit einer eigenständigen marxistisch-leninistischen Linie gebraucht. Die SED war aber weder eine marxistisch-leninistische Partei noch hatte sie eine dementsprechende politische Linie.
Sie war bei ihrer Gründung eine links sozialdemokratische Partei, die sich als „Satellitenpartei" der sich zu einer revisionistischen Partei entwickelnden KPdSU, ebenfalls zu einer revisionistischen Partei entwickelt hat.
Die **Kursänderung** hin zum „**Aufbau des Sozialismus"** war im besten Fall eine Wunscherklärung in einem Land, in dem hinsichtlich des Bewusstseins- und Organisationsgrads das Proletariat noch nicht reif war für eine solche Kursänderung. So blieb von dieser Kursänderung nichts als ein Etikettenschwindel übrig.
Die Ereignisse um den 17. Juni waren für die SED eine Zäsur, bei der der volksdemokratische Staat DDR begann sich zu einer sozialfaschistischen Diktatur – d.h. faschistisch in der Tat, sozialistisch in Worten – zu entwickeln.
Für die Zukunft müssen wir Kommunist:innen unbedingt aus diesen Erfahrungen der SED und der DDR lernen und die richtigen Schlussfolgerungen für die Zukunft ziehen. Wir müssen und werden es besser machen!

ENDE

Themen der Artikelserie

„Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit – Antifaschistisch-demokratisch? Sozialistisch?"

Trotz alledem! Nr. 81/Mai 2019 – Teil 1
DDR aktuell 30 Jahre Mauerfall, 30 Jahre Einverleibung
Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie
Fragestellung und unser Ausgangspunkt
Ist die Volksdemokratie eine Form der Diktatur des Proletariats?
Ende des Zweiten Weltkriegs und Entstehung der Volksdemokratien
Dimitroff und die Volksdemokratie
Charakter der Volksdemokratie

Trotz alledem! Nr. 82/September 2019 – Teil 2
Kriegsende, Potsdamer Abkommen, SED-Gründung
Die allgemeine Lage in Deutschland nach der Kapitulation...
Bildung der SMAD und Aufruf der KPD
Potsdamer Konferenz – Beschlüsse über Deutschland
Selbstverwaltungsorgane in der SBZ
Bodenreform
Der Weg zur Vereinigung von KPD und SPD

Trotz alledem! Nr. 83/Januar 2020 – Teil 3
Gründung der SED & Aufbaupolitik Sowjetische Besatzungszone
Vor welchen Aufgaben stand die KPD nach dem Ende des zweiten Weltkrieges?
Unter welchen Voraussetzungen wäre die Vereinigung richtig? Grundsätze und Ziele der SED
Aufbaupolitik der Sowjetischen Militäradministration

Trotz alledem! Nr. 84/Mai 2020 – Teil 4
Von der Einheit Deutschlands zur Spaltung
Politik der Sowjetunion gegenüber Deutschland
Kurze Geschichte der Spaltung Deutschlands
Gründung der DDR
Politik der Sowjetunion nach der Spaltung Deutschlands
SED – DDR – Oktober 1949 bis Juni 1952
Nationale Frage

Trotz alledem! Nr. 85/September 2020 – Teil 5
SED – Entwicklung zur Partei neuen Typus?
Was ist die Partei neuen Typus im Marxismus-Leninismus?
Neuausrichtung der SED?
I. Parteikonferenz
III. Parteitag der SED
Von der II. Parteikonferenz 1952 bis Ende 1956

Trotz alledem! Nr. 86/Januar 20201 – Teil 6
II. Parteikonferenz 1952 bis III. Parteikonferenz 1956
Aufgaben & Ziele
II. Parteikonferenz der SED 1952
Unerwarteter Strategiewechsel: Aufbau des Sozialismus
Weg vom Kurs „Beschleunigter Aufbau des Sozialismus"
Auf zu neuen Ufern! Neuer Kurs!
IV. Parteitag der SED – Hauptziel Wiedervereinigung Deutschlands
XX. Parteitag der KPdSU … und die Politik der SED

Trotz alledem! Nr. 87/ Januar 20201– Teil 7
Ökonomie SBZ (Sowjetisch Besetzte Zone) & DDR 1945 –1949
Ausgangslage 1945 und volkswirtschaftliche Möglichkeiten der SBZ
SMAD legt Grundstein für antifaschistisch-demokratische Volkswirtschaft
Enteignung der Monopole, Gründung der SAG und der VEB
Wirtschafts- und Eigentumsstruktur 1948
Wie sah die Klassenstruktur aus?
Widerspruch zwischen der kapitalistischen und volkseigenen Wirtschaft
Bodenreform auf dem Lande
1949 Gründung DDR und Übernahme der politischen Macht durch SED

Trotz alledem! Nr. 88/November 2021– Teil 8
Thesen „Deutsche Demokratische Republik – Anspruch und Wirklichkeit
I. Situation in der „Ost"zone – 9. Mai 1945
II. Neuanfang durch die SMAD
III. Vereinigung von KPD und SPD
SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschland – eine kommunistische Partei?
IV. Gründung der DDR
V. Neuer Kurs zum Aufbau des Sozialismus in der DDR
VI. Versuch der Umsetzung und erneuter Kurswechsel 1953
VII. Gründung der DDR als Teilstaat
VIII. Ende der DDR – Einverleibung durch den westdeutschen Imperialismus

Trotz alledem! Nr. 89/März 2022 – Teil 9
Ökonomie der DDR Kursänderungen 1952-1953
Sozialismus in der DDR?
Theorie des sozialistischen Aufbaus
War irgendetwas sozialistisch in der DDR-Ökonomie?
Oder die verschiedenen Sektoren der Ökonomie in der Übergangsgesellschaft
Frage der „Genossenschaften"

Definition Oelßners des kapitalistischen Sektors in der DDR
Was könnte und sollte gemacht werden?
Erster „Kursänderung“
Die zweite Parteikonferenz 1952 und der Aufbau des Sozialismus in der DDR
Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse und Diktatur des Proletariats
Klassenkampf und Revolution gegen die Bourgeoisie?
Fehlanzeige!
Wichtige Fehler auf dem Gebiet der Ökonomie: Lohnpolitik und Gleichmacherei
„Kursänderung“ – Die Zweite 1953
Kommuniqué des Politbüros 9. Juni 1953
Drastische Erhöhung der Normen
Fazit

Diskussionsbeiträge, Kritiken, Bericht zur DDR-Artikelserie TA-Leser:innen und Antworten der TA-Redaktion

Trotz alledem! Nr. 83, Januar 2020
Kritische Anmerkungen zum 1. Teil der Serie DDR – Anspruch und Wirklichkeit: „Theorie der Diktatur des Proletariats und der Volksdemokratie“
Genosse der IA.RKP Österreich

TA Antwort auf den Leserbrief
Trotz alledem! Nr. 84, Mai 2020
Spannende Diskussionsveranstaltung „DDR – Anspruch und Wirklichkeit“
Bericht

Trotz alledem! Nr. 85, September 2020
Zur Kritik der Zeitschrift Rote Front „Replik: Die Volksdemokratie als Form der proletarischen Diktatur“
Kritische Anmerkungen von TA
„Die Rote Front“ und die Volksdemokratie!
Zum 1. Teil der TA-Artikelserie „DDR-Anspruch und Wirklichkeit“ TA 81

Arbeiter-Illustrierte-Zeitung

Zeitschrift für ArbeiterInnen und Werktätige – Zeitschrift von Arbeiter:innen-Korrespondent:innen und Bildreporter:innen

Der Aufruf zur internationalen Solidarität von Lenin angesichts der großen Dürrekatastrophe im Sowjetland **August 1921** war die **„Geburtsstunde" der AIZ**, unter ihrem damaligen Namen **„Sowjet-Rußland im Bild"**.

Vor 100 Jahren, erschien die erste Ausgabe dieser „proletarischen Illustrierten". Zunächst als Zeitung der **IHA (Internationale Arbeiterhilfe)** im kleinen Format. Mit eindrucksvollen Bildreportagen wurde das wirkliche Leben im Roten Russland dokumentiert und den Arbeiter:innen in Deutschland näher gebracht. Zentrales Kunst-Element war die Gestaltung der Zeitschrift durch Arbeiterfotograf:innen und Berichte, die ganz konkret das politische Geschehen und die Lebenswirklichkeit der werktätigen Menschen, den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion schilderten.

Sie widerlegten die bürgerliche Hetzpropaganda über den „Terror des Bolschewismus" anhand der Realität als Lügen und Fake.

Mitglieder und Sympathisierende der KPD und freiwillige Unterstützer:innen vertrieben und verkauften die Zeitschrift auf den Straßen und in den Arbeiter:innenvierteln.

Auch die Zeitungsmacher:innen selbst waren unterwegs und erhielten viele Anregungen für Themen und Artikel durch Diskussionen und Nachfragen ihrer Leser:innen.

Der Name der Zeitschrift wurde **1923** in **„Sichel und Hammer"** verändert, damit sollte das erweiterte inhaltliche Spektrum verdeutlicht werden.

Die Beschränkung auf Artikeln über die Sowjetunion und die Internationale Arbeiter:innenhilfe wurde aufgegeben. Zunehmend griffen die Redakteur:innen **Themen** wie Klassenkampffragen, Geschichte der Arbeiter:innenbewegung, Analysen über Ökonomie und Politik des deutschen Imperialismus, Krieg und Frieden, sowie Reportagen aus den vom Imperialismus unterdrückten Kolonien und vieles mehr auf.

November 1924 erfolgte die Umbenennung in **„A-I-Z Arbeiter-Illustrierte-Zeitung"**. Sie erschien zweimal im Monat in größerem Format und mit einer, für damalige Zeiten, gewaltig hohen Auflage von 180 000 Exemplaren. Herausgeber war der Neue Deutsche Verlag von **Willi Münzenberg**. Die Redaktion war eng mit der KPD verbunden und wurde von dieser auch teilweise materiell unterstützt.

Nach der Umstellung auf den Kupfertiefdruck wurde die **AIZ 1926** zur Wochenzeitung, mit **52 Heften** im Jahr. Nach und nach wurde ihre Aufmachung und ihr Lay-out revolutioniert. Die innovative Verbindung von Bild und Text wurde unter dem Motto ***„Benütze Foto als Waffe!"*** [1] einzigartig weiterentwickelt.

John Heartfield, der die „Fotomontage" als eigenständige Kunstform entwickelt und etabliert hatte, wandte sie meisterlich an: Ironisch, verfremdend, dokumentarisch, satirisch, berührend und agitierend.

Die freiwilligen **Korrespondenten und Bildreporter:innen** wurden in Kursen mit den verschiedenen Techniken vertraut gemacht. Sein Ziel war die Arbeiter:innen zu ermächtigen ihre eigenen Geschichten zu erzählen und fotografisch zu dokumentieren. Eine moderne, innovative proletarische Berichterstattung in Wort und Bild. Mit Ironie und Satire auf die herrschenden Verhältnisse.

Der **AIZ-Wettbewerb** unter dem Motto **„Unsere Leser als Fotomonteure"** wurde gestartet. Die sogenannte Arbeiterfotografie erlebte eine agitatorische Blütezeit. Heartfield gestaltete ab 1930 monatlich eine Seite in der AIZ und blieb ihr, bis zu ihrer Einstellung 1938, eng verbunden.

Zwischen 1927 und 1933 entwickelte sich die AIZ zur **zweitgrößten Illustrierten** in Deutschland. Mit einer Auflage von **über einer halben Million! Exemplaren**. Aber das bedeutete nicht, dass „nur" 500 000 Menschen sie gelesen haben. 20 Pfennige – das war ihr

1 Franz C. Weiskopf, AIZ 37/1929

Themen der AIZ

ArbeiterInnenbewegung + Klassenkampf
Unser Gruß dem Weltkongress der IHA
Proletarier aller Länder: VII. Weltkongress in Moskau
Verhindert den Raubzug der Fürsten!
Der Fall Max Hölz
Mieterstreik!
Über den mitteldeutschen Braunkohlenstreik!
Bauer steh auf - Bauer zu Hauf!

Wissenschaft
Die Wunderwelt des Mondes
Der Raketenflug von Morgen
Albert Einstein Anlässlich seines 50. Geburtstages
Lernen! Wissen! Kämpfen!
Die Zehn-Minuten-Schule der AIZ: Über historischen Materialismus

AIZ und Frauen
„Eine Tochter der Tiefe“ Ein Frauen-Roman von Agnes Smedley
Das schöne Frauengefängnis – Enthüllte Bilder-Lügen
Sexualforschung/Gebärzwang und Massenelend
Cyankali Drama von Friedrich Wolf
Als erster in unserer neuen Serie: *`Fragen der werktätigen Frau` schreibt Dr. Max Hodann über: Warum prügelst Du Dein Kind?*
Aus der Haussklaverei in den Sozialismus – Zum internationalen Frauentag – 8. März
Spanische Frauen
Die werktätige Frau: Tägliches Turnen ohne Turnapparat
Hölle der Frauen: Frauenhandel im Fernen Osten

Sport
Über alle Hindernisse hinweg: Rot Sport!
Olympiade im Zeichen des Gelben Flecks

Die Kinder A-I-Z
Comic Felix der Kater
Kinderhilfe der AIZ
Wie leben die Kinder in China?

ArbeiterInnen-Leben
3-Gruben-Katastrophen an einem Tag

Bergarbeiter fallen Dividenden steigen
3 Millionen gehen stempeln
Warum ist Dein Hemd so teuer‘?

Krieg
Geldquellen der Hitler-Armee
Krieg und Leichen – die letzte Hoffnung der Reichen

Imperialismus
Auf dem Weg zum Dritten Reich-Die Bilanz der Frickregierung
USA: Demokratie in Aktion

Ökonomie
Die Weltkonzerne
„Deutsche kauft deutsche Autos!“ – Und was hinter der Reklame steckt!
Blohm u Voss Deutschlands größte Werft
Kapitalistische Rationalisierung
DAS HEISST: Die Arbeitskraft des Menschen wird durch Maschinen ersetzt der Arbeitslose kann verhungern

Politische Kampagnen
Free Sacco Vanzetti
Volksbewegung gegen den Panzerkreuzer
Die Rote Einheit macht euch frei!
Wählt Liste 3

Nazi-Faschismus
Neue Bluttat der Nationalsozialisten
Der bestialische Mord an dem Schuharbeiter Jopp in Fürstenwalde
Arbeiter als Zugtiere! Die Hölle der Konzentrationslager!
Der 65. – Arbeiterredakteure hinter Gittern!
Hinter Stacheldraht und Kerkergittern
Dachau wie es in Wirklichkeit ist
Krieg nach aussen – Mord nach innen
Sondernummer der AIZ
Juden im III. Reich

Antifaschismus/ Antirassismus
Arbeiterwehren
Die über die Grenze entkamen-Proletarische Emigranten
Der Richter – Dimitroff; Der Gerichtete – Ministerpräsident Göring
Das Neueste: Der Reichstag brannte in Moskau!
Rasse? Klasse!
Volksfront und Landesverteidigung

International
Arbeiter – Welt
Nach China – Indien
Das Erwachen der Massen in Mexiko!
Wien [1] … Das alte Wort der Kommune ward wieder lebendig: „Platz dem Arbeiter! Tod dem Henker“
Madrid 1936 No Pasaran Pasaremos ! Sie kommen nicht durch! Wir kommen durch!
Mit Spaniens Volk an den Fronten

Sowjet Russland
Deutsche Arbeiter in Sowjetrußland
Turk-Sib das Epos eines Bahnbaus
Ein AIZ-Traktor für die Sowjet-Union
24 Stunden aus dem Leben einer Moskauer Arbeiterfamilie

1 Arbeiteraufstand 1934

Preis – damals war das einfach unglaublich viel Geld für eine Arbeiter:innenfamilie.
Einer der Werbeslogans der AIZ lautete: ***„Lasst sie wandern! Gebt sie andern!“***. Die Zeitschrift hatte also ein Vielfaches an Leser:innen, denn sie ging von Hand zu Hand.
1933, das Jahr der Machtübernahme des Nazi-Faschismus, war auch das Jahr als die AIZ aus Berlin **ins Exil** nach Prag/Tschechoslowakei getrieben wurde. 1936 wurde ihr Name in **„AIZ – Das Illustrierte Volksblatt“** verändert. Chefredakteurin der AIZ war von 1927 bis 1933 **Lilly Becher**. [2] Ihr folgte der Literat **F.C. Weiskopf**, eine Schlüsselfigur des antifaschistischen Widerstands in der Tschechoslowakei. Bis 1938 konnte die Zeitschrift weiter herausgegeben werden, allerdings mit einer viel kleineren Auflage.
Die **Belieferung** der Leser:innen in Deutschland erfolgte durch ein Netz von AIZ-Unterstützer:innen, die sie illegal ins „Reich“ transportierten.
Am **5. Oktober 1938** [3] erschien aufgrund der sich zuspitzenden politischen Situation in der Tschechoslowakei die letzte AIZ Ausgabe in Prag. Im Exil in Paris versuchte F.C. Weiskopf erfolglos die weitere Herausgabe zu sichern.
Die AIZ fand **von Anfang an im Ausland** nicht nur eine begeisterte Leser:innenschaft, sondern auch freiwillige Bild- und Textreporter:innen, die die AIZ ungemein bereicherten.
Neben den Arbeiterkorrespondent:innen, konnten zahlreiche fortschrittliche, revolutionäre Schriftsteller:innen, Künstler:innen, Wissenschaftler:innen für Beiträge und zur Mitarbeit gewonnen werden.
Die AIZ war eine **Massenzeitung**, eine, im besten Sinne des Wortes, „Illustrierte“: Sie umfasste alle **Lebensbereiche der Werktätigen**. Arbeit, Wohnen, Erziehung, Politik, Kultur, Unterhaltung, Karikatur, Klassenkampf, Geschichte, Wissenschaften, Sport und noch vieles mehr. Für alle Schichten und Interessen der Werktätigen, für Kinder und die Jugend, für Frauen, und Arbeiter:innen war etwas dabei. Von Leser:innenumfragen, Kreuzworträtseln, Wettbewerben bis zu Artikeln für die **„10-Minuten-Schulung“**. Erklärtes Ziel der Redaktion und Mitarbeiter:innen war die breiten Massen mit **Kopf und Herz für die Sache ihrer eigenen Befreiung, für Sozialismus und Kommunismus** zu begeistern und zu gewinnen.
Die Themen der AIZ behandelten ein ungeheuer vielfältiges Spektrum. Die Verbindung von politischer Bildung, Wissensvermittlung und Sozial-Reportagen über das Leben der Werktätigen vieler Länder in all seinen Facetten ist auch heute noch mitreißend nachzulesen und in Fotos zu bestaunen.
Die AIZ war und ist Sinnbild für eine **proletarische Gegenkultur**. In der bürgerlichen Medien-Welt kamen die Arbeiter:innen nur in Horrormeldungen über „Elend, Verbrechen und Zügellosigkeit“ der „unteren Schichten“ vor.
Die Herausgabe der AIZ ist ein **beispielhaftes Vorbild** für eine breite Massenagitation, ohne sich anzubiedern und reformistische Zugeständnisse zu machen, den **sozialistischen Klassenstandpunkt** in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens überzeugend, verständlich und kreativ zu vermitteln.
In dieser Hinsicht denken wir, ist diese Zeitschrift bis heute ein gelungenes Vorbild. Natürlich leben wir heute in vieler Hinsicht in sehr veränderten Klassenkampfbedingungen. Kommunist:innen, Kommunistische Parteien und Organisationen sind heute sehr viel schwächer als zum damaligen Zeitpunkt. Gründe dafür gibt es genug.
Um nur einige zu nennen: Die Siege der Konterrevolution bei der Umwandlung ehemals sozialistischer, volksdemokratischer Länder in kapitalistische Länder. Der Niedergang der kommunistischen Arbeiter:innenbewegung in zahlreichen Ländern – auch aufgrund von Fehlern der kommunistischen Weltbewegung selbst ...
Heute sind wir Kommunist:innen noch weit davon entfernt alle fortschrittlichen Arbeiter:innen in unseren Reihen zu organisieren und eine Massenarbeit zu entfalten, wie es zum Beispiel die KPD in den zwanziger Jahren vorgemacht hat.
Wenn wir uns also die Geschichte der AIZ als ein Beispiel der **revolutionären Massenarbeit** im Rückblick anschauen, dann nicht, weil wir heute eine solche

Autoren/MitarbeiterInnen der AIZ
In Stichpunkten eine Auswahl
Maxim Gorki, Anna Seghers, Erich Kästner, George Bernhard Shaw, George Grosz, Heinrich Mann, Henri Barbusse, Heinrich Mann, Bert Brecht, Romain Rolland …
Zum Beispiel Kurt Tucholsky alias Theobald Tiger: *„Augen in der Großstadt“;* **Egon Erwin Kisch:** *„Berlin bei der Arbeit“, Reisereportage „Entdeckung Australiens“*; **Erich Weinert:** *Gedichte.*
Buch- Film-Theaterkritiken
Die Gewehre der Frau Carrar (Theaterstück Brecht); Der Weg ins Leben (Verfilmung Roman von A. Makarenko); Die Abenteuer des braven Soldaten Schwejk – In der Uraufführung der Piscatorbühne Berlin (Bühnenfassung)

2 Heinz Willmann, „Geschichte der AIZ 1921 – 1938“, Vorwort Lilly Becher, S. 8, Dietz Verlag Berlin 1975. Wikipedia gibt fälschlicherweise im Eintrag über Lilly Becher nur die Zeitspanne von 1932-1933 an.
3 Heinz Willmann, „Geschichte der AIZ 1921 – 1938“, S. 356. Da es hierzu abweichende Datums-Angaben in den verschiedenen Publikationen gibt, nennen wir hier die Quelle, auf die wir uns beziehen.

Massenzeitung als aktuelle Aufgabe für die kommunistische Propaganda sehen. Nein!
Wir sehen Kapitel der Arbeiter:innenbewegung**,** wie die **AIZ,** als Lehrstücke für unseren **heutigen Kampf** für den **Aufbau der kommunistischen Partei**. Sie wurden durch die bürgerliche Geschichtsschreibung völlig zugeschüttet und sind weitgehend in Vergessenheit geraten. Auch heute können wir für unsere Propaganda gewisse **Methoden, Inhalte und Gestaltungselemente** der **AIZ** übernehmen, ohne eine breite Massenzeitung zu starten. Auch für unsere politisch-theoretische Zeitung Trotz alledem! – natürlich in viel bescheidenerem Ausmaß. Was die **Gestaltungsgrafik** angeht, so hat sich natürlich eine technisch-digitale Revolution vollzogen. Vieles ist leichter, einfacher geworden und ungeahnte Möglichkeiten haben sich eröffnet.
Neue Medien wie youtube, Instagram, twitter, facebook, sowie Streaming-Plattformen sind entwickelt worden. Von Seiten der Herrschenden werden sie ausgiebig genutzt für die Vernebelung des Bewusstseins der Massen mit allen denkbaren miesen bürgerlichen Propagandainhalten in „glitzernder" Verpackung. Bürgerlicher Individualismus, Egotrip, Selbstverwirklichungs-Illusionen ist erklärtes allerhöchst anzustrebendes Ideal. Die maßgebliche Folge ist ein Abstumpfen der Werktätigen durch kaum vorstellbaren Schwachsinn. Hinzu kommt, dass im Namen der „Demokratie" die Bevölkerung mit **offen faschistischer, rassistischer Nazi-Hetze** inklusive Mordaufrufen auf allen Kanälen bombardiert wird. Hinzu kommt noch die **absolute Kontrolle der Lebensumstände** der Nutzer:innen der sogenannten „sozialen" Medien. Die von Staat und Industrie sowohl für die Profitmaximierung und vollständige Durchleuchtung verwendet werden.
All das macht es revolutionären, kommunistischen Kräften natürlich noch ungemein schwerer wirklich massenhafte Aufmerksamkeit für unsere Themen zu erzielen. Auch wenn in einer Hinsicht die Möglichkeiten von **„revolutionärer Werbung"** vielfältiger und auch vereinfachter ist als früher. Wie wir diese technologischen Entwicklungen und Medien für unseren Kampf richtig und sicher nutzen können**,** um unsere Inhalte spannend, verständlich und überzeugend breit zu vermitteln – das müssen wir lernen!

Artikel der AIZ

Vorbemerkung TA: 2020/2021 wurde vom deutschen Kulturbetrieb das „Beethovenjahr" ausgerufen. Sein Geburtstag jährte sich zum 250. Mal. Aus diesem aktuellen Anlass, veröffentlichen wir einen Artikel der AIZ, der schon damals die bürgerliche Vereinnahmung Ludwig van Beethovens scharf zurückweist.
Diese hält bis heute an. 1984 hat sich die imperialistische EU erdreistet Beethovens berühmte „Ode an die Freude" in Instrumentalversion zu ihrer Hymne zu erklären. Beethoven hat genial in der „Ode an die Freude", seinem revolutionären Freiheitsdrang musikalischen Ausdruck verliehen. Als EU-Hymne wird die demokratisch-revolutionäre Prägung der Musik Beethovens geradezu denunziert.

Dem Gedächtnis Ludwig van Beethovens zum 100. Todestage am 27. März 1927

Von der Musik und besonders von den musikalischen Meisterwerken wird fast immer behauptet, und nicht nur von bürgerlicher Seite, daß sie zeitlos, an keine Form des gesellschaftlichen Lebens gebunden seien. Gewiß, die Musik und die Malerei sind Formen des gesellschaftlichen Ausdrucks, an denen der materielle, der politische und wirtschaftliche Hintergrund nicht ganz leicht nachzuweisen ist.
Doch auch das Kunstvermögen des Musikers, des schöpferischen Musikers, ist bedingt und abhängig einmal von der realen Welt, in der er wurde und lebt, dann von den Traditionen toter und lebendiger Generationen und endlich – darauf Ist ein Hauptaugenmerk zu richten – von dem Material, das die Wirtschaft und ihre Technik dem künstlerischen Wollen und Können jeweils zur Verfügung stellen konnte und kann.
Beethovens Werk ist gerade, weil es der vollendetste Ausdruck eines der wichtigsten Zeitabschnitte der Weltgeschichte – der französischen Revolution – ist und weil es nicht irgendwelche „zeitlose" Phantome, sondern das Leben seiner Zeit und das Leben und Kämpfen überhaupt widerspiegelt, das Werk, das die Zeiten überdauern wird.
Es kann hier auf so knappem Raum nicht das Leben und Werk eines Menschen besprochen werden, der, ein Titan an Arbeitskraft und Lebenswillen, nicht nur mit seiner Zeit und um seine Kunst kämpfte, sondern auch alle Schmerzen grausamen physischen Leidens tragen mußte. Aber trotzalledem und alledem obsiegte die Liebe zum Leben, der Wille zur Lebensfreude. Das Grundelement Beethovenschen Schaffens und Könnens ist die allen tückischen Gewalten trotzende Lebensbejahung.

„Ach, es dankte mir unmöglich, die Welt eher zu verlassen, bis ich das alles hervorgebracht, wozu ich mich aufgelegt fühlte, und so fristete ich dieses elende Leben ...“ heißt es im „Heiligenstädter Testament“. Haben ihn später auch Kaiser, Könige, Bürger und Adelige zugejubelt, so hat der **größte Musiker aller Zeiten doch nie vergessen, daß die Kunst für die Freiheit, die Kämpfenden, die Armen zu sprechen und zu singen hat.**

Und wenn heute wieder die **Neunte, die Symphonie mit Schlußchor über Schillers Ode an die Freude**, das „Durch Leiden zur Freude“, das „Seid umschlungen Millionen“, der gewaltigste, Grenzen und Klassen niederreißende Dithyrambus an die Freiheit durch die Lande tönt, dann wollen wir nicht vergessen, daß dieses Werk ein stolzer Kämpfer für die Freiheit und ein Mensch geschrieben hat, der dem Proletariat entstammte und den eine „göttliche“ Weltordnung bis zu seinem Tode in Not und Schmerzen leben ließ.

Beethovens Musik gehört nicht denen, die sie sich auf Grund ihrer wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung anzueignen versuchen, **Beethovens Musik gehört dem um seine und damit um alle menschliche Freiheit ringenden Proletariat!**

Arthur Seehof

AIZ 1927, Nr. 13

Pariser Kommune

Das Monument der Föderierten am französischen Friedhof Pierre Lachaise. Dieses Dokument ließ die Pariser Arbeiterschaft aus den Steinen der Mauer des Friedhofes meißeln, an der die französische Bourgeoisie 1871 mehr als 5000 (insgesamt über 20 000) Kommunarden ermorden ließ.

Was seit 1917 Moskau für alle Leidenden, Denkenden und Kämpfenden in der Welt bedeutet: die Hauptstadt der größten Revolution der Weltgeschichte, das ist für frühere Generationen Paris gewesen: der Schauplatz der großen revolutionären Tradition von 1789, 1830 und 1848. Darüber hinaus aber hatte der Kommuneaufstand vom 18. März 1871 das Paris der bürgerlichen Revolution in ein **proletarisches rotes Paris** verwandelt. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte setzte das Proletariat seinen Bedrückern den Fuß auf den Nacken. Und die bürgerlichen `Machthaber` mußten Hals über Kopf aus dem Machtbereich des Proletariats flüchten. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte versuchte das siegreiche Proletariat den **Aufbau eines neuen, eigenen Staatswesens**.

Marx nannte schon im Mai 1871 die Kommune **„die erste Revolution** in der die **Arbeiterklasse** offen anerkannt wurde als die **einzige Klasse,** die noch einer **gesellschaftlichen Initiative** fähig ist.**“**

Engels aber schrieb am 18. März 1891:
„Wollt ihr wissen wie die Diktatur des Proletariats aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats.“
Gewiß das Proletariat hat diese erste weltgeschichtliche Machtübernahme damals nur 72 Tage gegenüber der kapitalistischen Konterrevolution und ihrer weißen Banden behaupten können. Dann wurde die

DAS PARIS DER ARBEITER, MIT SEINER KOMMUNE WERDEN ALS DER RUHMVOLLE VORBOTE EINER NEUEN

Das Monument der Föderierten am Friedhof Père Lachaise in Paris. Dieses Denkmal ließ die Pariser Arbeiterschaft aus den Steinen der Mauer des Friedhofes meißeln, an der die französische Bourgeoisie 1871 mehr als 5000 (insgesamt über 20 000) Kommunarden morden ließ

Was seit 1917 Moskau für alle Leidenden, Denkenden und Kämpfenden in der Welt bedeutet: die Hauptstadt der größten Revolution der Weltgeschichte, das ist für frühere Generationen Paris gewesen: der Schauplatz der großen revolutionären Tradition von 1789, 1830 und 1848. Darüber hinaus aber hatte der Kommuneaufstand vom 18. März 1871 das Paris der bürgerlichen Revolution in ein proletarisches rotes Paris verwandelt. Zum ersten Male in der Weltgeschichte setzte das Proletariat seinen Bedrückern den Fuß auf den Nacken. Und die bürgerlichen „Machthaber“ mußten Hals über Kopf aus dem Machtbereich des Proletariats flüchten. Zum ersten Male in der Weltgeschichte versuchte das siegreiche Proletariat den Aufbau eines neuen, eigenen Staatswesens.

Marx nannte schon im Mai 1871 die Kommune „die erste Revolution, in der die Arbeiterklasse offen anerkannt wurde als die einzige Klasse, die noch einer gesellschaftlichen Initiative fähig war.“

Engels aber schrieb am 18. März 1891:
„Wollt ihr wissen, wie die Diktatur des Proletariats aussieht? Seht Euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats“.

Gewiß, das Proletariat hat diese erste weltgeschichtliche Machtübernahme damals nur 72 Tage gegenüber der kapitalistischen Konterrevolution und ihrer weißen Banden behaupten können. Dann wurde die Kommune unter dem Beifallsgeheul der ganzen Weltbourgeoisie in einem Meer von Blut ertränkt.

Doch Niederlagen können wie Triumphe sein! Die Kommune war der erste weithin leuchtende Sieg der proletarischen Diktatur und das kommunistischen Gedankens — ein grandioser Auftakt für die proletarische Massenbewegung, wie sie in den 60 Jahren seit dem Fall der Kommune immer gewaltiger aufgestiegen ist und 1917 in Rußland die Lehren aus der „Kommune“ in siegreiche endgültige Tat umsetzte.

HERMANN DUNCKER

Die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789. Paris war vom Ende des 18. Jahrhunderts an das Mutterland aller europäischen Revolutionen bis zum blutigen Zusammenbruch der Kommune 1871

In den Barrikadenkämpfen der Juli-Revolution von 1830 erhielt das als Klasse mit dem Bürgertum gegen die feudal-klerikale Reaktion kämpfende Proletariat seine ersten revolutionären Lehren . . .

. . . die es in den Kämpfen vom 23. bis 26. Juni 1849 anzuwenden versuchte. 40 000 Proletarier verbluteten in diesen Tagen im Kampf gegen eine mehr als vierfache Übermacht

Bildunterschrift 1 (kleine Bilder)

Die Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 Paris war vom Ende des 18. Jahrhunderts an das Mutterland aller europäischen Revolutionen bis zum blutigen Zusammenbruch der Kommune 1871.

Bildunterschrift 2

In den Barrikadenkämpfen der Juli-Revolution von 1830 erhielt das als Klasse mit dem Bürgertum gegen die feudal-klerikale Reaktion kämpfende Proletariat seine ersten revolutionären Lehren …

Bildunterschrift 3

… die es in den Kämpfen vom 23. bis 26. Juni 1849 anzuwenden versuchte. 40 000 Proletarier verbluteten in diesen Tagen im Kampf gegen eine mehr als vierfache Übermacht.

AIZ, 1931, Nr. 11

Kommune unter dem Beifallsgeheul der ganzen Weltbourgeoisie in einem Meer von Blut ertränkt.
Doch Niederlagen können wie Triumphe sein! Die Kommune war der erste weithin leuchtende Sieg der proletarischen Diktatur und der kommunistischen Gedanken – ein grandioser Auftakt für die proletarische Massenbewegung, wie sie in den sechzig Jahren seit dem Fall der Kommune immer gewaltiger aufgestiegen ist und 1917 in Russland die Lehren der Kommune in siegreiche endgültige Tat umsetzte!
Hermann Duncker

Mieter Streik!

In verschiedenen Teilen von Amsterdam ist ein Mieterstreik ausgebrochen, als die Hausbesitzer den Mietzins steigerten.
Durch Anrufung der Gerichte, die natürlich auf Seiten der Hauspaschas standen, wurden Räumungsbefehle erlassen und die streikenden Mieter aufgefordert, ihre Wohnungen zu verlassen. Aber die Entschlossenheit und das feste Zusammenhalten der Mieter siegte!
Als der Gerichtsvollzieher mit dem Räumungsbefehl erschien, wurde er ausgepfiffen und mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, da sich auch die Möbeltransporter mit den Bewohnern solidarisch erklärten und sich weigerten an der Emittierung mitzuwirken …

MIETER STREIK!

In verschiedenen Teilen von Amsterdam ist ein Mieterstreik ausgebrochen, als die Hausbesitzer den Mietzins steigerten. Durch Anrufung der Gerichte, die natürlich auf Seiten der Hauspaschas standen, wurden Räumungsbefehle erlassen und die streikenden Mieter aufgefordert, ihre Wohnungen zu verlassen. Aber die Entschlossenheit und das feste Zusammenhalten der Mieter siegte! Als der Gerichtsvollzieher mit dem Räumungsbefehl erschien, wurde er ausgepfiffen und mußte unverrichteter Sache wieder abziehen, da sich auch die Möbeltransportarbeiter mit den Bewohnern solidarisch erklärten und sich weigerten, an der Emittierung mitzuwirken . . . .

Rechts: Vor den Häusern, in denen die Mieter streiken, stehen die Frauen Wache. Das Plakat am Balkon fordert die Arbeiter auf, einig zusammenzustehen, um die Anschläge der Hausbesitzer zu vereiteln. Links oben Plakate mit dem auch in Holland bekannten Rot-Front-Abzeichen

Unten: Der Gerichtsvollzieher (x) wurde von den Arbeitern, die sich alle mit den streikenden Mietern solidarisch erklärten, ausgepfiffen und mußte unverrichteter Sache umkehren

Klub für Arbeiterkinder

Unterstützt von der werktätigen Bevölkerung des Berliner Nordostens hat der Jungspartakusbund, der Verband der Pioniere, seinen ersten Klub für Arbeiterkinder eröffnet.
Der Klub ist Sammelstelle und Treffpunkt all jener Kinder, die in ihrem „Daheim" weder Platz noch Gelegenheit haben, ihr Bedürfnis nach Spiel und Tätigkeit zu befriedigen, mit gleichaltrigen und gleichgesinnten Kameraden zusammenzukommen.
Hier herrscht nicht die säuerlich-frömmelnde Luft, wie wir sie in den christlichen Kinderkrippen finden, wo die unverantwortliche Autorität des lieben Gottes dazu benutzt wird, rückgratweiche Scheinheilige zu züchten. Es fehlt die perfide Hinterhältigkeit so mancher „Wohlfahrtsanstalten", mit einem Schwarm ältlicher Jungfrauen, die um der Wohltätigkeit und nicht um der Kinder willen gegründet werden.
Der Klub „Lenin" hat die Aufgabe, an der Schulung jener Generation von Arbeitern mitzuwirken, die die Stoßbrigarden im Aufbau des Sozialismus sein werden. Das bedeutet, daß er aus den Köpfen dieser jungen Arbeiterkinder all das Unkraut ausjäten muß, das auf dem Boden der Unterdrückung, der Umgebung, des Religionsunterrichts usw. wächst.
Er muß das Selbstbewußtsein, das Gefühl der Solidarität und der Verbundenheit mit der Klasse, die Bereitschaft zum Kampf um den Sozialismus bei den Kindern der Arbeiterschaft wecken.

AIZ, 1931, Nr. 1

Dieser Artikel über die AIZ war für eine TA-Ausgabe in 2021 erstellt worden. Leider mussten wir diese verschieben. Daher eine „verspätete Würdigung" des 100. Jubiläums! in 2022.

Foto oben:

Vor den Häusern in denen die Mieter streiken stehen die Frauen Wache. Das Plakat am Balkon fordert die Arbeiter auf, einig zusammenzustehen, um die Anschläge der Hausbesitzer zu vereiteln. Links oben Plakate mit dem auch in Holland bekannten Rot-Front-Abzeichen.

Foto unten:

Der Gerichtsvollzieher (x) wurde von den Arbeitern, die sich alle mit den streikenden Mietern solidarisch erklärten, ausgepfiffen und musste unverrichteter Sache umkehren.

AIZ, 1931, Nr. 33

19. Februar 2022 – Zwei Jahre nach dem Nazi-Anschlag in Hanau

Kein Vergessen! Kein Vergeben!

Ferhat Unvar, Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Vili Viorel Păun, Mercedes Kierpacz, Kaloyan Velkov, Fatih Saraçoğlu, Sedat Gürbüz, Gökhan Gültekin

Hanau vor zwei Jahren: In der Terrornacht am 19. Februar 2020 wurden neun Menschen mit Migrationsgeschichte von einem Nazi-Mörder im wahrsten Sinne des Wortes hingerichtet. Die migrantische Community und antifaschistischen Menschen in Deutschland waren zutiefst erschüttert. Eine Welle der Empörung in Hanau und in vielen Städten! Schluss mit den rassistischen Morden! Das Zerschlagen der faschistischen Netzwerke, Aufklärung und Konsequenzen werden von den Angehörigen und den überlebenden Opfern des Anschlags, von antifaschistischen, antirassistischen Initiativen sowie revolutionären Bewegungen eingeklagt.

In den zahlreichen Aktionen am ersten Jahrestag des Massaker in Hanau haben Transparente den Sachverhalt der Verharmlosung der faschistischen Morde durch die Herrschenden klar auf den Punkt gebracht: *„Deutschland Du Einzeltäter", „Hanau! Das war Deutsche Leitkultur!"*.

Der **Aufruf der Initiative „19. Februar Hanau"** zu den Aktionen in diesem Jahr lautet:

„Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung, Konsequenzen. Gegen die Angst. Für das Leben. Erinnern heißt verändern!".

Die Mordserie in Hanau ist ein weiteres Glied in der langen Kette der gewalttätigen Geschichte faschistischer Angriffe und Morde. Seit 1945 zieht sich eine Blutspur durch Deutschland. Nach der Befreiung vom Faschismus haben „entnazifizierte" Alt-Nazis in führenden Positionen den Staat BRD mit aufgebaut. Rassistische Nazi-Netzwerke konnten weiter morden: Terror gegen Roma und Sinti, gegen jüdische Menschen, gegen migrantische Arbeiter:innen aus Italien, später der Türkei, Marokko, Tunesien, das Bombenattentat auf dem Münchner Oktoberfest 1980. Bis hin zu den NSU-Morden an neun Migranten quer durchs Land. Das ist „deutsche Tradition".

Elf Jahre lang, von 2000 bis 2011 wurden die Angehörigen der Opfer des NSU-Netzwerkes von den staatlichen Behörden als angebliche Täter:innen massiv verdächtigt und gnadenlos verfolgt. Im Münchener NSU-Prozess wurden die Familien der Opfer und Überlebende der Anschläge vom Gericht rassistisch zum Schweigen gebracht und NSU-Täter:innen zu grotesk niedrigen Strafen verurteilt. Von Aufklärung keine Spur. Involvierte V-Leute oder Staatsbeamte wurden noch nicht einmal angeklagt. Die von der Bourgeoisie, dem Staat und der Politik, vorneweg von Merkel, angekündigte lückenlose Aufklärung ist nie erfolgt und wird nicht erfolgen. Das ist nicht „Versagen der Behörden" oder ähnliches. Sondern der Staat hat überhaupt kein Interesse an der „lückenlosen" Aufklärung der NSU-Morde, weil er in diese rassistischen Morde mit involviert war.

Keine Illusionen in den Staat – Auf unsere eigene Kraft vertrauen!

Dieses Muster wiederholt sich in allen Fällen rassistischer Angriffe und Morde. Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Dessau. In **Hanau** stehen nach wie vor viele Fragen ungeklärt im Raum: Über den Täter, seine Netzwerke, seinen Vater als mutmaßlichen Unterstützer. Dubios auch der Ablauf des gesamten Polizeieinsatzes in der Tatnacht, wie die von der Polizei ignorierten Notrufe. Notausgänge an einem Tatort waren versperrt.

Angehörige und die Initiative 19feb-Hanau recherchieren, decken Hintergründe auf, beharren auf

umfassender Aufklärung, fordern Konsequenzen und Entschädigung für die Opfer.
Trotzdem stellt die Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe Mitte Dezember 2021die Ermittlungen zu dem Anschlag in Hanau ein. Mit der Begründung der Mörder war Einzeltäter. Aktuell läuft der Untersuchungsausschuss (UNA) in Wiesbaden. Die Angehörigen und Überlebenden berichten erschüttert über das rassistische geprägte, brutale Verhalten und Vorgehen der Einsatzkräfte während der Mordnacht und in den darauffolgenden Wochen.
Wir alle müssen gemeinsam diesen Kampf um Aufklärung führen. Das sind demokratische Grundrechte, die in diesem Land ständig von Staatswegen ausgehebelt werden. Wir müssen uns aber auch fragen, warum? Weil dieser Staat, weil die „da oben" in die Machenschaften der Nazi-Netzwerke verstrickt sind und die Faschisierung vorantreiben. Die sogenannten Lügen, Pannen, Versäumnisse sind nichts anderes als ein Gewähren lassen wenn nicht sogar Fördern von faschistischen Netzwerken, um rassistische Hetze gegen Menschengruppen, die als „nicht deutsch" markiert werden, zu betreiben.
Nach Hanau im Februar folgt im Herbst 2020 der antisemitische und antimuslimische Anschlag in Halle.
Die Losung der deutsch-chauvinistischen „Leitkultur", die völkisch-nationalistischen Kampagnen gegen Geflüchtete, Migrant:innen, Jüd:innen, Schwarze Menschen, der sich alle bürgerlichen Politiker:innen in der einen oder anderen Weise bedienen – das ist der Nährboden und der Sumpf in dem die Nazi-Netzwerke agieren und stärker werden! Auch innerhalb des bürgerlichen Staatsapparates.
Strukturelle rassistisch-faschistische Gewalt in Polizei und Militär bis hin zu den bekannten Morden in Polizeigewahrsam wie in Dessau, in Celle und in Kleve sind an der Tagesordnung. Nicht zu vergessen die Morddrohungen des NSU 2.0. Wohnadressen von bedrohten Personen werden aus hessischen Polizeicomputern von Polizist-:innen selbst abgegriffen und weitergegeben.
Insofern ist der kapitalistische Staat direkt das Problem. Wollen wir tatsächlich die Grundlagen von Rassismus und Faschismus angreifen, dürfen wir uns keinerlei Illusionen in dieses kapitalistische System und seinen Staat machen. Die rassistischen Angriffe werden nicht gestoppt solange sie existieren und herrschen.
Wir können, sollen und werden uns nicht auf diesen Staat verlassen. Wir müssen auf solidarischen, antifaschistischen Selbstschutz und Selbstverteidigung setzen.
Darum unser Aufruf: **Staat und Nazis Hand in Hand – Organisieren wir den Widerstand!**

Solidarisches Gedenken und Kämpfen! Gegen staatliche Heuchelei!

In Hanau und in vielen anderen Städten werden Antifaschisten auf die Straße gehen und zeigen dass wir nie vergessen und vergeben werden und unsere Solidarität mit den Angehörigen und Überlebenden demonstrieren. Aber nicht nur Antifaschist:innen und Antirassist:innen gedenken der Opfer der feigen Nazi-Morde.
Auf der Website der Stadt Hanau wird zum zweiten Jahrestag *„des rassistischen Anschlags vom 19. Februar 2020 in Hanau"* vom hessischen Ministerpräsidenten Bouffier offiziell verkündet: *„Hanau war ein Anschlag auf uns alle. Gemeinsam nehmen wir Anteil an dem traurigen Schicksal der Opfer und ihrer Hinterbliebenen und nur gemeinsam können wir gegen Hass und Hetze zusammenstehen. Wir sind ein weltoffenes Land. Rassismus, Antisemitismus und Menschenfeindlichkeit jeglicher Art haben in unserer Gesellschaft nichts zu suchen*".
Was für eine Heuchelei!
Bouffier, der sich als Antirassist gebärdet, hat die Sperrung der NSU-Akten, die höchstwahrscheinlich den V-Mann Temme beim NSU-Mord an Halit Yozgat in Kassel belasten, erst für 120 Jahre, später für 30 Jahre unter Verschluss gestellt. Gemeinsam mit seinem Regierungspartner „Die Grünen". Die Ankündigung, der Stadt Hanau ist eine einzige Litanei aus selbstbeweihräucherndem Eigenlob, ob des angeblich umfassenden antirassistischen Engagements und der Großzügigkeit der hessischen Regierung, der Politiker und der Stadt Hanau für die Opfer des Anschlags, ihrer angeblich engsten Verbundenheit mit den Angehörigen. **Dieser grenzenlosen, unverschämten Heuchelei treten wir mit unseren Forderungen massiv entgegen.**
Die Angehörigen, die Initiative19feb-Hanau, die antifaschistische und antirassistische Bewegung, wir alle werden an diesem Jahrestag an das Leben der Opfer in Hanau erinnern.
Wir tragen sie in unseren Herzen und Kämpfen mit uns. Wir bekunden laut unsere Solidarität mit allen Opfern von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Islamfeindlichkeit. Wir machen die Heuchelei von Politik und Staat sichtbar und klagen an. Wir zeigen auf, dass Rassismus und Faschismus ein Problem des Systems sind!
Tragen wir am 19. Februar unser Gedenken und Erinnern, unsere Empörung und Wut, unsere Solidarität und Forderungen, unseren Kampf für eine andere befreite, sozialistische Gesellschaft auf die Straßen!

GENOSSE **YUSUF**
1964 – 2021

Wir erinnern an unseren Genossen Yusuf!

Genosse Yusuf, deine feste Zuversicht war, dass nur der Kommunismus die Menschheit befreien wird. Wladimir Majakowski hat in seinen Gedichten diese Utopie, die zur Realität werden wird, wunderbar erfasst.

Kommunismus

Weiß der Kuckuck –
ist's eine Blume?
ein Vogel?
ist's Luft?
Es trällert,
es schillert,
es hat seinen Duft –
erhitzte Gesichter stehn flammend entfacht,
wie vom süßesten Wein, der gedankenträg
macht. *

Für alle Völker im weltumspannenden Geschwisterbund vereint

siebentausend Blüten
– zu vertausendfachendem Regenbogen
reihweis gestaffelt – übereinandererblühten
... *

Kommune

heißt mein Versmaß,
nicht Jamben, Anapäste,
in die Kommune
bleibt meine Seele
verliebt,
weil die Kommune
für mich
das Höchste und Beste,
weil die Kommune
das Tiefste ist,
was es gibt. *

Am Vorabend des 8. März letzten Jahres, am 7. März. ist unser Genosse Yusuf verstorben.
Ein Jahr ist vergangen und wir vermissen ihn in unserem gemeinsamen Kampf so sehr.
Jeden Tag!
Genosse Yusuf fehlt in der politischen Arbeit, auf den Aktionen und bei den Diskussionen.
Yusuf – Wir vermissen so sehr Deinen unbeugsamen Kampfgeist, dein Wissen und revolutionäre Tatkraft!
Wir werden dich nie vergessen!
Du lebst in unserem Kampf für den Sozialismus weiter!

Wir vermissen dich Genosse Yusuf!

Wir vermissen
deine Energie und Ausdauer!

Wir vermissen
deine Liebe zu den Menschen!

Wir vermissen dich,
du Kämpfer und streitbarer Geist!

NICHT VERGESSEN!
NICHT VERGEBEN!

GEDENKEN UND KÄMPFEN!